

**Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“**  
Research Program “History of the Kaiser Wilhelm Society in the National Socialist Era”

**ZWANGSARBEIT FÜR FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN DER  
KAISER-WILHELM-GESELLSCHAFT 1939–1945**

**EIN ÜBERBLICK**

Bernhard Strebel  
Jens-Christian Wagner

IMPRESSUM

**Ergebnisse.** Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm  
„Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“

Herausgegeben von Carola Sachse im Auftrag der Präsidentenkommission  
der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2003 by Bernhard Strebel und Jens-Christian Wagner

Redaktion: Christine Rüter

**Bezugsadresse:**

Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-  
Gesellschaft im Nationalsozialismus“

Glinkastraße 5–7

D-10117 Berlin

Tel.: 0049-(0)30-2 26 67-154

Fax: 0049-(0)30-2 26 67-333

Email: [kwg.ns@mpiwg-berlin.mpg.de](mailto:kwg.ns@mpiwg-berlin.mpg.de)

Umschlaggestaltung:

punkt 8, Berlin ([mail@punkt8-berlin.de](mailto:mail@punkt8-berlin.de))

## INHALT

Kurzfassung/Abstract	4
I. Einleitung	5
Kategorien und Umfang der Zwangsarbeit im Dritten Reich	8
Quellenlage	13
II. Arbeit in der Landwirtschaft	15
1. KWI für Züchtungsforschung	16
1.1 Versuchsgut Rosenhof (Ladenburg)	17
1.2 Rotes Luch (Müncheberg)	26
1.3 Laukischken (Ostpreußen)	29
2. KWI für Bastfaserforschung	29
3. KWI für Kulturpflanzenforschung	30
4. Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft	31
5. KWI für Tierzuchtforschung	32
III. Bau- und Hilfsarbeiten	33
1. KWI für Bastfaserforschung	33
2. KWI für Tierzuchtforschung	34
3. KWI für Strömungsforschung/Aerodynamische Versuchsanstalt	36
4. KWI für Metallforschung	38
5. Weitere Institute	38
IV. Verlagerungen	39
1. Zwangsarbeit bei Institutsverlagerungen	41
2. Die Ausnahme: Das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie	43
V. Beschäftigung von ausländischen Fachkräften und Wissenschaftlern	48
1. Ausländische Studenten	49
2. Westeuropäische Kriegsgefangene	51
3. Wissenschaftler aus den besetzten Ostgebieten	53
4. KZ-Häftlinge	55
4.1 Kok-Sagys-Forschung in Rajsko (Auschwitz)	56
4.2 Wissenschaftlicher Häftlingseinsatz für das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie (KZ Flossenbürg)	62
VI. Zusammenfassung und offene Fragen	66
Quellen	72
Verzeichnisse und Dokumenteneditionen	74
Literatur	76
Index	83
Autoren	85

## KURZFASSUNG/ABSTRACT

Bislang kam das Thema „Zwangsarbeit“ in den Publikationen zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) und ihrer Forschungseinrichtungen allenfalls am Rande zur Sprache. Die vorliegende Untersuchung stellt die nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl von Forschungseinrichtungen und Standorten schwierige Quellenlage dar, diskutiert den problematischen Sammelbegriff „Zwangsarbeiter“ im Hinblick auf die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse ausländischer und jüdischer Arbeitskräfte in der KWG und bietet einen ersten quantitativen Überblick über das Ausmaß unfreier Arbeit in Kaiser-Wilhelm-Instituten während des Zweiten Weltkriegs. Der Rolle der beteiligten Wissenschaftler, der Institutsdirektoren und der Generalverwaltung der KWG wird nachgegangen. Wenn die Quellen dies zuließen, wurde versucht, das Schicksal und die Perspektive von betroffenen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen wenigstens in Einzelfällen zu rekonstruieren. Vor allem in drei Bereichen griffen Forschungseinrichtungen der KWG auf verschiedene Kategorien von Zwangsarbeitskräften zurück: (1) bei Instituten, die landwirtschaftliche Güter betrieben, (2) bei Bau- und Hilfsarbeiten und (3) bei Verlagerungen infolge alliierter Luftangriffe. Hinzu kam in einigen Fällen die „Übernahme“ von Wissenschaftlern aus den besetzten Gebieten. Darüber hinaus wurden zwei KWI im Rahmen von komplexeren Kooperationen unter Führung der SS zu Nutznießern der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen. Nach vorsichtigen Schätzungen leisteten von 1939 bis 1945 mindestens 1 000 Personen Zwangsarbeit für die KWG und ihre Institute, wobei die Beschäftigungszeiten ebenso differierten wie das Ausmaß des Arbeitszwangs. Insgesamt ergibt sich ein Bild, das die KWG als Mikrokosmos der NS-Gesellschaft ausweist: Hinsichtlich des Themas Zwangsarbeit unterschied sich die KWG nicht grundlegend von anderen Institutionen, staatlichen Einrichtungen und Privatunternehmen.

So far the majority of publications on the history of the Kaiser Wilhelm Society (KWS) have mentioned the subject of “forced labour” only peripherally, if at all. The study at hand depicts the difficulty to gain access to the sources not at least due to the large number of research institutions and locations, discusses the problematical term “forced labour” in respect to the different labour conditions of foreign and Jewish manpower in the KWS, and offers a first quantitative survey of the extent of unfree labour in Kaiser Wilhelm Institutes during World War II. Furthermore the role of the scientists, institute directors and the general administration of the KWS involved is being inquired. The attempt has been made to reconstruct the fate and perspective of the affected men and women who did forced labour at least in individual cases, provided the sources permitted this. Especially in three particular areas the research facilities of the KWS fell back on various categories of forced labour: (1) in the case of institutes running farms, (2) in the field of constructional work and unskilled labour and (3) in the case of relocation due to allied air raids. In some cases this was added by the “take-over” of scientists from the occupied areas. Moreover two of the Kaiser Wilhelm Institutes became beneficiaries of the forced labour performed by concentration camp prisoners within in the scope of rather complex co-operations conducted by the SS. At a cautious estimate at least a thousand persons did forced labour between 1939 and 1945 for the KWS and its institutes, and it must be added that the periods of employment differed as much as the extent of the coercion to work. Altogether it gives a picture indicating the KWS as a microcosmos of the National Socialist society: On the subject of forced labour the KWS does not differ basically from other institutions, either national or private.

# Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1939–1945

## Ein Überblick

Bernhard Strebel und Jens-Christian Wagner

### I. EINLEITUNG

Mitte November 1943 forcierte die britische *Royal Air Force* ihre Luftangriffe auf Berlin und eröffnete eine Großoffensive auf die Reichshauptstadt, die sogenannte *Battle of Berlin*, hinter der das strategische Konzept stand, die deutsche Bevölkerung durch Flächenbombardements zu demoralisieren und das NS-Regime auf diesem Weg zur Kapitulation zu zwingen. Die Gesamtbilanz der bis Ende März 1944 dauernden insgesamt 16 Großangriffe auf Berlin belief sich auf fast 10 000 Tote und Vermißte sowie die Vernichtung oder Zerstörung von 15 % der Wohngebäude.<sup>1</sup>

Der Angriff vom 15. Februar 1944 verursachte auch schwere Schäden an den in Berlin-Dahlem gelegenen Kaiser-Wilhelm-Instituten (KWI), insbesondere dem KWI für Chemie. Am folgenden Tag hieß es in einer ersten Bestandsaufnahme:

„Die Aufräumarbeiten sind bereits sehr tatkräftig in Angriff genommen. Professor Erbacher hat durch die Polizei ein 50 Mann starkes Aufräumkommando der SS organisiert, das die Institutsangehörigen unterstützt. Es steht drei Tage lang zur Verfügung.“<sup>2</sup>

Laut Institutsdirektor Professor Otto Hahn soll es sich um 30 Angehörige der SS-Leibstandarte Adolf Hitler gehandelt haben.<sup>3</sup> Die unterschiedlichen Zahlenangaben sowie der Umstand, daß zu derartigen Arbeiten üblicherweise KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter herangezogen wurden und nicht Angehörige der „Elite-Einheit“ der SS, lassen die Möglichkeit offen, daß es zwei verschiedene Aufräumkommandos gab. Unabhängig davon deuten beide Varianten auf gute Kontakte zur SS hin.

---

1 Zu den Kontroversen um dieses Konzept zwischen den USA und Großbritannien und dem Verlauf der *Battle of Berlin* vgl. Olaf Groehler, *Bombenkrieg gegen Deutschland*, Berlin 1990, S. 172-195.

2 Aktenvermerk Walther Forstmann (Generalverwaltung der KWG), 16.2.1944, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (MPG-Archiv), Abt. I, Rep. 1A, Nr. 736/6. Otto Erbacher war Mitarbeiter des KWI für Chemie. Soweit hier und im folgenden keine Blattzahlen angegeben werden, sind die Akten unpaginiert.

3 Brief an seinen Bruder Heiner Hahn, 17.2.1944, zit. nach: Hellmuth Albrecht/Armin Hermann, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945)*, in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart 1990, S. 356-406, hier: S. 402.

In der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) machte man sich bereits seit Ende 1943 zunehmend Sorgen um die Sicherheit der Angehörigen der Dahlemer Institute, für die nicht genügend Schutzräume zur Verfügung standen. Auch im Harnack-Haus, dem Vortrags- und Begegnungszentrum und insofern repräsentativen Herzen der KWG, mangelte es an geeigneten Luftschutzkellern. Nach zähen Verhandlungen mit den Behörden bekam die Bauverwaltung der KWG schließlich die Genehmigung, den Keller des Hauses zu einem Bunker auszubauen. Die nötigen Arbeitskräfte dafür waren jedoch nicht in ausreichender Zahl vorhanden, und so war man in der Generalverwaltung der KWG augenscheinlich froh über folgende in Aussicht gestellte Möglichkeit:

„Weitere Hilfskräfte, insbesondere für die Untergehung der Bunkerplatte, sollen durch Vermittlung von Dipl.-Kfm. Wiesemann von einem Konzentrationslager bereitgestellt werden.“<sup>4</sup>

Als nicht näher spezifiziertes Konzentrationslager kommt eigentlich nur das KZ Sachsenhausen bzw. eines seiner Außenlager in Frage. Auch wenn nicht überliefert ist, ob tatsächlich KZ-Häftlinge im Harnack-Haus zum Einsatz kamen, spricht bereits der Umstand für sich, daß die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen an diesem für das Selbstverständnis der KWG symbolisch so aufgeladenen Ort bewußt eingeplant wurde. Ähnlich verhält es sich mit den Aufräumarbeiten beim KWI für Chemie, unabhängig davon, ob diese von Angehörigen der SS-Leibstandarte Adolf Hitler oder KZ-Häftlingen verrichtet wurden.

Bislang wurde das Thema Zwangsarbeit in den meisten Publikationen zur Geschichte der KWG nicht einmal am Rande thematisiert.<sup>5</sup> Gleiches gilt für den Großteil der Veröffentlichungen zur Geschichte einzelner Institute. Als ein Beispiel sei die erst vor wenigen Jahren verfaßte Dissertation von Ulrike Friedrich zur Außenstelle des KWI für Biophysik in Oberschlema genannt, in der zwar selbst der Hausmeister und das Reinigungspersonal namentlich genannt werden, die beim Bau des Institutes eingesetzten Kriegsgefangenen aber unerwähnt bleiben.<sup>6</sup> Ähnlich verhält es sich mit einer DDR-Publikation anläßlich des 50jährigen Bestehens des Forschungszentrums für Tierzuchtforschung in Dummerstorf, die für die NS-Zeit akribische Angaben zum Tierbestand enthält, über die dort zur Zwangsarbeit herangezogenen Kriegsgefangenen aber nicht ein Wort verliert.<sup>7</sup> Als bislang einzige Ausnahme ist die Biographie des Direktors des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, Professor Peter Adolf

4 Aktenvermerk Forstmann, betr. Fortsetzung des Bunkerbaus am Harnack-Haus, 2.3.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 736/6. Herbert Wiesemann war Verwaltungsangestellter im KWI für physikalische Chemie.

5 Vgl. insbesondere: Boris Rajewski/Georg Schreiber (Hg.), Aus der deutschen Forschung der letzten Dezennien. Dr. Ernst Telschow zum 65. Geburtstag gewidmet, Stuttgart 1956; Albrecht/Hermann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich; Bernhard vom Brocke/Hubert Laitko (Hg.), Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip, Berlin 1996; Doris Kaufmann (Hg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen 2000.

6 Ulrike Friedrich, Die Außenstelle des KWI für Biophysik (Frankfurt/Main) im Radonbad Oberschlema (Sachsen). Untersuchungen zum Nutzen und Schaden der Radium-Emanation, Diss. med., Berlin 1998.

7 Forschungszentrum für Tierproduktion Dummerstorf-Rostock der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (Hg.), 50 Jahre Tierzucht- und Tierproduktionsforschung Dummerstorf, 1939–1989, Rostock 1989.

Thiessen, von Christina Eibl zu nennen, die auch den Einsatz von KZ-Häftlingen bei der Verlagerung von Institutsteilen nach Falkenhagen thematisiert.<sup>8</sup>

Die Vernachlässigung dieses Themas ist in erster Linie auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen spielte Zwangsarbeit an Kaiser-Wilhelm-Instituten – dies sei hier bereits vorweggenommen – eine eher nachgeordnete Rolle. Zum anderen wurde erst Ende der neunziger Jahre – 50 Jahre nach ihrer Umbenennung in Max-Planck-Gesellschaft (MPG) im Jahr 1948 – der Versuch unternommen, die Geschichte der KWG im Nationalsozialismus wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Im Vordergrund des folgenden Überblicks steht zunächst die quantitative Erhebung des Ausmaßes von Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der KWG.<sup>9</sup> Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Erschließung von näheren Informationen zum Schicksal der betroffenen Zwangsarbeiter auf der einen und der Rolle der beteiligten Wissenschaftler, der Institutsdirektoren und der Generalverwaltung der KWG auf der anderen Seite. Wie zu erwarten war, kristallisieren sich drei Bereiche heraus, in denen einzelne Institute auf Zwangsarbeit zurückgriffen. An erster Stelle sind Institute zu nennen, die landwirtschaftliche Güter betrieben. Ein weiterer Bereich waren Bau- und Hilfsarbeiten. Hinzu kam die Verlagerung einer größeren Zahl von Forschungseinrichtungen der KWG infolge der schweren alliierten Luftangriffe. Hier ist zu untersuchen, ob die Verlagerungen – ähnlich wie bei den Industrieverlagerungen in den letzten beiden Kriegsjahren – einen Faktor darstellten, der maßgeblich zur Radikalisierung von Zwangsarbeit beitrug.<sup>10</sup> Doch auch in anderen als den drei genannten Bereichen wurden Zwangsarbeitskräfte eingesetzt. Vor allem die Einberufungen zur Wehrmacht rissen erhebliche Lücken in die Personaldecke der Kaiser-Wilhelm-Institute, die nur schwer bzw. kaum zu kompensieren waren. Der bis 1933 selbstverständlichen und auch danach noch verbreiteten Beschäftigung von ausländischen Wissenschaftlern im Interesse eines internationalen Austausches stand mit Kriegsbeginn zunehmend der Faktor „Spionagegefahr“ entgegen, da ein erheblicher Teil der Forschungen als kriegswichtig galt. Gleichzeitig eröffneten sich in den besetzten Gebieten, vor allem im Osten, ungeahnte Möglichkeiten zur „Übernahme“ von Wissenschaftlern. Diesen Entwicklungen soll ebenfalls nachgegangen werden. Die drei Fälle, in denen Kaiser-Wilhelm-Institute zu Nutznießern der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen wurden, vollzogen sich innerhalb von komplexen Kooperationen, deren Genese ebenfalls zu rekonstruieren ist.

---

8 Christina Eibl, *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899–1990). Eine biographische Studie*, Diss. phil., Stuttgart 1999, S. 154-162. Auch die Studie von Ute Deichmann, *Biologen unter Hitler. Porträt einer Wissenschaft*, Frankfurt/Main 1995, enthält Hinweise auf Zwangsarbeit.

9 Ausgeklammert bleiben die Untersuchungen, die Mitarbeiter verschiedener Kaiser-Wilhelm-Institute in unterschiedlichen Zusammenhängen an Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen vornahmen. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, bei allen Personen bzw. Personengruppen die männliche und die weibliche Bezeichnung aufzuführen. Dies geschah nur dort, wo geschlechtsspezifische Besonderheiten vorlagen.

10 Zu den Industrieverlagerungen in den beiden letzten Kriegsjahren vgl. etwa Jens-Christian Wagner, *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, hg. von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Göttingen 2001, S. 77 ff.

### *Kategorien und Umfang der Zwangsarbeit im Dritten Reich*

Den Anstoß für eine systematische Aufarbeitung dieses lange vernachlässigten Themas gab die Diskussion um die „Entschädigung“ ehemaliger Zwangsarbeiter. Jedoch ist der vorliegende Bericht nicht von einem juristischen, sondern von einem spezifisch historischen Erkenntnisinteresse geleitet. Gleichwohl ist es wichtig, die Unterschiede der beiden Perspektiven zu verdeutlichen, nicht zuletzt deshalb, weil ein erheblicher Teil der Formen von Zwangsarbeit, wie sie für Forschungseinrichtungen der KWG feststellbar sind, von den Entschädigungsregelungen nicht abgedeckt wird.

Das nach langwierigen und kontroversen Verhandlungen im Dezember 1999 auf den Weg gebrachte und im Juli 2000 vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ unterscheidet drei Kategorien von Entschädigungsberechtigten:<sup>11</sup>

1. in einem Konzentrationslager oder in anderen Haftstätten oder einem Ghetto unter vergleichbaren Bedingungen (unmenschliche Haftbedingungen, unzureichende Ernährung und fehlende medizinische Versorgung) Inhaftierte, die dort zur Arbeit gezwungen wurden (Entschädigung: 15 000 DM);
2. aus ihrem Heimatstaat in das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 oder in ein vom Deutschen Reich besetztes Gebiet zu einem Arbeitseinsatz in einem gewerblichen Unternehmen oder im öffentlichen Bereich gezwungene Menschen, die unter anderen Bedingungen als den in Nummer 1 genannten inhaftiert waren oder haftähnlichen Bedingungen oder vergleichbar besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen waren (Entschädigung: 5 000 DM);
3. Opfer von Enteignungen im Zusammenhang mit rassistischer Verfolgung durch den NS-Staat.

Weitgehend ausgeschlossen bleiben Zwangsarbeiter, die in der Land-, Forst- und Hauswirtschaft beschäftigt wurden.<sup>12</sup> Nicht entschädigungsberechtigt sind ferner Kriegsgefangene, die diesen Status bis Kriegsende behielten, da sich deren Arbeit im Rahmen der Regelungen des Genfer Kriegsgefangenenabkommens von 1929 bewegte, sofern sie nicht direkt Rüstungszwecken diente. Nicht berücksichtigt werden weitere Gruppen von Zwangsarbeitern, beispielsweise Personen, die nicht ins Reichsgebiet oder eines der besetzten Gebiete verbracht wurden, sondern in ihrem vom Deutschen Reich besetzten Heimatland Zwangsarbeit leisten mußten. Nur schwammig definiert bzw. nicht hinreichend geklärt ist außerdem die Entschädigung von Zwangsarbeitern aus den westeuropäischen Ländern.<sup>13</sup>

---

11 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 2.8.2000, Bundesgesetzblatt 2000, Teil I, Nr. 38, Bl. 1263-1269, hier: Bl. 1267.

12 Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß sie von den für die Auszahlung der Entschädigungsleistungen in den jeweiligen Ländern zuständigen Partnerorganisationen einbezogen werden, vorausgesetzt, diese Zahlungen führen nicht zu einer Minderung der zur Kategorie 1 zählenden Leistungen.

13 Zu den nicht berücksichtigten Gruppen vgl. Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa*, Stuttgart 2001, S. 250 f.; zur Entschädigungsdebatte vgl. unter anderem die Beiträge in Ulrike Winkler (Hg.), *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln 2000, S. 170-271.

Eine historische Untersuchung von Zwangsarbeit hingegen hat nicht nur die genannten, von den Entschädigungsregelungen ausgenommenen Gruppen mit zu berücksichtigen, sondern außerdem in mehrfacher Hinsicht zu differenzieren.<sup>14</sup> Wie problematisch die Verwendung von „Freiwilligkeit“ und „Zwang“ als gegensätzliches Begriffspaar ist, darauf hat Ulrich Herbert in seiner wegweisenden Studie am Beispiel der polnischen Arbeitskräfte hingewiesen:

„Der Begriff ‚Freiwilligkeit‘ hat insofern keinen präzise definierbaren materiellen Inhalt, er beschreibt ein Stück Menschenwürde, die verloren gehen kann. Nicht Herr seiner Entscheidungen zu sein, bedeutet, die Verhältnisse, seien sie gut oder schlecht, hinnehmen zu müssen, ohne aus eigener Kraft etwas daran ändern zu können. Insofern trifft für viele, nicht für alle, zu, daß sie lieber in Armut und Angst weiter in Polen – aber aus freien Stücken – blieben, als unter – wenn sie Glück hatten – erträglichen Bedingungen, aber gegen ihren Willen und rechtlos in Deutschland arbeiteten.“<sup>15</sup>

Vor allem in den besetzten Ostgebieten lief jeder, der sich nicht „freiwillig meldete“, Gefahr, anstatt dessen zwangsweise verschleppt zu werden. In diesem Zusammenhang betrachtet, läßt sich „Freiwilligkeit“ schwerlich als solche bezeichnen. Nicht minder problematisch ist die Verwendung des Begriffs „Zwangsarbeiter“, da er keinen personenstandsrechtlichen Charakter hat, sondern eine Bewertung des Schicksals der Betroffenen zum Ausdruck bringt, die sowohl die Art und Weise der Rekrutierung als auch die Arbeits- und Lebensbedingungen mit einbezieht.<sup>16</sup> Gegen die Verwendung des Begriffs sprechen ferner der mit der Bezeichnung verbundene nivellierende Effekt und der Umstand, daß die Definition von Zwang stets abhängig von der individuellen Wahrnehmung ist und sich damit einer allgemeinverbindlichen Normierung entzieht.<sup>17</sup> Insgesamt läßt sich lediglich festhalten, daß sich die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte in der NS-Zeit im Spannungsfeld zwischen breit angelegten Werbekampagnen, der in den besetzten Ländern eingeführten Arbeitspflicht und brutalen Verschleppungen sowie Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Elend bewegte, das nicht selten eine Folge der deutschen Besatzungspolitik war. Zudem war das Ausmaß des Arbeitszwangs nicht selten erheblichen Wandlungen unterworfen, wobei generell eine kontinuierliche Verschärfung zu konstatieren ist, die, je län-

---

14 Nach wie vor grundlegend ist die Studie von Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1985 (Neuaufgabe 1999; soweit nicht zusätzlich ausgewiesen, beziehen sich die Seitenangaben auf die Auflage von 1985). Einen guten, sich in erster Linie auf Forschungsliteratur stützenden Überblick bietet Spoerer, *Zwangsarbeit*, der im Unterschied zu Herbert auch die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen sowie die in den besetzten Gebieten berücksichtigt. Einen komprimierten statistischen Überblick liefert der Beitrag von Thomas Kuczynski, *Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im „Dritten Reich“* auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Heft 15/1 (2000), S. 15-64. Hervorzuheben aus der Fülle der in den letzten Jahren erschienenen Forschungsliteratur sind außerdem drei Sammelbände: Dietrich Eichholtz (Hg.), *Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1999; Rimco Spanjer/Dieter Oudesluijs/Johan Meijer (Hg.), *Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945*, Bremen 1999; Winkler (Hg.), *Stiften gehen*; sowie die Regionalstudie von Andreas Heusler, *Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939–1945*, München 1996.

15 Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 83.

16 Vgl. ebd., S. 359, Anm. 1; vgl. auch die Überlegungen zur begrifflichen und inhaltlichen Abgrenzung in: Barbara Hopmann u. a., *Zwangsarbeit bei Daimler-Benz*, Stuttgart 1994, S. 21 ff.

17 Vgl. Heusler, *Ausländereinsatz*, S. 9, Anm. 3.

ger der Krieg dauerte, auch – wenngleich auf anderer Ebene und in deutlich abgeschwächter Form – deutsche Arbeitskräfte betraf.

Mark Spoerer verweist bei seinem Vorschlag, die ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge in vier Gruppen zu unterscheiden, ebenfalls darauf, daß dies nur eine grobe Kategorisierung sein kann, die Abweichungen in konkreten Einzelfällen nicht berücksichtigt.<sup>18</sup> Danach unterscheidet Spoerer zwischen folgenden Gruppen:

- 1) freiwillige ausländische Zivilarbeiter aus Bulgarien, Italien (bis 1943), Kroatien, Rumänien, Slowakei, Spanien, Dänemark sowie West- und Südeuropa in den ersten Kriegsjahren;
- 2) Zwangsarbeiter mit geringem Einfluß auf ihre Existenzbedingungen aus den besetzten Gebieten (außer Arbeitskräften aus Polen und der Sowjetunion) und Kriegsgefangene aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und Jugoslawien;
- 3) Zwangsarbeiter ohne nennenswerten Einfluß auf ihre Existenzbedingungen aus Polen und der Sowjetunion sowie die polnisch-jüdischen und italienischen Kriegsgefangenen;
- 4) Zwangsarbeiter ohne jeglichen Einfluß auf ihre Existenzbedingungen (polnisch-jüdische und sowjetische Kriegsgefangene, KZ- und Arbeitserziehungslager-Häftlinge sowie „Arbeitsjuden“ in Zwangsarbeiterlagern und Ghettos).

Als ein weiteres entscheidendes Kriterium nennt Spoerer die Sterblichkeit, die in Gruppe 1 normal oder nur geringfügig erhöht, in Gruppe 2 deutlich überdurchschnittlich sowie in Gruppe 3 sehr und in Gruppe 4 extrem hoch war. Neuere Schätzungen gehen von einer Gesamtzahl von 13,5 Millionen ausländischer Zivilarbeiter (8,4 Millionen), Kriegsgefangener (4,6 Millionen), KZ-Häftlinge und zur Zwangsarbeit verpflichteter deutscher und österreichischer Juden (1,7 Millionen) aus.<sup>19</sup> Nach der Grobunterteilung von Spoerer sind davon mindestens 80 % (mit starker Tendenz zu 90 %) den Gruppen 2 bis 4 zuzuordnen und damit als Zwangsarbeiter anzusehen.<sup>20</sup>

Insofern kommt die folgende Untersuchung nicht umhin, zunächst alle Ausländer in den Blick zu nehmen, die für Forschungseinrichtungen der KWG arbeiteten. Vor allem hinsichtlich der ausländischen Zivilarbeiter lassen sich erst in einem zweiten Schritt und nur bei hinreichender Quellenlage Einschätzungen zum Charakter des Arbeitsverhältnisses formulieren.

Trotz ideologischer Vorbehalte (Verstoß gegen die rassistischen Prinzipien des Nationalsozialismus) und sicherheitspolitischer Bedenken nahm die Inanspruchnahme ausländischer Arbeitskräfte (Zivilarbeiter und Kriegsgefangene) ab 1939 sprunghaft zu. Betrug ihre Zahl in diesem Jahr noch etwa 300 000, so stieg sie in den Folgejahren über 1,1 Millionen (1940) und 3 Millionen (1941) bzw. 4,1

18 Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 9-20, insb. S. 16 f.

19 Angaben nach ebd., S. 219-225, insb. S. 223; vgl. Kuczynski, Entschädigungsansprüche, S. 9. Die Abweichung der Summe der Einzelpositionen von der Gesamtzahl resultiert aus dem Umstand, daß etwa 1,1 Millionen Personen in zwei der genannten Gruppen erfaßt wurden und sich bei der Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen eine Fehlermarge von +/- 750 000 Personen ergibt. Zum Ausmaß von Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten liegen bislang nur wenige und zudem widersprüchliche Angaben vor.

20 Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 223.

Millionen (1942) auf gut 6,4 Millionen im Jahre 1943. Bis zum Sommer 1941 war der weitaus größte Teil der Ausländer in der Landwirtschaft eingesetzt.<sup>21</sup> Das Scheitern des „Blitzkrieges“ gegen die Sowjetunion im Herbst/Winter 1941 und die sich daraus zwangsläufig ergebende Umstellung der deutschen Wirtschaft auf einen Abnutzungskrieg brachte eine Reihe einschneidender Änderungen mit sich. Das brennendste Problem stellte Anfang 1942 der Arbeitskräftemangel dar, da immer mehr Männer zur Wehrmacht eingezogen wurden, das NS-Regime – insbesondere Hitler – aber nach wie vor eine Dienstpflicht für deutsche Frauen ablehnte. Von den insgesamt rund 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die einen Ausweg aus dem Personalengpaß hätten bedeuten können, war der größere Teil (etwa 60 %) Anfang Februar 1942 bereits umgekommen oder umgebracht worden.<sup>22</sup>

Am 21. März 1942 ernannte Hitler den Gauleiter und Reichsstatthalter in Thüringen, Fritz Sauckel, zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) und stattete ihn mit weitreichenden Befugnissen aus, die dieser mit „ebenso großer Brutalität wie Energie“ zu nutzen verstand.<sup>23</sup> Die mit Abstand größte nun als potentielle Arbeitskräfte in den Blick genommene Gruppe stellten Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion dar, die man ohne große Mühe rekrutieren zu können glaubte.<sup>24</sup> Nach Sauckels Angaben wurden allein bis Ende 1942 knapp 1,5 Millionen Arbeitskräfte aus der Sowjetunion mittels einer Kombination aus Versprechungen, sozialem Druck und brutalem Terror nach Deutschland gebracht. Auch in Polen und den besetzten westeuropäischen Ländern verschärfte sich die Rekrutierungsmodalitäten zusehends, so daß es trotz massiver militärischer Rückschläge gelang, zwischen Anfang 1943 und Herbst 1944 noch einmal 2,5 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene ins Reich zu bringen. Die Brutalität der Rekrutierungen nahm dabei mit kontinuierlicher Verschlechterung der militärischen Lage deutlich zu. Vor allem im Osten wurde in enger Kooperation mit der Wehrmacht so verfahren, als gäbe es nichts mehr zu verlieren und auf nichts mehr Rücksicht zu nehmen.

Im August 1944 befanden sich etwa 5,7 Millionen ausländische Zivilarbeiter und knapp 2 Millionen Kriegsgefangene im Reichsgebiet. Damit waren ein Viertel aller Beschäftigten in der deutschen Wirtschaft im letzten Kriegsjahr Ausländer. In einigen Wirtschaftssektoren, wie der rüstungswichtigen Industrie und der Landwirtschaft, betrug ihr Anteil sogar ein Drittel. Etwa zwei Drittel der ausländischen Zivilarbeiter stammten aus der Sowjetunion (38 %) und Polen (29 %), gefolgt von Frankreich (11 %), dem Protektorat Böhmen und Mähren und den Niederlanden (jeweils knapp 5 %), Belgien (3,5 %) und Italien (2,7 %).

---

21 Die Darstellung im folgenden stützt sich weitgehend auf Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 147-161 und S. 251-263.

22 Vgl. die grundlegende Studie von Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Bonn 1991, S. 128.

23 Ulrich Herbert, *Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus*, in: ders. (Hg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 384-426, hier: S. 399.

24 Vgl. unter anderem Rolf-Dieter Müller, *Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft*, in: Herbert (Hg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*, S. 234-250.

Der Frauenanteil betrug etwa ein Drittel, wobei der überwiegende Teil der Ausländerinnen (87 %) aus dem Osten kam. Unter den Herkunftsländern der Kriegsgefangenen waren die Sowjetunion (33 %), Frankreich (31 %) und Italien (22 %) am stärksten vertreten. Deutlich geringer war der Anteil von Belgiern (2,6 %) und Polen (1,5 %).<sup>25</sup>

In der Gewalt der SS befanden sich im August 1944 insgesamt 524 000 – etwa 379 000 männliche und 145 000 weibliche – KZ-Häftlinge.<sup>26</sup> Ihre Arbeitskraft war ab 1942 parallel zum Beginn der planmäßigen Massentötungsaktionen ebenfalls in den Blickpunkt gerückt. Dies führte ab Anfang 1943 zu einer steigenden Zahl von KZ-Außenlagern, die in unmittelbarer Nähe von Rüstungsbetrieben errichtet wurden.<sup>27</sup>

Die vor allem in den neunziger Jahren vermehrten Forschungen haben gezeigt, daß es kaum einen Bereich der deutschen Gesellschaft gab, in dem nicht – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – auf Formen der Zwangsarbeit zurückgegriffen wurde. Das Spektrum reicht von staatlichen Einrichtungen, wie beispielsweise dem Volkswagenwerk und den Hermann-Göring-Werken, über führende Industriekonzerne, wie die IG Farben, Daimler-Benz oder Siemens, und landwirtschaftliche Betriebe bis hin zu kleinen Handwerksbetrieben, kirchlichen und kommunalen Einrichtungen sowie privaten Haushalten.<sup>28</sup>

Ebenso unterschiedlich wie die Rekrutierungsmodalitäten der einzelnen Gruppen und Nationalitäten waren ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Sie waren nicht nur von den einer rassistischen Hierarchie folgenden Verordnungen bestimmt, insbesondere den „Polenerlassen“ vom März 1940<sup>29</sup> und den „Ostarbeitererlassen“ vom Februar 1942<sup>30</sup>, sondern in erheblichem Maß auch vom Verhalten der „Arbeitgeber“.<sup>31</sup>

---

25 Angaben nach der vom „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ herausgegebenen Zeitschrift „Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich“, Nr. 10 vom 31.10.1944, übernommen aus: Herbert, Fremdarbeiter, S. 271 f.

26 Internes Schreiben SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA), betr. Häftlingsstärkemeldung und Übersicht an Häftlingsbekleidung, 15.8.1944, Nürnberg. Dok. PS-1166, in: International Military Tribunal (IMT), Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14.11.1945 bis 1.10.1946, 42 Bde., Nürnberg 1947, Bd. 27, S. 46. Das ab Februar 1942 bestehende WVHA war zuständig für die Verwaltung der Konzentrationslager.

27 Vgl. unter anderem Rainer Fröbe, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie 1943–1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 351–383; Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999, S. 113–221; sowie die Beiträge in: Hermann Kaienburg (Hg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996; Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, 2 Bde., Göttingen 1998, insb. S. 533–751.

28 In einigen Fällen liegen mittlerweile umfangreiche Studien vor, in zahlreichen anderen besteht nach wie vor erheblicher Forschungsbedarf; vgl. den Forschungsüberblick in der Neuausgabe der Herbert-Studie von 1999 (Fremdarbeiter, S. 416–433) sowie die von Winkler (Stiften gehen, S. 10–168) und Eichholtz (Krieg und Wirtschaft, S. 9–170) herausgegebenen Beiträge.

29 Reichsführer-SS (RFSS) und Chef der Deutschen Polizei an Stapo(leit)stellen, betr. Behandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und -arbeiterinnen, 8.3.1940, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA), R 58/1030, Bl. 28–35; zur Bedeutung dieses grundlegenden Erlasses vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 74–82.

30 Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei an Stapo(leit)stellen, Einsatz von Arbeits-

### Quellenlage

Die Quellenlage kann nur als schlecht bezeichnet werden. Für die Existenz eines Bestandes, der die Bezeichnung „zentral“ rechtfertigen würde, ließen sich keine Anhaltspunkte finden. Da es insgesamt knapp 40 Institute mit teilweise mehreren Standorten in den Blick zu nehmen galt, zu denen ab Ende 1943 eine Reihe von Verlagerungen hinzukamen, gestaltete sich die Suche nach relevanten Unterlagen über weite Strecken sprichwörtlich zu einer „Suche nach der Nadel im Heuhaufen“.

Die Beschaffenheit der Quellenlage zeigt sich am deutlichsten daran, daß die Unterlagen im Archiv der MPG zu den informativsten zählten, obwohl dieses sich entgegen der im Vorfeld gehegten Erwartungen als verhältnismäßig unergiebig erwies.<sup>32</sup> Auffallend bei den Unterlagen der Generalverwaltung ist, daß die Aktenmappen für die Jahre ab 1939 mit der Dauer des Krieges immer dünner werden. Zudem gibt es in überlieferten Dokumenten Hinweise darauf, daß die Unterlagen nicht vollständig aufbewahrt wurden; so zum Beispiel in den Betreuerakten der Generalverwaltung für das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie sowie in den Betreuerakten für das KWI für Züchtungsforschung, in denen die Gehaltslisten „unserer ausländischen Zivilarbeiter“ als Anlage erwähnt werden, die Anlagen selbst aber fehlen.<sup>33</sup>

Lediglich in einem Fall, der Zweigstelle des KWI für Züchtungsforschung in Ladenburg/Rosenhof haben sich im Institut selbst (nicht in der Generalverwaltung) Akten erhalten, denen der Umfang der Beschäftigung ausländischer Zivilarbeiter zu entnehmen ist. Aber auch dieser Bestand ist alles andere als vollständig. Er umfaßt in erster Linie Meldeunterlagen und in geringerem Umfang Schriftwechsel mit dem zuständigen Arbeitsamt und anderen Institutionen. Informationen über Formen des Arbeitszwangs, etwa Arbeitsverträge oder dergleichen, sucht man in den vom Rosenhof erhaltenen Akten vergeblich. In welchen Fällen es sich bei ausländischen Arbeitskräften um freiwillige Lohnarbeiter und in welchen Fällen es sich um Zwangsarbeiter handelte, ist somit nur schwer zu bestimmen.

Insgesamt sind in den Beständen des MPG-Archivs die einzelnen Hinweise auf Formen und Umfang der Beschäftigung ausländischer Zivilarbeiter weit verstreut und vielfach zusammenhangslos. Nähere Angaben zu einzelnen Personen (Name, Geburtsdatum etc.), die Ansatzpunkt für weitere Nachforschungen hät-

---

kräften aus dem Osten, 20.2.1942, BA, RD 19/3, Allgemeine Erlaßsammlung, 2 A III f, S. 15-24; zur Bedeutung vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 154-157.

31 Den nach wie vor besten Überblick darüber geben die Beiträge des von Herbert herausgegebenen Sammelbandes *Europa und der „Reichseinsatz“*; vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 35-229.

32 Auch wenn sich damit nicht per se eine Aufbewahrungspflicht verbunden hätte, gilt es zu berücksichtigen, daß das zentrale Archiv zur Geschichte der MPG erst 1975 eingerichtet wurde, vgl. Eckart Henning/Marion Kazemi, Quellen zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft in ihrem Berliner Archiv, in: vom Brocke/Laitko (Hg.), Harnack-Prinzip, S. 35-44, hier: S. 35 f.; vgl. Christel Wegeleben: Beständeübersicht des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin-Dahlem, Berlin 1997.

33 Vgl. verschiedene Schreiben des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie und des KWI für Züchtungsforschung an die Generalverwaltung aus dem Zeitraum 1944/45, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1184 und Nr. 2634.

ten sein können, sind kaum noch vorhanden. Damit bleibt der Weg zu zwei wesentlichen Recherchemöglichkeiten, die sich in den Forschungen zum Thema „Zwangsarbeit“ mittlerweile in vielen Fällen als außerordentlich ergiebig erwiesen haben, weitestgehend versperrt. Dies wären zum einen die Archive der Ortskrankenkassen und Landesversicherungsanstalten gewesen, bei denen nicht nur die deutschen Institutsangehörigen, sondern auch die ausländischen Zivilarbeiter versichert waren. Da jedoch fast alle Krankenkassen ihre Akten personenbezogen führten, ist ein Zugriff auf die Daten über den Arbeitgeber (sprich die Institute) unmöglich.<sup>34</sup> Eine weitere Möglichkeit wären die umfangreichen Datenbanken der Partnerorganisationen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gewesen, die in den jeweiligen Ländern für die Auszahlung der Entschädigungssummen zuständig sind. Da aber nur in wenigen Fällen die Namen und Geburtsdaten der ehemaligen ausländischen Arbeitskräfte bekannt waren, hatten entsprechende Anfragen nur in einem Fall Erfolg.<sup>35</sup> Der Umstand ist um so bedauerlicher, als damit keine Möglichkeit besteht, die Perspektive der betroffenen Menschen angemessen in die Darstellung einzubeziehen.

Außer im Archiv der MPG erfolgten Recherchen auf breiter Basis in den Landesarchiven und den kommunalen Archiven. Hinzu kamen fünf überregionale Einrichtungen, in denen ebenfalls relevantes Material zu vermuten war: die Bundesarchive in Berlin und Freiburg (Militärarchiv), der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen, die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg (heute Außenstelle des Bundesarchivs) sowie der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Aufgrund der Vielzahl der Institutsstandorte und der begrenzten Projektzeit (acht Monate) mußte die Frage, inwieweit Recherchen vor Ort „lohenswert“ waren, in den meisten Fällen auf dem Weg der schriftlichen Anfrage geklärt werden.<sup>36</sup> Die Antworten der angeschriebenen Archive waren abhängig davon, in welcher Tiefe die in Frage kommenden Bestände in den Findbüchern verzeichnet sind. Nur in wenigen Fällen lagen bereits Spezialinventare zum Thema Zwangsarbeit vor oder konnte auf Erkenntnisse laufender oder abgeschlossener Forschungsprojekte zurückgegriffen werden. Wie selten beides nach wie vor der Fall ist, zeigt ein jüngst herausgegebenes Archivverzeichnis.<sup>37</sup> Nicht zuletzt gilt es in

---

34 So die schriftlichen Mitteilungen der AOK Bad Tölz (25.5.2000), Düsseldorf (27.6.2000), Rhein-Neckar (13.6.2000), Schwäbisch Gmünd (29.6.2000), Stuttgart (21.6.2000), Tübingen (30.6.2000), Zollern-Alb (21.8.2000) und der Landesversicherungsanstalten Berlin (12.7.2000), Brandenburg (21.7.2000) und Sachsen (11.7.2000). Nur bei der AOK Mülheim konnte eine unter der Bezeichnung des Arbeitgebers (KWI für Kohlenforschung) geführte Liste ausfindig gemacht werden, die etwa 100 Mitarbeiter zählt. Nach mündlicher Auskunft der AOK Mülheim/Ruhr vom 15.6.2001 befinden sich darauf keine ausländisch klingenden Namen.

35 Schriftliche Mitteilung der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ (Warschau) vom 29.6.2001.

36 Wir danken den Mitarbeitern der angeschriebenen Archive und des Forschungsprogramms „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ für ihre hilfreiche Unterstützung.

37 Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte (Hg.), Verzeichnis der Nachweise für NS-Zwangsarbeiter(innen) bei Archiven und anderen Institutionen in Deutschland, bearb. von Gerhard Jochem, Köln 2000; vgl. Wilfried Reininghaus, Archiv- und Sammlungsgut zur Geschichte der Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Eine Annäherung an den Gesamtbestand der Quellen, unveröffl. Vortragsmanuskript, Münster 2001.

Rechnung zu stellen, daß die Recherchen in einen Zeitraum fielen, in dem sich der Großteil dieser Archive einer zunehmenden Anzahl von Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter gegenüber sah, die zwar zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der angefragten Thematik führten, gleichzeitig aber einen nicht unerheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeuteten.

Die Hoffnung, daß die staatliche und kommunale Verwaltung der Zwangsarbeit etwa durch die Arbeitsämter, die Polizei, die Gesundheits- und Ernährungsämter und die Meldebehörden bezüglich der KWG-Zwangsarbeiter archivalische Spuren hinterlassen hat, stellte sich in den meisten Fällen als trügerisch heraus. Die wichtigen Bestände der kommunalen Archive erwiesen sich leider überwiegend als zu sehr ausgedünnt. So konnten beispielsweise keine kommunalen oder staatlichen Akten zu Zwangsarbeitern beim KWI für Züchtungsforschung in Münchenberg ausfindig gemacht werden, obwohl auf den ausgedehnten Versuchsfeldern dieses Institutes nachweislich Zwangsarbeiter in größerer Zahl beschäftigt worden sind. Etwas besser gestaltete sich die Situation in den Bundesarchiven (Berlin, Freiburg und Ludwigsburg), wo Dokumente erschlossen werden konnten, die zur Erhellung der Hintergründe beitragen.<sup>38</sup> Hinzu kommen Unterlagen aus dem Fundus der im Verlauf des Nürnberger Prozesses und seiner zwölf Nachfolgeprozesse zusammengetragenen Dokumente.<sup>39</sup>

Zusammenfassend läßt sich als Ergebnis der schriftlichen Anfragen folgendes festhalten: Die in der Mehrzahl negativen Antworten geben zumindest relative Sicherheit darüber, daß sich in den betreffenden Archiven keine umfangreichen Unterlagen befinden. Im Fall der Bundesarchive (Berlin und Freiburg) fielen die Recherchen vor Ort allerdings ertragreicher aus, als dies anhand der schriftlichen Auskunft im Vorfeld zu erwarten war. Trotz der zweifelsohne wertvollen und hilfreichen „Vorrecherche“ von Archivmitarbeitern bleibt somit eine gewisse Unsicherheit darüber, ob bzw. in welchem Umfang schwer erschließbare Aktensplitter nicht erfaßt wurden. Die folgende Darstellung kann deshalb nur einen ersten Überblick bieten.

## II. ARBEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT

Die deutsche Landwirtschaft war der erste Wirtschaftsbereich, der bereits in den Vorkriegsjahren in nicht unerheblichem Maße auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen war. Im August 1944 arbeiteten gut 2,7 Millionen und damit 36 % aller ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen in der deutschen Land-

---

38 Die Anfragen an den Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes (ISD) und den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) brachten keine Ergebnisse; vgl. schriftliche Mitteilungen ISD vom 1.9.2000 und 11.6.2001; schriftliche Mitteilung BStU vom 20.10.2000. Gleiches gilt für das Landesarchiv Berlin (LAB) und das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam (BLHA); vgl. mündliche Mitteilung LAB, 6.6.2000; schriftliche Mitteilungen BLHA, 22.5. und 9.8.2000.

39 Kopien der sogenannten Nürnberger Dokumente befinden sich mit identischen Signaturen in zahlreichen Archiven (größere Bestände unter anderem im Staatsarchiv Nürnberg, dem Bundesarchiv in Koblenz, dem Institut für Zeitgeschichte in München und der Universitätsbibliothek Göttingen, Abteilung Handschriften und Seltene Drucke) und werden deshalb ohne Archivangabe zitiert.

wirtschaft, was einem Anteil von 46 % aller dort Beschäftigten entsprach.<sup>40</sup> Den Stellenwert der Zwangsarbeit in diesem Wirtschaftsbereich verdeutlicht eine Beurteilung durch den thüringischen Landesbauernführer Rudolf Peuckert vom Herbst 1944:

„Ohne diesen Einsatz von hunderttausenden von ausländischen Arbeitskräften wäre es undenkbar, die Produktion der deutschen Landwirtschaft auf der gegenwärtigen Höhe zu halten. So unschön in mancher Hinsicht der Ausländereinsatz auf den deutschen Bauernhöfen und so gefährvoll er in den ernsten Zeiten wie der jetzigen auch ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß ohne ihn die Ernährung in der bisherigen Weise nicht sicherzustellen gewesen wäre.“<sup>41</sup>

Die von Peuckert benannten Probleme, der ideologische Widerspruch („unschön“) und die sicherheitspolitischen Risiken („gefährvoll“), ergaben sich in der Landwirtschaft in deutlich stärkerem Maße als in anderen Wirtschaftsbereichen, da hier die geforderte strikte Trennung zwischen Deutschen und Ausländern meist nicht realisierbar war. Das NS-Regime begegnete dem mit außerordentlich repressiven Bestimmungen, insbesondere den „Polen-“ und „Ostarbeitererlassen“, die für Verstöße drakonische Strafen vorsahen. Gleichwohl ist für die in der Landwirtschaft eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte zu konstatieren, daß ein entscheidender Vorteil darin bestand, daß die Verpflegung auf dem Land in aller Regel erheblich besser war als in der Industrie und zudem eine Unterbringung in geschlossenen Lagern zumeist nicht möglich war.<sup>42</sup>

Erwartungsgemäß war die Zahl von ausländischen Zivilarbeitern am höchsten in den Kaiser-Wilhelm-Instituten, die im weitesten Sinne im Bereich der Landwirtschaft tätig waren und Versuchsgüter betrieben. An erster Stelle ist hier das KWI für Züchtungsforschung mit Hauptsitz in Müncheberg zu nennen, das Versuchsgüter in Ladenburg bei Mannheim (Rosenhof) und in Laukischken in Ostpreußen unterhielt.

### *1. KWI für Züchtungsforschung*

Für die deutsche Saatindustrie hatte das 1928 eingerichtete KWI für Züchtungsforschung herausragende Bedeutung, da es Grundlagenforschung betrieb, die von einzelnen Firmen nicht geleistet werden konnte. Durch die Autarkiepolitik der Nationalsozialisten gewann dieser Aspekt noch erheblich an Bedeutung. Finanziert wurde das Züchtungsforschungsinstitut fast vollständig vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie zu einem geringeren Teil

---

40 Angaben nach: Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Nr. 10 vom 31.10.1944, übernommen aus: Herbert, Fremdarbeiter, S. 270. Eine systematische Darstellung der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft stellt nach wie vor ein Desiderat dar. Erste Überblicke vermitteln: Joachim Lehmann, Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, in: Dietrich Eichholtz (Hg.), Geschichte der Deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II (1941–1943), Berlin 1985, S. 570-642, hier: S. 608-615; ders., Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 127-139; Katharina Hoffmann, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Winkler (Hg.), Stiften gehen, S. 130-147.

41 Rede des Landesbauernführers und Beauftragten des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz in Fragen des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes Rudolf Peuckert anlässlich des Erntedankfestes 1944, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 299/2, zit. nach: Lehmann, Zwangsarbeiter, S. 129.

42 Ebd., S. 137.

von privaten Geldgebern.<sup>43</sup> Im Haushaltsjahr 1940/41 waren in Müncheberg und den Außenstellen (einschließlich Ladenburg und Laukischken) 41 wissenschaftliche Mitarbeiter, 92 Büro- und technische Angestellte und 245 Arbeiter beschäftigt.<sup>44</sup> Vier Jahre später hatte sich die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht verändert, die der Büro- und technischen Angestellten war jedoch auf 102, die der Arbeiter auf 270 gestiegen.<sup>45</sup>

### *1.1 Versuchsgut Rosenhof (Ladenburg)*

Am besten dokumentiert ist der Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Außenstelle des KWI für Züchtungsforschung auf dem Rosenhof bei Ladenburg. Nicht in allen Fällen ließ sich indes klären, ob und in welchem Ausmaß die ausländischen Arbeitskräfte zwangsweise beschäftigt wurden. Zunächst arbeiteten überwiegend Personen aus verbündeten Ländern auf dem Rosenhof, etwa aus Italien und Ungarn. Im Laufe des Krieges gerieten diese Länder jedoch unter deutsche Besatzung, und damit näherten sich die Arbeitsbedingungen der „Fremdarbeiter“ aus diesen Ländern denen der Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion an. Der Übergang von der mehr oder weniger freien Lohnarbeit zur Zwangsarbeit war oftmals fließend. Insgesamt gesehen nahm der Arbeitszwang bei allen Gruppen im Laufe des Krieges zu; und gegen Kriegsende dürften für nahezu alle ausländischen Arbeitskräfte auf dem Rosenhof Arbeitsbedingungen geherrscht haben, die die Bezeichnung Zwangsarbeit gerechtfertigt erscheinen lassen.

Namentlich lassen sich hier für den Zeitraum von 1939 bis 1945 insgesamt 141 Arbeitskräfte nachweisen, die nicht aus Deutschland stammten. Da es sich überwiegend um saisonal anfallende Arbeiten handelte, waren nie mehr als 30 ausländische Arbeitskräfte gleichzeitig auf dem Rosenhof beschäftigt. Sie kamen aus folgenden Ländern: Polen (42), Ungarn (36, darunter sechs „Volksdeutsche“), Jugoslawien (27, darunter 23 mit ungarischer Staatsbürgerschaft<sup>46</sup>), Weißrußland (18), Ukraine (10), Italien (4) und Frankreich (3).<sup>47</sup> Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen betrug dabei etwa 60 zu 40. Die jüngsten auf dem Rosenhof beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte waren drei Ungarinnen (alle Jahrgang 1927), die ihre Arbeit im Juli 1942 bzw. Mai 1943 im Alter von 14 und 15 Jahren antraten. Die Ältesten waren das polnische Ehepaar Jozef und

---

43 Zur Geschichte des Instituts vgl. Jonathan Harwood, Eine vergleichende Analyse zweier genetischer Forschungsinstitute: die Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie und Züchtungsforschung, in: vom Brocke/Laitko (Hg.), Harnack-Prinzip, S. 331-348, hier: S. 333 und S. 341; Susanne Heim, Research for Autarky. The Contribution of Scientists to Nazi Rule in Germany, Berlin 2001, S. 20.

44 KWI für Züchtungsforschung, Haushaltsplan 1940/41, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2631/1, Bl. 81-85.

45 KWI für Züchtungsforschung, Haushalt 1944/45, BA, R 2/18181. Sehr wahrscheinlich umfaßt die Angabe nur die festangestellten Arbeiter.

46 In einigen Dokumenten für den Zeitraum bis April 1941 auch als „Kroaten“ geführt.

47 Angaben nach Meldebescheinigungen und sonstigen Personalunterlagen in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17. Bei einem Mann mit tschechisch klingendem Namen fehlt die Angabe zur Staatsangehörigkeit.

Zofja W.,<sup>48</sup> das im Mai 1944 im Alter von 64 und 62 Jahren zusammen mit einer erwachsenen Tochter auf den Rosenhof geschickt wurde.

Unter den ersten, die sich im Dezember 1939 für ein Jahr zur Arbeit auf dem Rosenhof verpflichteten, waren die beiden Italiener Vincenzo F. (Jg. 1915) und Cataldo F. (Jg. 1913) aus Corato bei Bari in Apulien.<sup>49</sup> Der Pole Jan J. (Jg. 1914) arbeitete vermutlich ebenfalls bereits seit Sommer 1939 auf dem Rosenhof. Cataldo F. und Jan J. kamen nach den Winterpausen in den folgenden Jahren wieder. J. brachte vermutlich zur Saison 1941 seine junge Frau Sofja (Jg. 1921) mit auf das Versuchsgut. Beide arbeiteten bis kurz vor Kriegsende auf dem Rosenhof. Arbeitsverträge, die Rückschlüsse auf ihren formalen Status zulassen würden, sind nicht erhalten geblieben. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung des sogenannten Poleneinsatzes im Deutschen Reich kann jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß J. und vielleicht auch seine Ehefrau zunächst noch freiwillig als traditionelle Wanderarbeiter auf den Rosenhof kamen, im Laufe des Krieges aber zunehmend zur Arbeit auf dem Hof gezwungen wurden.

Für 1940 läßt sich neben den beiden Italienern und dem Polen die saisonale Beschäftigung von zwölf weiteren Arbeitskräften aus Polen (darunter ein weiteres Ehepaar) und fünf „Volksdeutschen“ ungarischer Staatsangehörigkeit nachweisen. Darüber, inwieweit die Polen und Polinnen sich „freiwillig“ zum Arbeitsdienst nach Deutschland gemeldet haben, lassen sich keine eindeutigen Angaben machen. Der Zeitpunkt allerdings (Mai 1940) läßt vermuten, daß ihre Rekrutierung auf die von der Regierung des Generalgouvernements Ende April 1940 für alle Polen der Jahrgänge 1915 bis 1925 erlassene Arbeitspflicht in Deutschland zurückging.<sup>50</sup> Nicht selten erfolgten die Rekrutierungen in Polen mit außerordentlicher Brutalität oder unter Androhung schwerer Strafen. Auffallend ist außerdem, daß alle Personen (ein Ehepaar ausgenommen) aus der Ortschaft Lubasch im Kreis Scharnikau stammten. Vier von ihnen waren im Alter von 16 und 17 Jahren, der älteste 30 Jahre alt. Unklar ist, ob sie – was zu vermuten ist – den Rosenhof im Herbst wieder verließen. Lediglich für das nicht aus Lubasch stammende Ehepaar (Jg. 1905 und 1916) ist überliefert, daß es Ende Oktober vom Arbeitsamt auf andere Arbeitsstellen „umvermittelt“ wurde, wie es im Amtsdeutsch der Behörde hieß.

Bei den „Volksdeutschen“ handelte es sich um Landarbeiter aus den Teilen Jugoslawiens (Südbaranja, Batschka und die Murinsel), die nach dem deutschen Überfall im April 1941 Ungarn zugeschlagen wurden, unter ihnen das Ehepaar

---

48 Die anonymisierte Wiedergabe der Nachnamen der Zwangsarbeiter folgt datenschutzrechtlichen Überlegungen und Archivaufgaben (im Fall von Justizunterlagen), ausgenommen Personen, die als bekannt vorausgesetzt werden können oder bereits in anderen Publikationen erwähnt wurden.

49 Arbeitsvertrag vom 19.12.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16. Zu den Arbeitskräften aus Italien vgl. Bruno Mantelli, Von der Wanderarbeit zur Deportation. Die italienischen Arbeiter in Deutschland 1938–1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 51–89.

50 Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 105 f.; vgl. Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin 1987, S. 224; Herbert, Fremdarbeiter, S. 85 f.

H. (beide um die 40) aus Sekič im Kreis Topola südlich von Sobotica (Batschka) mit seinem Sohn (Jg. 1923).<sup>51</sup> In der Saison 1941 kamen sie wieder, brachten einen weiteren Sohn (Jg. 1926) mit und blieben bis Dezember. Daß die Bezeichnung „volksdeutsch“ durchaus ihrem Selbstverständnis entsprach, verdeutlicht ein Brief des Vaters an die Verwaltung des Rosenhofs, in dem er im April 1942 nicht ohne Stolz mitteilt, der Ältere habe sich zur Waffen-SS gemeldet:

„Der geht heute wieder ins Reich, aber nicht als Arbeiter sondern als Kriegsfreiwilliger, wie über 30.000 von uns Volksdeutschen, die für die Freiheit des deutschen Volkes kämpfen, denn ihre Parole lautet: Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen, der Philipp kommt nämlich nach München zur Ausbildung, er ist bei der Waffen-SS.“<sup>52</sup>

In der Sommersaison 1941 belief sich die Zahl der ausländischen und „volksdeutschen“ Zivilarbeiter auf dem Rosenhof auf etwa 20.<sup>53</sup> Neben der Familie H. und zwei weiteren „Volksdeutschen“ aus Ungarn handelte es sich um 10 bis 14 kroatische Arbeitskräfte aus einem der ehemals jugoslawischen, durch Annexion nunmehr ungarischen Gebiete. Ihr Status ist unklar. In einem Schreiben vom Juli 1941 heißt es über sie: „Von den Arbeitern ist keiner im Besitz eines Passes; sie wurden während der Unruhen durch die deutsche Wehrmacht ins Reich befördert und uns dann durch das Arbeitsamt Mannheim zugewiesen.“<sup>54</sup>

Mit Unruhen dürfte der Überfall auf Jugoslawien im April 1941 gemeint sein. Ob die Formulierung „durch die Wehrmacht ins Reich befördert“ unter Umständen als Umschreibung für eine mehr oder weniger zwangsweise Verbringung nach Deutschland zu lesen ist, lassen die Unterlagen offen.<sup>55</sup>

Im September 1941 kamen vier aus Haj Jawowan stammende Ukrainerinnen auf den Rosenhof. Ihnen folgten im Dezember drei weitere Ukrainer, von denen ei-

---

51 Zu den Arbeitskräften aus Jugoslawien und Ungarn vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 67 f. und S. 84. Zu den „Volksdeutschen“ in diesen Ländern vgl. Valdis O. Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933–44*, Chapel Hill 1993, S. 113–122 und S. 222–224. Zur völkerrechtswidrigen Aufteilung Jugoslawiens vgl. Holm Sundhausen, *Jugoslawien*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1996, S. 311–330, hier: S. 313 f.

52 Familie H. an Fräulein Wolter (KWI für Züchtungsforschung), 4.6.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 15. Von März bis Mai 1942 warb die SS mit ungarischer Duldung über 16 000 „Volksdeutsche“ in Ungarn an; vgl. George H. Stein, *Geschichte der Waffen-SS*, Düsseldorf 1978, S. 155; Lumans, *Himmler's Auxiliaries*, S. 211–216.

53 Die für Juli und August 1941 überlieferten Zahlen der Saisonarbeiter schwanken zwischen 15 und 19; vgl. Handschriftlicher Vermerk auf Schreiben Arbeitsamt Mannheim an KWI für Züchtungsforschung, 24.7.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 15; KWI für Züchtungsforschung an Deutsche Bank (Abtl. Ausland 2), 14.7.1941, ebd.; KWI für Züchtungsforschung an Deutsche Bank (Abtl. Ausland 2), 14.8.1941, ebd.

54 KWI für Züchtungsforschung an Deutsche Bank (Abtl. Ausland 2), 14.7.1941, ebd. Hintergrund des Schreibens war das „dringende Verlangen“ der betreffenden Arbeitskräfte, ihren Lohn in die Heimat zu schicken.

55 Spoerer (Zwangsarbeit, S. 84) schätzt die Gesamtzahl der ungarischen Zivilarbeiter in Deutschland auf 40 000–50 000. Inwieweit die Zahl die seit 1941 annektierten Gebiete Jugoslawiens einschließt, wird nicht ersichtlich. Nicht berücksichtigt sind die ungarischen Jüdinnen und Juden, deren Schicksal sich ab Frühjahr 1944 dramatisch von dem der ungarischen Zivilarbeiter unterschied.

ner gut zwei Wochen später wegen Krankheit (schwere chronische Bronchitis und Verdacht auf Lungentuberkulose) in seine Heimat zurückgeschickt wurde.<sup>56</sup>

Als nicht-saisonale Arbeitskraft kam im April 1942 der Pole Peter W. (Jg. 1910) hinzu. Er blieb bis Kriegsende auf dem Rosenhof, wo er als Melker und Viehfütterer Verwendung fand. Für die Saison 1942 bekam das Institut Anfang April 1942 zwölf und Anfang Juli drei weitere „Ostarbeiter“ zugewiesen. Der jüngste von ihnen war bei Arbeitsantritt 17 Jahre alt. Anstatt des Geburtsortes wird bei ihnen in den Akten pauschal „Alt-Sowjetrußland“ angegeben. Einer Aufstellung des Arbeitsamtes Mannheim zufolge stammten diese Arbeiter vom April 1942 aus dem „Anwerbesammellager“ Witebsk in Weißrußland nordöstlich von Minsk.<sup>57</sup> Laut Institutsunterlagen soll es sich um „freiwillige Arbeiter“ gehandelt haben.<sup>58</sup> Vorausgesetzt, diese Angabe ist zutreffend, so waren die „freiwilligen“ Meldungen aller Wahrscheinlichkeit auf die 1942 in Weißrußland herrschende und durch die Ernährungspolitik der deutschen Besatzer hervorgerufene Hungerkrise zurückzuführen, von der der Nordosten (und damit auch der Raum Witebsk) besonders schwer betroffen war.<sup>59</sup>

Einem Schreiben von Ende Juli ist zu entnehmen, daß einige dieser „Ostarbeiter“ sich in sehr schlechtem gesundheitlichen Zustand befanden:

„Im April [1942] sollten uns 14 Russen zugeteilt werden. [...] Ein Mann davon wurde wegen Flecktyphus in Mannheim behalten und ist nie auf dem Rosenhof gewesen. Ein weiterer Russe wurde nach fünf Wochen wegen Tuberkulose zurücktransportiert. Am 7.7. wurden uns die 3 oben genannten Russen zugewiesen. Einer davon mußte nach einigen Tagen ins Krankenhaus gebracht werden.“<sup>60</sup>

Hinsichtlich ihrer Verpflegung heißt es:

„Für diese 13 Leute hat uns das Wirtschaftsamt in Ladenburg zunächst die Lebensmittelkarten für Normalverbraucher ausgehändigt. Von uns erhalten die Leute Kartoffeln und etwa 2–3 Liter Magermilch täglich. Die Kolonne arbeitet jetzt täglich 11 Stunden auf dem Felde, im Sommer werden es 12–13 Stunden. Wir bitten Sie dringend um Bekanntgabe der den Leuten zustehenden Lebensmittelrationen. Vor allen Dingen fehlt es an Brot, da die Wochenration nur 3 Pfund beträgt.“<sup>61</sup>

Nicht viel besser sah es mit der Bekleidung aus, wie einem Aktenvermerk von Anfang Juli 1942 zu entnehmen ist:

56 Staatliches Gesundheitsamt Mannheim, betr. Einsatzfähigkeit des ukrainischen Landarbeiters Michael D., 9.1.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 15.

57 Arbeitsamt Mannheim, Liste über die am 9.4.42 am Kaiser-Wilhelm-Institut Rosenhof, Ladenburg, eingesetzten sowjetrussischen Wanderarbeiter, 9.4.1942, ebd. Die Arbeitsämter Polozk, Witebsk und Orscha waren dem Landesarbeitsamt Südwestdeutschland als Anwerbezirke „in den neuen Ostgebieten“ zugewiesen; vgl. Chef der Ordnungspolizei an Höhere SS- und Polizeiführer, betr. Anwerbung und Arbeitseinsatz sowjetrussischer Arbeitskräfte, 10.2.1942, BA, Film 56302/16625 (Bestand Staatsarchiv Wroclaw), Bl. 6.

58 KWI für Züchtungsforschung an Kreisbauernschaft Heidelberg, 27.4.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16.

59 Zur Hungerkrise vgl. Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 301-313, insb. S. 304 f.

60 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 22.7.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16.

61 KWI für Züchtungsforschung an Kreisbauernschaft Heidelberg, 27.4.1942, ebd.

„Der Zustand der mitgebrachten Kleidung ist außerordentlich schlecht. – Vielleicht läßt sich die baldige Zuteilung von gebrauchten Kleidungsstücken ermöglichen. Der dringende Bedarf liegt vor.“<sup>62</sup>

Im Juni 1942 wandte sich das Institut an das Wirtschaftsamt Mannheim mit der Bitte um Zuteilung der normalen Seifenmittelrationen für die russischen Arbeitskräfte. Die angeführte Begründung gibt darüber hinaus Aufschluß über die Arbeitsbedingungen auf dem Rosenhof in der Erntezeit:

„Mit den bisher zugeteilten halben Normalmengen sind die Leute [die ‚Ostarbeiter‘] nicht in der Lage, sich und ihre Sachen sauber zu halten. Da uns durch das Gesundheitsamt die Überwachung der Sauberkeit bei den Russen besonders zur Pflicht gemacht ist und die Leute bei täglich 14stündiger schmutziger Feldarbeit sich oft und gründlich waschen müssen, ist die normale Seifenzuteilung wie für deutsche Landarbeiter unbedingt notwendig. Zurzeit werden außerdem unsere Betten und Decken derartig verschmutzt, daß wir auch aus diesem Grunde um baldigste Abhilfe bitten.“<sup>63</sup>

Schließlich wurden die 14 „Ostarbeiter“ Ende Juli 1942 gegen die gleiche Zahl jugoslawischer Arbeitskräfte aus den nunmehr zu Ungarn gehörenden Gebieten ausgetauscht.<sup>64</sup> Im Nachgang ließ das Institut anfragen: „Gleichzeitig bitten wir Sie um Nachricht, ob und von welcher Stelle aus die Rückerstattung der Kosten [von 68,75 RM] für das Desinfizieren der Russenwohnung und Kleidung erfolgt.“<sup>65</sup>

Weitere Angaben zur Zahl der ausländischen Arbeitskräfte auf dem Rosenhof sind einer Aufstellung vom November 1942 zu entnehmen, die im Zusammenhang mit einer Anordnung des GBA erstellt wurde, nach der zumindest die Russen und Ukrainer für die Rüstungsindustrie freigegeben werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich 17 ausländische Arbeiter auf dem Rosenhof: vier aus Polen bzw. der Ukraine und 13 aus Ungarn.<sup>66</sup>

Für das Jahr 1943 ist ein Antrag erhalten, in dem das Institut dem Arbeitsamt Mannheim im März den Bedarf von 20 ungarischen Landarbeitern meldet (ein Vorarbeiter, fünf Burschen, 13 Frauen und Mädchen, eine Köchin). Zehn Personen, die bereits in der Vorjahressaison auf dem Rosenhof tätig waren, forderte das Institut namentlich an, die restlichen sollten – noch ganz in der Tradition der Wanderarbeit – durch den Vorarbeiter, den Ungarn Jozef K., angeworben werden.<sup>67</sup>

Eine Aufstellung vom Januar 1944 ist das einzige Dokument, das Aufschluß über das zahlenmäßige Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Zivil-

62 Aktenvermerk KWI für Züchtungsforschung, 9.7.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 15.

63 KWI für Züchtungsforschung an Wirtschaftsamt Mannheim, betr. Seifenzuteilung für Zivilrussen (Landarbeiter), 11.6.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16.

64 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 31.8.1942, ebd.

65 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 22.7.1942, ebd.

66 Arbeitsamt Mannheim an KWI für Züchtungsforschung, betr. Umsetzung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften für den Einsatz in der Forst- und Rüstungsindustrie im Winter 42/43, 6.11.1943, ebd.

67 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 23.3.1943, ebd.

arbeitern gibt.<sup>68</sup> Als Personalbestand werden hier genannt: ein Verwalter, eine Gesindekraft, zwölf Landarbeiter, ein Melker und zwei Facharbeiter. Sechs dieser 17 Personen stammten nicht aus Deutschland, was einem Anteil von 35 % entspricht. Für die Saison wurde ein Mindestbedarf von weiteren 19 Personen angemeldet: sieben Burschen, zehn Frauen und Mädchen, ein Vorarbeiter und eine Köchin. 14 Landarbeiter aus Ungarn forderte das Institut namentlich an. Sie waren bereits in der Vorjahressaison auf dem Rosenhof beschäftigt gewesen und hatten vor ihrer Heimreise in die Winterpause im Dezember 1943 einen Arbeitsvertrag für 1944 unterschrieben.<sup>69</sup> Allerdings lassen die erhaltenen Unterlagen vermuten, daß die 14 ungarischen Landarbeiter aus nicht angeführten Gründen nicht auf den Rosenhof kamen. An ihrer Stelle wurden dem Institut im Mai 1944 14 Polen und Polinnen zugewiesen, die wahrscheinlich alle (oder zumindest zum größten Teil) aus dem Kreis Jarotschin stammten und durch das dortige Arbeitsamt, Nebenstelle Pleschen, zugewiesen worden waren. In einem Schreiben des Instituts ist darüber hinaus von einer „plötzlichen Einziehung“ auf ihrer bisherigen Arbeitsstelle im Warthegau die Rede.<sup>70</sup> Mit ihnen erhöhte sich der Ausländeranteil auf dem Rosenhof auf 66 % und lag damit 20 % über dem allgemeinen Durchschnitt in der deutschen Landwirtschaft. Einige dieser polnischen Arbeitskräfte wurden vom Rosenhof drei Monate später wieder abgezogen. Der Großteil blieb jedoch bis Dezember.

Als weitere ausländische Arbeitskräfte kamen im August ein weißrussisches Ehepaar aus Mogilew sowie im November drei Franzosen aus den Vogesen hinzu. Die französischen Arbeiter werden in einem Schreiben vom November als „Flüchtlinge“ bezeichnet.<sup>71</sup> Einer der Franzosen wurde wenige Tage nach seinem Arbeitsantritt an den örtlichen Ortsbauernführer abgegeben.<sup>72</sup> Das weißrussische Ehepaar wurde im Oktober 1944 zu einem Landwirt in Ladenburg „umvermittelt“, nachdem sich das Institut über sie beschwert hatte: „Es handelt sich um russische Fabrikarbeiter, die noch nie in der Landwirtschaft gearbeitet haben und von denen die Frau überhaupt keine Arbeit in gebückter Stellung verrichtet.“<sup>73</sup>

Wie bereits angedeutet waren nicht wenige der ausländischen Arbeitskräfte miteinander verwandt oder verschwägert. Insgesamt lassen sich 13 Ehepaare nachweisen: neun aus Polen, zwei aus Ungarn und eins aus Weißrußland. Ein weiteres Ehepaar, der Italiener Cataldo F. und die Polin Mieczysława M., lernte sich 1944 auf dem Rosenhof kennen. Cataldo F. arbeitete mit Unterbrechungen bereits seit Dezember 1939 dort. Mieczysława M. (Jg. 1922) war im Mai 1944 zu-

---

68 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, betr. Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft für 1944, 12.1.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17.

69 Arbeitsvertrag für 14 ungarische Landarbeiter vom 7.12.1943, ebd.

70 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 26.6.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16; vgl. Umzugs-Abmeldebestätigungen der Ehepaare T. und P., MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17.

71 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, betr. Französische Landarbeiter, 14.11.1944, ebd. Auf welchem Weg die Franzosen nach Deutschland gelangt waren, geht aus dem Schreiben nicht hervor.

72 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 14.11.1944, ebd.

73 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 23.8.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16.

sammen mit ihrer Mutter (Jg. 1895 und Hochschullehrerin von Beruf) und ihrem 19jährigen Bruder auf den Rosenhof gekommen.

Neben der bereits genannten „volksdeutschen“ Familie H. kamen außerdem zwei polnische Ehepaare mit ihren Kindern auf den Rosenhof. Beide gehörten zu den polnischen Arbeitskräften, die dem Rosenhof im Mai 1944 zugewiesen wurden. Das bereits erwähnte ältere Ehepaar Jozef und Zofja W. aus Polen brachte seine dreiundzwanzigjährige Tochter mit. Kurz vor Kriegsende kamen zwei weitere Familienmitglieder hinzu, vermutlich der Sohn und die Schwiegertochter. In einem Fall wurde dem Rosenhof sogar eine Großfamilie zugewiesen, bestehend aus den Großeltern (beide Jg. 1891), dem Sohn (Jg. 1920) und der Schwiegertochter (Jg. 1920) sowie einem zweijährigen Enkel. Die gegen den Einsatz von polnischen Landarbeiterfamilien mit Kindern bestehenden „volkstumpolitischen Bedenken“ waren Anfang September 1943 für die Dauer des Krieges zurückgestellt worden.<sup>74</sup>

Als weitere verwandtschaftliche Verhältnisse sind zwei Ungarn (Vater und Sohn) zu nennen sowie zwei der insgesamt drei Franzosen, bei denen es sich dem Namen und dem Geburtsort nach um Brüder handelte. In neun weiteren Fällen sind aufgrund der Namensgleichheit ebenfalls verwandtschaftliche Verhältnisse zu vermuten, allerdings nicht zweifelsfrei zu belegen.

Darüber hinaus ist die Geburt von zwei polnischen Kindern auf dem Rosenhof überliefert. Die Tochter des Ehepaars Jan und Sofja J., das bereits seit Sommer 1939 bzw. der Saison 1941 auf dem Rosenhof arbeitete, kam im Oktober 1941 zur Welt. In diesem ersten Fall kümmerte sich das Institut um die Belange des Kleinkindes:

„Aus den im Herbst gekauften Sachen ist das Kind inzwischen völlig herangewachsen. Die Mutter besitzt nichts, was sie für das Kind verwenden könnte, da sie nur selbst notdürftig mit Kleidung versorgt ist. Dazu ist es heute nicht mehr möglich, aus anderen Familien gebrauchte Kinderwäsche zu bekommen. Aus diesem Grund bitten wir, der Sofie P. [verheiratete J.] einen Bezugschein für Kinderwäsche und eine Decke auszustellen bzw. ihr die im Herbst abgetrennten 50 Punkte der Säuglingskarte noch anzuweisen. Da die Eltern schon das dritte Jahr in Deutschland beschäftigt werden und sich als sehr brauchbare und ordentliche Arbeiter bewährt haben, möchten wir die Bitte der Frau dringend unterstützen.“<sup>75</sup>

Anders hingegen verhielt sich das Institut im Fall der zweiten Geburt im Februar 1944. Das Ehepaar Jan und Honorota J. aus Radgoszcz arbeitete seit März 1943 auf dem Rosenhof, der Mann als Gespannführer. Bereits während der Schwangerschaft versuchte die Institutsleitung, das Ehepaar beim Arbeitsamt gegen „einen Mann, der ein Gespann übernehmen kann“, zu „tauschen“.<sup>76</sup> Nachdem das Arbeitsamt die Institutsanfrage abschlägig beschieden und außer-

74 Runderlaß Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, betr. Behandlung der im Reichsgebiet befindlichen Arbeitskräfte polnischen Volkstums, 10.9.1943, BA, RD 19/3, Allgemeine Erlaßsammlung, 2 A III f, S. 150-158, hier: S. 154; vgl. Hoffmann, Zwangsarbeit, S. 134 f.

75 KWI für Züchtungsforschung an Wirtschaftsamt Mannheim, betr. Ausgabe von Bezugsscheinen für ein Polenkind, 14.4.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17.

76 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, betr. Umvermittlung von polnischen Landarbeitern, 1.12.1943, ebd.

dem darauf hingewiesen hatte, daß Rückbeförderungen schwangerer Ausländerinnen einem Erlaß des GBA vom März 1943 nach nicht mehr vorgenommen würden, wandte sich das Institut eine Woche nach der Geburt eines Jungen erneut mit der Bitte an das Arbeitsamt, das Ehepaar gegen „einen ordentlichen ledigen Ausländer, der mit Pferden umgehen kann“, auszutauschen. Neben den Unterbringungsschwierigkeiten wird betont, „daß die Frau bei den laufenden Feld- und Stallarbeiten gar nicht richtig eingesetzt werden kann, da sie dauernd das Kind versorgen will“.<sup>77</sup> Im letzten überlieferten Schreiben schließlich bietet das Institut die Kleinfamilie im November 1944 dem Arbeitsamt Mannheim an, „ohne auf Ersatz oder Rückkehr Wert zu legen“.<sup>78</sup> Den Meldeunterlagen zufolge verließ die Familie J. den Rosenhof zum 1. Januar 1945, wohin, ist nicht bekannt.

Die Geburt eines dritten ausländischen Kindes auf dem Rosenhof ist nur indirekt belegt. Mitte Dezember 1945 meldete das Institut der amerikanischen Militärregierung den Tod der Tochter des Ehepaars Cataldo und Mieczysława F. Unklar ist, ob das Kind vor oder – was wahrscheinlicher ist – nach Kriegsende auf dem Rosenhof geboren wurde.<sup>79</sup>

Zu den Existenz- und Arbeitsbedingungen für die ausländischen Arbeitskräfte auf dem Rosenhof lassen sich den überlieferten Unterlagen kaum verlässliche Angaben entnehmen. Die Hinweise sind spärlich und noch dazu verstreut. Zudem gab es beispielsweise bei der Verpflegung erhebliche Schwankungen, wie aus einem Schreiben des Institutes an das Wirtschaftsamt Mannheim hervorgeht, in dem um klare Regelungen hinsichtlich der Lebensmittelkarten für die ungarischen Arbeiter gebeten wird:

„Die 16 Ungarn sind seit dem 12.5. bei uns: in dieser Zeit – 6 Kartenperioden – sind jedesmal neue Sätze zur Anwendung gelangt. Die Leute wissen nicht, woran sie sich halten sollen und wie es möglich ist, daß die Zuteilungen derartig schwanken. Es wird verständlich sein, daß die Arbeitswilligkeit erheblich unter diesen Zuständen leidet.“<sup>80</sup>

Noch spärlicher sind die Hinweise, die Aufschluß über die Sichtweise der Betroffenen geben könnten. Im Jahr 1967 stellte das polnische Ehepaar Johann und Maria G. einen Antrag auf Entschädigung. Sie hatten vom Mai 1944 bis Mai 1945 auf dem Rosenhof Zwangsarbeit leisten müssen. Sie gaben an, vom Verwalter Krötz schlecht behandelt und außerdem schlecht verpflegt worden zu sein.<sup>81</sup>

Einige auf dem Rosenhof beschäftigte ausländische Arbeitskräfte gerieten in die Fänge des NS-Repressionsapparates. Am 15. Juni 1943 benachrichtigte das Institut die Polizei davon, daß zwei ihrer ungarischen Arbeiter im Alter von 18 und 19 Jahren am Tag zuvor verschwunden und nicht zu ihrer Arbeitsstelle zu-

77 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, betr. Umvermittlung von polnischem Landarbeiter-Ehepaar, 22.2.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16.

78 KWI für Züchtungsforschung an Arbeitsamt Mannheim, 29.11.1944, ebd.

79 KWI für Züchtungsforschung an Military Government, 14.12.1945, ebd.

80 KWI für Züchtungsforschung an Wirtschaftsamt Mannheim, 27.9. und 9.11.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17.

81 Aktenvermerk KWI für Züchtungsforschung, 31.5.1967, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 15.

rückgekehrt waren, und bat dringend darum, ihre Rückkehr zu veranlassen. Beide hatten sich seit Anfang Mai 1943 auf dem Rosenhof befunden. Wenige Tage später wurden die beiden in Stuttgart, wo sie Verwandte besuchen wollten, von der Gestapo verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen. Nach der Überstellung nach Mannheim konnten sie jedoch bereits am Tag darauf von einem Angestellten des Instituts wieder abgeholt werden. Das Institutsveto gegen die verhängten Verwarnungsgebühren – da ihre Pässe beim Landratsamt lagen, hatten sie diese nicht vorweisen können – blieb hingegen erfolglos.<sup>82</sup>

Aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls auf eine Benachrichtigung des Instituts hin verhaftete die Gestapo Mitte Juli 1942 den seit Dezember 1941 auf dem Rosenhof beschäftigten ukrainischen Arbeiter Wasyl S. (Jg. 1919) wegen „Arbeitsverweigerung“ und lieferte ihn Anfang August in das Arbeitserziehungslager (AEL) Oberndorf am Neckar ein.<sup>83</sup> Die Arbeitserziehungslager waren eine vom System der Konzentrationslager unabhängige Verfolgungs- und Terrorinstitution der regionalen Gestapodienststellen in Interessenallianz mit örtlichen Unternehmen, Kommunen und Arbeitsbehörden. Der Zweck der offiziell auf maximal 56 Tage beschränkten AEL-Haft bestand in der Disziplinierung der deutschen und ausländischen Arbeiterschaft durch brutale Schikanen und Mißhandlungen sowie schwerste körperliche Arbeit. In nicht wenigen AEL unterschieden sich die Haftbedingungen nur unwesentlich von denen in den KZ. Während des Zweiten Weltkrieges bestanden etwa 200 AEL im gesamten Reichsgebiet mit einer Aufnahmekapazität von fast 40 000 Häftlingen. Insgesamt waren bis zum Kriegsende mindestens 500 000 Menschen in AEL inhaftiert. Ab 1942 handelte es sich überwiegend um ausländische Zivilarbeiter, insbesondere aus Polen und der Sowjetunion. Fast drei Viertel aller AEL-Einlieferungen erfolgten wegen „Arbeitsniederlegungen“, deren „Aufdeckung“ nicht auf polizeiliche Ermittlungen, sondern auf Denunziationen aus den Betrieben zurückging.<sup>84</sup>

Nach zwei Monaten AEL-Haft wurde S. Anfang Oktober in die Untersuchungshaftanstalt Mannheim verlegt, wo ihn Institutsangehörige zwei Wochen später wieder abholten. Im Nachgang half das Institut S. dabei, die ihm bei der Verhaftung abgenommenen persönlichen Gegenstände wiederzubekommen.<sup>85</sup>

Ende Oktober 1943 verhaftete ihn die Gestapo erneut. Diesmal warf man ihm vor, ein Paar Handschuhe gestohlen zu haben. Der zweimonatigen Gefängnishaft folgte wiederum die Einweisung in ein AEL, diesmal nach Niederbühl. Ende Januar 1944 teilte die Gestapoaußenstelle Mannheim dem Institut mit, daß

---

82 KWI für Züchtungsforschung an Polizeibehörde Ladenburg, 15.6.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17; Entlassungsausweise der Untersuchungshaftanstalt Mannheim, 24.6.1943, ebd.; KWI für Züchtungsforschung an Gendarmerie Schriesheim, 10.7.1943, ebd.; Gendarmerie Schriesheim an KWI für Züchtungsforschung, 11.7.1943, ebd.

83 Das Arbeitserziehungslager in Aistaig bei Oberndorf wurde 1941 eingerichtet und unterstand der Gestapo-Leitstelle Stuttgart; vgl. Karin-Anne Böttcher, „Schuld daran sind nur Faschismus und der verfluchte Krieg“. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Reutlingen während des Zweiten Weltkrieges, in: Reutlinger Geschichtsblätter NF 34 (1995), S. 29-102, hier: S. 68.

84 Vgl. die grundlegende Studie von Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart 2000.

85 KWI für Züchtungsforschung an AEL Oberndorf, 9.11.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17; AEL Oberndorf an KWI für Züchtungsforschung, 11.11.1942, ebd.; KWI für Züchtungsforschung an Untersuchungshaftanstalt Mannheim, 28.10.1942, ebd.

mit einer Entlassung voraussichtlich Ende März 1944 zu rechnen sei. Das Institut intervenierte mit Hinweis darauf, daß S. damit fünf Monate in seinem Betrieb fehle. Das Schreiben wirft darüber hinaus ein Licht auf die Hintergründe seiner ersten AEL-Haft:

„Wir können keinen Ersatz für ihn bekommen und brauchen S. als Gespannführer dringend. Seit Herbst 42 hat er durchaus zu unserer Zufriedenheit gearbeitet, vielleicht ist es doch möglich, ihn früher zu entlassen, da einerseits die Bestrafung und die Abschreckung der anderen Ausländer erreicht sein dürfte, andererseits durch den Arbeitsausfall ein deutscher landwirtschaftlicher Betrieb geschädigt wird. Wir bitten Sie höflichst, in Erwägung zu ziehen, ob eine frühere Entlassung des S. möglich ist.“<sup>86</sup>

Tatsächlich hatte die Intervention zur Folge, daß Wasyl S. fast drei Wochen vor dem ursprünglichen Termin aus der AEL-Haft entlassen wurde.<sup>87</sup> Er blieb bis Kriegsende auf dem Rosenhof.

Zusammenfassend betrachtet lassen sich nicht alle auf dem Rosenhof beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte als Zwangsarbeiter im engeren Sinne bezeichnen. So müssen die ab Ende 1939 jeweils in der Saison auf dem Rosenhof beschäftigten italienischen, kroatischen und ungarischen (zum Teil deutschstämmigen) Landarbeiter zumindest bis 1941 als traditionelle Wanderarbeiter angesehen werden. Ihr „Arbeitseinsatz“ in Deutschland erfolgte im Rahmen bilateraler Verträge, und vom Status her waren sie weitgehend deutschen Arbeitskräften gleichgestellt.<sup>88</sup> Allerdings läßt sich auch für sie mit dem Kriegsverlauf eine Verschärfung des Arbeitszwangs feststellen. In der Korrespondenz der Institutsverwaltung mehrten sich bereits im Sommer 1941 die Hinweise darauf, daß die Arbeit auf dem Rosenhof einen zunehmend unfreiwilligen Charakter annahm.<sup>89</sup> Im Juli 1941 verließen die ersten sieben Jugoslawen mit nunmehr ungarischer Staatsbürgerschaft ohne Genehmigung ihre Arbeitsstelle, und in den Folgejahren wandte sich die Verwaltung der Außenstelle mindestens zweimal mit der Bitte an die zuständigen Behörden, Druck auf die im Institut beschäftigten Ausländer auszuüben, um zu verhindern, daß diese ihre Arbeitsplätze verließen.<sup>90</sup>

## 1.2 Rotes Luch (Müncheberg)

Die Hauptstelle des von Professor Wilhelm Rudolf geleiteten KWI für Züchtungsforschung in Müncheberg beschäftigte auf ihren beiden Versuchsgütern Brigittenhof und Rotes Luch ebenfalls eine relativ große Zahl ausländischer Arbeitskräfte, die in der Literatur zwar erwähnt werden, doch nähere Angaben und Belege fehlen.<sup>91</sup> Auch die überlieferten Begleitschreiben zu den monatlichen

86 KWI für Züchtungsforschung an Gestapo-Außenstelle Mannheim, 2.2.1944, ebd.

87 AEL Niederbühl, Entlassungs-Ausweis, 3.3.1944, ebd.

88 Herbert, Fremdarbeiter, S. 56.

89 Vgl. auch im folgenden MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 15-17.

90 Schreiben des KWI für Züchtungsforschung an das Arbeitsamt Mannheim (6.6.1940) und die Landesversicherungsanstalt Baden (Juli/August 1941), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 17, Teil B und Nr. 15.

91 Vgl. Klaus Dalchow/Hans-Rudolf Bork/Peter Schubert, Forschung in Müncheberg/Mark. Bild- und Schriftzeugnisse zur Entwicklung seit 1928, Müncheberg 1998, S. 24. Denkbar, aber nicht belegt, ist darüber hinaus, daß Insassen aus dem ab 1939 in Müncheberg befind-

Gehaltslisten enthalten keine Zahlenangaben. Sie lassen keine Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der Beschäftigten zu und beziehen sich nur auf Besonderheiten und Änderungen im Lohnstatus, so daß das Ausmaß der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Müncheberg bei der derzeitigen Quellenlage nicht mehr quantifizierbar ist.

Den ersten Hinweis enthält das Begleitschreiben zur Gehaltsliste des Instituts für Mai 1943. Dort ist von einer nicht überlieferten „beiliegenden Gehaltsabrechnung für „Ostarbeiter“ die Rede, verbunden mit der Bemerkung, daß der „Ostarbeiter“ Agamjan S. laut Mitteilung der Ortspolizeibehörde Müncheberg vom Tragen des Kennzeichens „Ost“ befreit wurde und somit „wie andere zivile Ausländer zu behandeln ist“.<sup>92</sup> Aus den Anmerkungen zur Gehaltsliste für den folgenden Monat geht hervor, daß die „Ostarbeiterin“ Klawdia B. und ihre minderjährige Tochter Emma auf ihre Deutschstämmigkeit geprüft werden sollten, ein Verfahren, daß im August mit deren Anerkennung als „Volksdeutsche“ abgeschlossen wurde.<sup>93</sup>

Der Kommentar zur Gehaltsliste für Oktober 1943 enthält den Hinweis, daß die „Ostarbeiterinnen“ Kira und Natalja K. bereits seit einem Jahr in Müncheberg beschäftigt waren, so daß für sie eine Ermäßigung der „Ostarbeiterabgabe“ in Frage kam.<sup>94</sup> Einen Monat später wird neben der „Neueinstellung“ der „Ostarbeiterin“ Sofie T. vermerkt, daß die russischen Staatsangehörigen Kira und Natalja K. und Wera P. aufgrund einer Verordnung Heinrich Himmlers ab dem 12. November aus dem „Ostarbeiter“-Verhältnis herausgenommen wurden und nunmehr als zivile Ausländer galten.<sup>95</sup>

Die Überprüfung einiger am KWI für Züchtungsforschung beschäftigten „Ostarbeiterinnen“ auf ihre „Eindeutschungsfähigkeit“ deutet darauf hin, daß sie aus dem Umsiedlungslager der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) auf dem benachbarten Gut Rotes Luch stammten. Die VoMi diente seit 1939 als Instrument für Himmlers „Volkstumspolitik“, die sich auf etwa 10 Millionen im Ausland lebende Menschen bezog, die nach der NS-Rassedoktrin als „Volksdeutsche“ galten. Die Tätigkeit der VoMi bestand darin, den Transport der „Volksdeutschen“ ins „Reich“ zu organisieren und sie dort auf ihre „rassische“ und politische Eignung zur Besiedlung der eroberten Territorien im Osten zu überprüfen und in verschiedene Kategorien von „Volksdeutschen“ einzuteilen. Zu diesem Zweck verfügte die VoMi über ein eigenständiges Lagersystem, das auf dem Höhepunkt seiner Ausdehnung 1940/41 zwischen 1 500 und 1 800 Durchgangs-

---

lichen „Arbeits- und Umschulungslager“ für jüdische Zwangsarbeiter beim KWI für Züchtungsforschung in Müncheberg beschäftigt wurden; vgl. Wolf Gruner, *Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 228–249.

92 KWI für Züchtungsforschung an KWG, betr. Gehaltslisten für Mai 1943, 16.6.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2631/1, Bl. 346 f.

93 KWI für Züchtungsforschung an KWG, betr. Gehaltslisten für Juni 1943, 2.7.1943, ebd., Bl. 352 f.; KWI für Züchtungsforschung an KWG, betr. Gehaltslisten für August 1943, 7.9.1943, ebd., Bl. 366 f.

94 KWI für Züchtungsforschung an KWG, betr. Gehaltslisten für Oktober 1943, 8.11.1943, ebd., Bl. 379 f.

95 KWI für Züchtungsforschung an KWG, betr. Gehaltslisten für November 1943, 6.12.1943, ebd., Bl. 384 f.

Sammel- und Beobachtungslager umfaßte.<sup>96</sup> Das gelegentlich auch als KZ bezeichnete VoMi-Lager im Roten Luch erfüllte darin die Funktion eines „Erziehungslagers“ insbesondere für als „unverbesserlich“ geltende Slowenen, Elsässer, Lothringer und Luxemburger, die sich einer „Eindeutschung“ verweigerten.<sup>97</sup>

Fest steht, daß das KWI für Züchtungsforschung im Roten Luch seit Anfang der vierziger Jahre eine ständig vergrößerte Fläche für Anbauversuche mit der kautschukhaltigen Kok-Sagys-Pflanze gepachtet hatte.<sup>98</sup> Nachweisbar ist außerdem, daß die VoMi wiederholt kurzfristig Insassen ihres Lagers für landwirtschaftliche Arbeiten auf den Kok-Sagys-Versuchsfeldern des KWI zur Verfügung stellte. Im Frühjahr 1943 plante das KWI, die Anbauversuche im Roten Luch noch einmal erheblich auszuweiten.<sup>99</sup> Der mit der Leitung der Anbauversuche beauftragte Dr. Richard Werner Böhme, beantragte in diesem Zusammenhang bei der VoMi die dauerhafte Überlassung von 50 Arbeitskräften. Zuvor waren dort eine Zeitlang zehn „Ostarbeiterinnen“ eingesetzt gewesen.<sup>100</sup> Nach einigem Hinhalten kam die VoMi Böhmes Forderung weitgehend nach. Spätestens seit Juli 1943 arbeiteten auf den Versuchsfeldern des KWI im Roten Luch 35 slowenische Zwangsarbeiter, die als „nicht eindeutschungsfähig“ aus einem anderen VoMi-Lager in Brandenburg in das Rote Luch verlegt worden waren. Fünfzehn weitere Slowenen sollten folgen, um „dort als Stammebelegschaft auf längere Dauer zu bleiben“.<sup>101</sup> In der ersten Hälfte des Jahres 1944 räumte die VoMi das Lager im Roten Luch. Einem Schreiben Oswald Pohls, Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes (WVHA), zufolge ließ sie jedoch so viele Arbeitskräfte im Roten Luch zurück, wie zur Arbeit auf den Kok-Sagys-Versuchsfeldern nötig waren.<sup>102</sup>

Im Herbst 1944 stieg die Zahl der ausländischen Landarbeiter und Wissenschaftler im Roten Luch stetig an, nachdem im Osten wegen des Vormarsches der Roten Armee immer mehr Versuchsgüter aufgegeben werden mußten, in denen ebenfalls Anbauversuche mit der Kok-Sagys-Pflanze unternommen worden

96 Vgl. die grundlegende Studie von Lumans, *Himmler's Auxiliaries*, hier: S. 188.

97 Ebd., S. 201 f.

98 Entwurf Böhme (Dr. Richard Werner Böhme, KWI für Züchtungsforschung) bez. Umgestaltung des Gutes Rotes Luch, 29.3.1943, BA, NS 19/3920, Bl. 103 ff.; weiteres Exemplar in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2606/1. Ausführlicher zur Kok-Sagys-Forschung vgl. den gleichnamigen Abschnitt weiter unten.

99 Vermerk Vogel (Heinrich Vogel, Chef Amt W 5 im WVHA), betr. Kok-Sagys-KWI in Münchenberg (Besprechung mit Böhme), 6.4.1943, BA, NS 19/3920, Bl. 101 ff.

100 Schreiben Böhme an Himmler, 17.5.1943, BA, NS 19/1803, Bl. 15 ff.

101 Schreiben Lorenz (Werner Lorenz, Chef VoMi) an Brandt (Rudolf Brandt, Pers. Stab RFSS), 27.7.1943, ebd., Bl. 24 (= Nümb. Dok. NO-5865); Schreiben Pers. Stab RFSS an SS-Obersturmbannführer Vogel (SS-WVHA, Amt W-5), 17.8.1943, ebd., Bl. 27 f. Zu den slowenischen Zwangsarbeitern vgl. Tone Ferenc, „Absiedler“. Slowenen zwischen „Eindeutschung“ und Ausländereinsatz, in: Herbert (Hg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*, S. 200-209; Lumans, *Himmler's Auxiliaries*, S. 177 f.

102 Schreiben Pohl an Brandt (Pers. Stab RFSS), 11.9.1944, BA, NS 19/1803, Bl. 38. Das VoMi-Lager im Roten Luch war Ende 1942 vorübergehend geschlossen, ab Frühjahr 1943 jedoch wieder als Durchgangslager genutzt worden; vgl. Lumans, *Himmler's Auxiliaries*, S. 201 f.; Böhme an Himmler, 17.5.1943, BA, NS 19/1802, Bl. 16.

waren. Das überwiegend russische Personal dieser Güter wurde dabei kurzerhand ins Reichsgebiet, unter anderem ins Rote Luch transportiert.<sup>103</sup>

Auch auf dem benachbarten Brigittenhof erhöhte sich im Winter 1944/45 die Zahl der Zwangsarbeiter, zum Beispiel durch die „Evakuierung“ sowjetischer Arbeiter, die zuvor auf dem Zweiggut Laukischken in Ostpreußen beschäftigt gewesen waren.<sup>104</sup>

### *1.3 Laukischken (Ostpreußen)*

Auf dem Versuchsgut in Laukischken waren nach einem Vermerk der KWG von April 1944 im eigentlichen Institut 18 ausländische Zivilarbeiter und auf dem dazugehörigen Gut weitere 50 ausländische Zivilarbeiter sowie 10 sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt. Eine beigefügte Einnahmen- und Ausgabenaufstellung für Laukischken listet für das Rechnungsjahr April 1943 bis März 1944 1.739 RM „einbehaltene Ostarbeiterabgabe“, 1.543 RM „einbehaltene Abzüge Kriegsgefangene“ und „für Russenbekleidung“ verauslagte 1.804 RM auf. Aus dem Vermerk geht außerdem hervor, daß der stellvertretende Leiter dieser Zweigstelle und eine wissenschaftliche Angestellte (Dr. Joachim Hackbarth und Frau Dr. Hertzsch) jeweils eine „Russenfrau“ für 65 bzw. 27 Arbeitstage offensichtlich für private Belange beschäftigt und dem Gut dafür 0,50 RM pro Person und Arbeitstag zu erstatten hatten.<sup>105</sup>

### *2. KWI für Bastfaserforschung*

Für den zum KWI für Bastfaserforschung in Mährisch-Schönberg gehörenden „Fohlenhof“, der als Versuchsgut genutzt wurde, sind gleichfalls Bemühungen um die Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften überliefert. Nach einem Aktenvermerk Walther Forstmanns von der Generalverwaltung der KWG aus dem Jahr 1941 sollte in diesem Jahr auf dem Hof eine Unterkunft für 25 slowakische Wanderarbeiter eingerichtet werden, die von der Frau eines deutschen Vorarbeiters gepflegt werden sollten.<sup>106</sup> Weitere Angaben ließen sich zu diesem Versuchsgut nicht finden.

Bis Anfang 1945 betrieb das KWI für Bastfaserforschung im nahe bei Sorau gelegenen Christianstadt/Beber sowie in Mährisch-Schönberg Versuchsrösten (Spinnereien). Belegt ist der mehrmalige Versuch, im Frühjahr 1944 fünf weibliche ausländische Arbeitskräfte und einen Weber zugewiesen zu bekommen.

---

103 Vermerk SS-Hauptsturmführer Berg (Pers. Stab RFSS), 26.10.1944, BA, NS 19/1803, Bl. 40; Schreiben VoMi an Pers. Stab RFSS, 1.12.1944, ebd., Bl. 42. Genaue Zahlen werden in den überlieferten Quellen nicht genannt.

104 Bericht Erich Kühn (wiss. Assistent am KWI für Züchtungsforschung) über den Einmarsch der Roten Armee in Müncheberg, 24.5.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2606/4.

105 Bericht zur Buchprüfung der Zweigstelle Laukischken durch die Generalverwaltung, 27.4.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2723/2; vgl. DFG-Akte Dr. Joachim Hackbarth, BA, R 73/11415, zit. in: Deichmann, Biologen, S. 184.

106 Aktenvermerk Forstmann, 8.10.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2206/1.

Offensichtlich scheiterten diese Bemühungen, so daß das Institut um die Einleitung des „Rotzettelverfahrens“ bat, zu der es dann im November 1944 kam.<sup>107</sup>

### 3. KWI für Kulturpflanzenforschung

Das 1943 gegründete KWI für Kulturpflanzenforschung beschäftigte auf seinem Versuchsgut Tuttenhof in der Nähe von Wien von Beginn an slowakische und sowjetische Arbeitskräfte. Einer im Juni 1943 aufgestellten Personalliste zufolge arbeiteten auf dem Hof 25 slowakische Wanderarbeiter und acht „Ostarbeiter“.<sup>108</sup> Fünf der „Ostarbeiter“ plante der Leiter des Instituts, Dr. Hans Stubbe, im Herbst 1943 als „Spezialarbeiter“ zu beschäftigen, was ihnen erhöhte Lebensmittelrationen einbringen und damit ihren „Arbeitswillen“ stärken sollte.<sup>109</sup>

Zumindest die „Ostarbeiter“ hatten unter dem österreichischen Personal des Tuttenhofes erheblich zu leiden. Nach dem Krieg wurde der Verwalter des Gutes, Josef Ferstl, vor ein österreichisches Gericht gestellt. Zur Last gelegt wurde ihm, gemeinsam mit dem Gartenmeister Friedrich Vogt einen russischen Zivilarbeiter, der einen Arbeitskollegen besuchen wollte, mit einem Fahrradschlauch blutig geschlagen und ihn anschließend einem Wehrmichtsangehörigen übergeben zu haben, der ihn dann erschoss. Ferstl gestand die Mißhandlung ein, rechtfertigte sich jedoch damit, gegenseitige Besuche unter den ausländischen Arbeitskräften seien verboten gewesen. Nachdem der Russe ihm eine grobe Antwort gegeben habe, sei er in Rage geraten und habe den Mann geschlagen.<sup>110</sup>

---

107 Forstmann an Rohs (Waldemar Rohs, KWI für Bastfaserforschung), 19.4.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2207/3; Rohs an Kriegswirtschaftsstelle im Reichsforschungsrat, 2.5.1944, ebd.; Reichsvereinigung Bastfaser, Rotzettelzuweisung für November 1944, BA, R 3/232, Bl. 4. Das auf einen Erlaß vom September 1943 zurückgehende Rotzettelverfahren sollte die Meldungen von Arbeitskräftebedarf für die Rüstungsbetriebe vereinheitlichen, die mit besonders dringlichen Produktionsaufgaben betraut waren. Demnach hatte ein Betrieb seine Anforderungen auf entsprechenden Formularen (Rotzetteln) an das zuständige Rüstungskommando zu richten, von wo sie nach einer Prüfung an die fachlich zuständigen Ausschüsse oder Ringe (in diesem Fall die Reichsvereinigung Bastfaser) weitergeleitet wurden; vgl. Amtsgruppe Arbeitseinsatz (Rüstungsministerium) an Rüstungsinspektionen, Hauptauschüsse u. a., betr. Neuregelung der Arbeitskräftebedarfsmeldung (Entwurf), 5.11.1943, BA, R 3/1046; Vernehmung Walter Schieber (Leiter des Rüstungslieferungsamtes in Albert Speers Rüstungsministerium), 2.5.1946, Nürnberg. Dok. Speer-51; Einvernahme Dr. Flächsner (Speers Verteidiger im Nürnberger Prozeß), 23.7.1946, in: IMT, Bd. 19, S. 217 f.

108 Personalliste Tuttenhof, undatiert (Juni 1943), BA, R 3601/106b, Bl. 98.

109 Aktenvermerk Reichsernährungsministerium über Besprechung mit Stubbe, 12.10.1943, ebd., Bl. 85 f. Der als Nicht-Nationalsozialist bekannte Stubbe war 1936 vom KWI für Züchtungsforschung entlassen worden, konnte seine Forschungen aber am KWI für Biologie fortführen und wurde 1943 zum Direktor des KWI für Kulturforschung ernannt; vgl. Kristie Macrakis, *Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany*, New York 1993, S. 122 f.; nunmehr ausführlich: Susanne Heim, „Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“. Zum Selbstverständnis der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Berlin 2002, S. 6-27.

110 Ferstl wurde freigesprochen; vgl. Wiener Landesgericht für Strafsachen, Verfahren gegen Josef Ferstl vor Volksgericht Wien, 1945 (Geschäftszeichen Vg 1 Vr 1327/45); ebd., Verfahren gegen Friedrich Vogt (Geschäftszeichen Vg 8e Vr 744/55). Für die Übermittlung dieser Informationen danken wir dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien.

Was die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte seitens der Institutsleitung anbelangt, sind keine negativen Berichte überliefert. Wie sein Kollege Fritz von Wettstein vom KWI für Biologie konnte Direktor Stubbe 1944 durchsetzen, daß ihm zwei nach Berlin deportierte niederländische Studenten als wissenschaftliche Hilfskräfte zugewiesen wurden, was er später als „Rettung“ aus einem „faschistischen Arbeitslager“ bezeichnete.<sup>111</sup>

Im gleichen Jahr verschärften sich die Spannungen zwischen Stubbe und seinem Gutsverwalter Ferstl, die schließlich zu Ferstls Entlassung führten. Dabei spielte auch die Zwangsarbeit einer Gruppe von acht „Halbjuden und jüdisch Versippten“ eine Rolle, die Ferstl zu der Äußerung verleitet haben soll, der Tuttenhof sei völlig „verjudet“.<sup>112</sup>

#### 4. Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft

In dem ab 1940/41 zunächst in Breslau, seit 1943 auf dem zugehörigen Versuchsgut Kleinau bei Trebnitz (Schlesien) angesiedelten Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft selbst dürften keine oder nur sehr wenige ausländische Arbeitskräfte beschäftigt gewesen sein. Auf dem 1941 vom Institut erworbenen Versuchsgut Kleinau allerdings arbeiteten vermutlich ständig ausländische Kräfte, wenngleich nicht auf Initiative der Institutsleitung. Zahlen liegen nicht vor. Dafür gibt es Andeutungen allgemeinerer Natur. So beschwerte sich Institutsdirektor Dr. Gerhardt Preuschen im Herbst 1942 in einem Schreiben an das Reichsernährungsministerium:

„Außer Vorarbeiter und Treckerführer verfügt der Betrieb nur noch über einen deutschen Schweizer und einen deutschen Nachtwächter. Alle anderen Arbeitskräfte sind Polen, Russen, Franzosen und Italiener. Auch dieses schlimme Erbe [vom Voreigentümer des Gutes] läßt sich während des Krieges nur sehr schwer überwinden.“<sup>113</sup>

Ein Vierteljahr später hatte sich daran offenbar noch nichts geändert. In einem erneuten Schreiben Preuschens an das Ernährungsministerium hieß es, es seien „fast alle brauchbaren deutschen Arbeitskräfte abgewandert, so daß der Betrieb z. Zt. fast ausschließlich mit Ausländern läuft – ein gerade für ein arbeitswissenschaftliches Versuchsgut untragbarer Zustand.“<sup>114</sup>

---

111 Hans Stubbe, Geschichte des Instituts für Kulturpflanzenforschung Gatersleben der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1943–1968, Berlin 1982, S. 20; vgl. Edda Käding, Engagement und Verantwortung. Hans Stubbe, Genetiker und Züchtungsforscher. Eine Biographie, Müncheberg 1999, S. 75.

112 Stubbe an Generalverwaltung, 11.12.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2973/6; vgl. Stubbe an Ferstl, 11.9.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2973/3. Danach wurden bereits nach kurzer Zeit vier der acht „Mischlinge“ wegen mangelnder Eignung dem Arbeitsamt zur Entlassung gemeldet. Zur vornehmlich auf Wien und Umgebung beschränkten Zwangsarbeit von „Mischlingen“ und in „Mischehe“ lebenden Juden vgl. Wolf Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45, Innsbruck 2000, S. 270–284.

113 Preuschen an Reichsernährungsministerium, 5.10.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2913/5.

114 Preuschen an Reichsernährungsministerium, 16.1.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2923/1.

### 5. KWI für Tierzuchtforschung

Auf den zum 1938 gegründeten KWI für Tierzuchtforschung gehörenden Versuchsgütern Dummerstorf und Hohen Schwarfs (letzteres gehörte dem Institut seit 1941) wurden bereits frühzeitig ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene als landwirtschaftliche Hilfskräfte eingesetzt und aus Mitteln der Gutswirtschaft entlohnt.<sup>115</sup> Ein Prüfungsbericht des Rechnungshofes des Deutschen Reiches vom Herbst 1940 führt in einer Personalaufstellung für das Versuchsgut Dummerstorf 40 polnische Zivilarbeiter und 66 (vermutlich ebenfalls polnische) Kriegsgefangene auf.<sup>116</sup> Die polnischen Kriegsgefangenen in Deutschland (insgesamt etwa 300 000) wurden seit Sommer 1940 formal aus der Gefangenschaft „entlassen“, in den Zivilarbeiterstatus „überführt“ und damit den aus Polen ins Reichsgebiet deportierten Arbeitskräften gleichgestellt.<sup>117</sup> Zu den polnischen Kriegsgefangenen, die allem Anschein nach bis zum Kriegsende in Dummerstorf blieben, kamen später Kriegsgefangene aus anderen Ländern hinzu, so etwa 25 amerikanische Kriegsgefangene, die erst am 5. März 1945, also wenige Wochen vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen, in Dummerstorf eintrafen.<sup>118</sup> Einer nach Kriegsende von der Dummerstorfer Gemeindeverwaltung zusammengestellten Liste ist zu entnehmen, daß sich Anfang Mai 1945 neben den genannten 25 amerikanischen Kriegsgefangenen 29 französische Kriegsgefangene, fünf niederländische Zivilarbeiter, 17 ukrainische Arbeiter sowie 72 polnische Zivilarbeiter auf dem Gut Dummerstorf befanden.<sup>119</sup> Der gleichen Quelle zufolge wurden die genannten Arbeitskräfte im Mai 1945 in ihre Herkunftsländer repatriert.

Nicht ganz so viele ausländische Arbeitskräfte wie in Dummerstorf beschäftigte das KWI für Tierzuchtforschung auf dem Versuchsgut Hohen Schwarfs. In das Melderegister der Gemeinde Hohen Schwarfs wurden zwischen 1940 und 1945 insgesamt 107 ausländische landwirtschaftliche Arbeitskräfte eingetragen, die Mehrzahl von ihnen Polen und „Ostarbeiter“, zum Teil auch in den Zivilarbeiter-Status übernommene französische Kriegsgefangene. 60 Ausländer, also etwas über die Hälfte der gemeldeten Neuzugänge seit 1940, hielten sich noch im Mai 1945 in der Gemeinde auf. Daß die meisten dieser Arbeitskräfte kaum freiwillig nach Hohen Schwarfs gekommen sind, läßt sich gleichfalls an Eintragungen im Melderegister ablesen: Danach sind mehrere von ihnen in den Jahren 1942 und 1943 „entwichen“; ein Pole wurde 1941 inhaftiert und 1942 erhängt.<sup>120</sup>

---

115 Zur Geschichte des Institutes im Zweiten Weltkrieg vgl. Forschungszentrum für Tierproduktion Dummerstorf-Rostock (Hg.), 50 Jahre, S. 16 ff.

116 Prüfbericht zum KWI für Tierzuchtforschung, 23.10.1940, BA, R 2301/3201, Bl. 3 ff., hier: Bl. 42; vgl. Kegebein (Adolf Kegebein, mit den Neubauten betrauter Architekt) an Bauverwaltung KWG, 25.9.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2868/4, wo von 40 Gefangenen, die als Landarbeiter tätig waren, die Rede ist.

117 Czesław Łuczak, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 90-105, hier: S. 98.

118 KWI für Tierzuchtforschung an Generalverwaltung, 11.4.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2859/7.

119 Rat der Gemeinde Dummerstorf, Namentliche Listen über polnische ukrainische, holländische, französische Gefangene und Zivilarbeiter (Stand: 10.12.1945), Januar 1946, Kreisarchiv Bad Doberan, 11/10.

120 Rat der Gemeinde Hohen Schwarfs, An- und Abmeldebuch 1928–1945, Kreisarchiv Bad Doberan, 50/14.

Ob die im Register aufgeführten ausländischen Arbeiter ausnahmslos auf dem Versuchsgut des KWI beschäftigt waren, läßt sich anhand der Meldeunterlagen nicht feststellen. Möglicherweise arbeitete ein Teil von ihnen auch in anderen Landwirtschaftsbetrieben.

### III. BAU- UND HILFSARBEITEN

Von 1933 bis 1944 erhöhte sich nicht nur der Gesamtetat der KWG von knapp 5,8 Millionen auf fast 14,5 Millionen Reichsmark, sondern auch die Anzahl der Forschungsinstitute. 1932 waren 32 inländische Institute unter dem Dach der KWG versammelt. 1944 belief sich die Zahl auf 40 inländische und fünf ausländische Institute.<sup>121</sup> Die Errichtung der neuen Institute war verbunden mit zum Teil außerordentlich umfangreichen Baumaßnahmen. Deren Realisierung wurde insbesondere ab Kriegsbeginn immer schwieriger und hing hinsichtlich der Zuteilung von Baumaterialien, Treibstoffkontingenten und Arbeitskräften entscheidend davon ab, in welchem Maße die Institute und deren Forschungen als „kriegswichtig“ angesehen und welcher „Dringlichkeitsstufe“ die Bauarbeiten damit zugeordnet wurden.

In vielen Fällen wurden die bei Bauarbeiten eingesetzten Zwangsarbeiter nicht direkt durch die KWG beschäftigt, sondern durch die beauftragten Bauunternehmen. In anderen Fällen stellten einzelne KWI „ihre“ Zwangsarbeiter den Baufirmen zur Verfügung. Oftmals ist nicht mehr zweifelsfrei zu klären, in wessen Verantwortung die Zwangsarbeiter bei den Bauvorhaben für die KWG beschäftigt wurden.

#### *1. KWI für Bastfaserforschung*

Das ursprünglich im brandenburgischen Sorau ansässige KWI für Bastfaserforschung wurde nach Kriegsbeginn in das annektierte Sudetenland nach Mährisch-Schönberg verlegt. In Mährisch-Schönberg waren für die Einrichtung des Instituts jedoch noch umfangreiche Bauarbeiten notwendig, für die unter anderem Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Im August 1940 setzte Walther Forstmann von der Generalverwaltung den zuständigen Architekten, Max Weinert, über den anvisierten Termin für den Baubeginn (1. September 1940) in Kenntnis. Um diesen einhalten zu können, bat Forstmann Weinert, „insbesondere festzustellen, [...] ob die notwendige Anzahl Bauarbeiter und Kriegsgefangene zur Verfügung“ stünde.<sup>122</sup> Ein knappes Jahr später, im Juni 1941, teilte Weinert seinem Baumeister Richard Schmied mit, Forstmann habe ihm die Einstellung von Ausländern und Kriegsgefangenen empfohlen. Der Empfehlung folgend wies Weinert seinen Baumeister an, sich mit dem Arbeitsamt in Verbindung zu setzen und einen entsprechenden Antrag zu stellen und fügte hinzu: „In bezug

---

121 Angaben nach: Albrecht/Herrmann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, S. 359, 377 und 399.

122 Forstmann an Weinert, betr. Bauabschnitt I des KWI für Bastfaserforschung in Mährisch-Schönberg, 23.8.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2228/5.

auf die Zahl bitte nicht zu kleinlich sein, denn für andere Bauteile würden wir auch Leute brauchen.“<sup>123</sup>

Aufgrund der lückenhaften Quellenlage sind keine Angaben dazu möglich, inwieweit die Empfehlung Forstmanns realisiert wurde. Insgesamt vermitteln die erhaltenen Unterlagen den Eindruck, daß die Zuweisung von Kriegsgefangenen in erster Linie daran scheiterte, daß auch in anderen Bereichen nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung standen und die Kriegsgefangenen anderweitigen „wichtigen industriellen Bedürfnissen“ vorbehalten blieben.<sup>124</sup>

Nachweisbar ist lediglich der Einsatz von tschechischen Arbeitskräften, über die Architekt Weinert im Februar 1942 klagte, sie würden nicht so viel leisten wie die deutschen Arbeitskräfte und damit die Baukosten verteuern.<sup>125</sup> Außerdem verlegten im Herbst 1943 Gefangene aus der Strafanstalt der Stadt Wasserleitungen zum etwas außerhalb gelegenen Instituts Gelände. Zunächst hatte die Leitung des KWI gehofft, für diese Arbeiten italienische Militärinternierte zugewiesen zu bekommen, wovon dann wegen des verhältnismäßig zeitaufwendigen Zuweisungsverfahrens und angesichts der Dringlichkeit der Arbeiten abgesehen worden war.<sup>126</sup> Angaben aus der Sekundärliteratur zufolge wurden darüber hinaus in der Zweigstelle Oberschlema Kriegsgefangene beim Bau des Institutsgebäudes beschäftigt.<sup>127</sup>

Ob das KWI für Bastfaserforschung darüber hinaus Zwangsarbeiter beschäftigte, läßt sich nicht mehr klären. Sowohl in Christianstadt als auch in Mährisch-Schönberg befanden sich 1942 bis 1943/44 Zwangsarbeiterlager für Juden, die u. a. in Webereien beschäftigt waren.<sup>128</sup> Ein Zusammenhang mit den Versuchsrösten des Institutes in den beiden Städten ist möglich, aber nicht belegbar.

## 2. KWI für Tierzuchtforschung

1940 plante das KWI für Tierzuchtforschung in Dummerstorf bei Rostock umfangreiche Umbauten, deren Gesamtkosten auf etwa sieben Millionen RM veranschlagt wurden. Finanziert wurde der Ausbau in vollem Umfang durch Reichsmittel. In einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium betonte der Generalsekretär der KWG, Dr. Ernst Telschow, Ende Juli 1940 ausdrücklich, das Bauvorhaben sei „für einen Hauptsektor der deutschen Ernährungsgrundla-

---

123 Weinert an Schmied, 11.6.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2232/1.

124 Vgl. beispielsweise Stadtwerke Mährisch-Schönberg an KWI für Bastfaserforschung, 14.10.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2236/3.

125 Weinert, betr. Neubau des KWI für Bastfaserforschung in Mährisch-Schönberg, 27.2.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2234/5.

126 Aktenvermerk Rohs über ein Gespräch mit dem Bürgermeister, 29.10.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2236/3.

127 Vgl. Oliver Titzmann, Radiumbad Oberschlema. Die Geschichte eines Kurortes, hg. von der Kurgesellschaft Schlema, Schlema 1995.

128 Vgl. Internationaler Suchdienst (Hg.), Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer SS (1933–1945). Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie andere Haftstätten unter dem Reichsführer SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten, Arolsen 1979, S. 441 und 689, sowie Gruner, Arbeitseinsatz, S. 306.

ge, die Fleisch- und Fettversorgung, von außerordentlicher Bedeutung“. Es gehe auf einen besonderen Wunsch von Reichsminister Richard Walther Darré und auf die Initiative von Staatssekretär Herbert Backe (beide Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft) zurück. Zunächst sei das Projekt in die Dringlichkeitsstufe III eingeordnet worden, ein Antrag auf Anerkennung der Stufe II jedoch in Vorbereitung. Das Bauvorhaben wäre somit „als dringlich auch im Kriege durchzuführen“:

„Ich beantrage daher für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Bauherrin die Zuteilung von 120 Kriegsgefangenen. Die Organisation der Verpflegung und die Unterbringung der Gefangenen wird durch den Bauunternehmer oder die Gutsverwaltung Dummerstorf sichergestellt sein.“<sup>129</sup>

Allerdings zeitigte Telschows Intervention beim Arbeitsministerium zunächst nicht den gewünschten Erfolg. Zwei Wochen später beschwerte sich Institutsdirektor Professor Gustav Frölich in einem Schreiben an die Generalverwaltung:

„Sie werden verstehen, daß ich über diesen langsamen Fortgang der Aufbauarbeiten außerordentlich verstimmt bin. [...] Bei den Hunderttausenden von Kriegsgefangenen, die zur Verfügung stehen, müßten doch wohl für einen kriegswichtigen Betrieb, wie es das Institut anerkanntermaßen darstellt, diese wichtigen Arbeiter freizumachen sein.“<sup>130</sup>

Dennoch ließ die Zuweisung der Kriegsgefangenen trotz intensiver Bemühungen weiterhin auf sich warten, unter anderem, weil in Rostock und Umgebung über 2 000 Bauarbeiter für Projekte der Dringlichkeitsstufe I benötigt wurden.<sup>131</sup>

Im Januar 1941 schließlich wurden dem Bauvorhaben sechs dänische Bauarbeiter zugewiesen und weitere in Aussicht gestellt. Mitte des Jahres belief sich ihre Zahl auf etwa 40. Untergebracht werden sollten sie in den bereits aufgestellten Baracken für die Kriegsgefangenen. Ein Schreiben im Vorfeld gibt Aufschluß über den erheblichen Unterschied in der Behandlung der Kriegsgefangenen und der dänischen Arbeiter. Dort heißt es: „Diese Baracken sind jedoch ohne jede Heizung, so daß nach den bisherigen Erfahrungen mit einem Verbleiben der dänischen Arbeiter nicht zu rechnen ist.“<sup>132</sup>

Mitte Januar 1942 resümierte Forstmann die bisherigen Bemühungen. Er stellte fest, daß die kürzlich noch einmal angeforderten 50 russischen Kriegsgefangenen bislang nicht zur Verfügung gestellt worden waren, und es deshalb ratsam

---

129 Telschow an Reichsarbeitsministerium, 31.7.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2668/3.

130 Frölich an Generalverwaltung, 17.8.1940, ebd.

131 Architekt Kegebein an Bauverwaltung KWG, 25.9.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2868/4; KWI für Tierzuchtforschung an KWG, 8.11.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2868/6; Reichsarbeitsministerium an Präsidenten Landesarbeitsamtes Nordmark, 19.11.1940, ebd.

132 KWG (Forstmann) an Fa. Müller (Bremen), betr. Lieferung von Öfen, 6.1.1941, ebd.; zu den dänischen Arbeitskräften vgl. Therkel Straede, „Deutschlandarbeiter“. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft 1940–1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 140–171.

sei, schon jetzt Anträge auf die Zuteilung weiterer Bauarbeiter aus Dänemark zu stellen.<sup>133</sup>

Die ersten als Bauarbeiter eingesetzten Kriegsgefangenen (es handelte sich um kaum mehr als einige Dutzend Männer) trafen vermutlich im Sommer 1941 auf der Baustelle in Dummerstorf ein. Nachweisen lassen sich außerdem 23 „kroatische Gefangene“ (Juni bis Oktober 1941), 20 französische Kriegsgefangene (Juli 1941) und 50 Russen (ab Oktober 1941). Darüber hinaus arbeiteten auf der Baustelle Zwangsarbeiter für dort tätige Subunternehmen. Formal waren diese Arbeitskräfte den beauftragten Bau- und Handwerksfirmen zugeordnet. Jedoch geht ihr Einsatz auf intensive Zuweisungsbemühungen der Generalverwaltung der KWG zurück. Trotz allem gelang es nie, den tatsächlichen Bedarf an Bauarbeitern abzudecken, so daß sich die Forderungen nach zusätzlichen (Zwangs-) Arbeitskräften wie ein roter Faden durch die Institutsakten ziehen.<sup>134</sup> Zudem wurden die Arbeitsverträge für die Dänen Ende 1942 nicht verlängert. Laut Architekt Kegebein waren die Erfahrungen mit ihnen derart schlecht gewesen, „daß sogar die Arbeitsmoral der deutschen Arbeitskräfte hierdurch gelitten“ hatte.<sup>135</sup>

### 3. KWI für Strömungsforschung/Aerodynamische Versuchsanstalt

Für das ab 1925 bestehende KWI für Strömungsforschung in Göttingen fanden sich keine Hinweise auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Für die Aerodynamische Versuchsanstalt e.V. (AVA) hingegen lassen sich zahlreiche Zwangsarbeiter nachweisen. Zwar war die 1917 errichtete AVA 1937 aus der KWG ausgegliedert und in einen selbständigen eingetragenen Verein umgewandelt worden, aber dennoch nicht dem Einfluß der KWG entzogen, was sich allein schon in dem Namenszusatz „in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ dokumentierte. Auch blieb die KWG mit drei stimmberechtigten Personen im Vorstand der AVA vertreten, während das Reichsluftfahrtministerium (RLM) vier Vertreter stellte.<sup>136</sup> Vorstandsvorsitzender war Professor Ludwig Prandtl, Direktor des KWI für Strömungsforschung, einer seiner Stellvertreter Ernst Telschow.<sup>137</sup>

133 Forstmann an Dr. Schmidt (Jonas Schmidt, komm. Leiter KWI Dummerstorf), 15.1.1942, MPG-Archiv Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2871/2; vgl. Telschow an Oberfinanzpräsidenten Nordmark (Kiel), betr. KWI für Tierzuchtforschung in Dummerstorf, 3.2.1941, Landeshauptarchiv Schwerin, 5.12-5/1, Akte 8923, Bl. 20.

134 Schriftwechsel KWI für Tierzuchtforschung mit Generalverwaltung KWG, 1941/42, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2868-2872; vgl. Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot des Gebietsbeauftragten des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft (Außenstelle Schwerin), 17.8.1942, Landeshauptarchiv Schwerin, 5.12-5/1, Akte 8923, Bl. 25.

135 Baubericht Kegebein, 22.12.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2873.

136 Zur Geschichte der AVA vgl. Helmuth Trischler, Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, Frankfurt/Main 1992, S. 188-203; ders., „Big Science“ or „Small Science“? Die Luftfahrtforschung im Nationalsozialismus, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 328-362, hier: S. 333-342; Cordula Tollmien, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung verbunden mit der Aerodynamischen Versuchsanstalt, in: Heinrich Becker/Hans-Joachim Dahms/Cornelia Wegeler (Hg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. erw. Aufl., München 1998, S. 684-708.

137 Prandtl an Telschow, 23.11.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1480/2. Prandtl teilt Telschow in dem Schreiben mit, dieser sei nun nach dem Ausscheiden Adolf Baeumkers (RLM) der einzige stellvertretende Vorsitzende der AVA.

Ob die AVA in ihren Versuchsanlagen dauerhaft Zwangsarbeiter beschäftigte, läßt sich aus den bislang erschlossenen Unterlagen noch nicht eindeutig belegen. Der Umstand, daß die AVA über eine eigene Baracke im Göttinger Zwangsarbeiterlager Eiswiese verfügte, spricht allerdings dafür.<sup>138</sup> Im Herbst 1943 bemühte sich die AVA bei den Arbeitsämtern zunächst um die Zuweisung von italienischen Militärinternierten. Zwar blieben diese Bemühungen erfolglos, jedoch versprach das RLM der AVA als „Ersatz“ die Zuteilung von 100 kriegsgefangenen sowjetischen Offizieren, für deren Unterbringung der AVA eine Baracke im Kriegsgefangenenlager im Göttinger Stadtteil Lohberg zur Verfügung gestellt werden sollte.<sup>139</sup> Die Beschäftigung der Offiziere scheint jedoch Anfang 1944 an der Frage der Bewachung und der von der Wehrmacht geforderten zusätzlichen Sicherung der Baracke gescheitert zu sein.<sup>140</sup> Anfang Februar 1944 teilte die Abwehrstelle im Wehrkreis XI (Hannover) der AVA mit, von den 100 für sie vorgesehenen sowjetischen Offizieren seien 35 auf dem Transport von München nach Göttingen geflohen.<sup>141</sup> Ende Februar setzte die AVA das RLM davon in Kenntnis, daß die Unterbringung und Bewachung der sowjetischen Kriegsgefangenen wegen der Sicherheitsforderungen der Wehrmacht nicht möglich sei und sie deshalb auf die Kräfte verzichte.<sup>142</sup> Ob dieser Verzicht endgültig war, ist den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen.

Zweifelsfrei belegbar ist dagegen die Beschäftigung sogenannter „Ostarbeiter“ bei Bauarbeiten für die Bauvorhaben „G.R. II“ und „Prüfstand E 2“ (beide auf dem Hauptgelände der AVA in Göttingen) sowie „B 3“ (Zweigstelle Reyershausen bei Göttingen). Beim Bauvorhaben G.R. II wurden 1944/45 durchgängig 14 „Ostarbeiter“ beschäftigt.<sup>143</sup> Weitere „Ostarbeiter“ leisteten auf der Baustelle für den Prüfstand E 2 Zwangsarbeit; Zahlen liegen allerdings nur für April 1944 vor. Danach arbeiteten in diesem Monat 25 „Ostarbeiter“ auf der genannten Baustelle.<sup>144</sup> In Reyershausen kamen im Sommer/Herbst 1941 zehn Ausländer zum Einsatz. Der geplante Austausch gegen deutsche Arbeitskräfte hatte bis Mitte Oktober noch nicht stattgefunden. Darüber hinaus ist die Beschäftigung von mehreren „Ostarbeitern“ von März 1944 bis zum Kriegsende nachweisbar. Genaue Zahlen werden in den erhalten gebliebenen Akten nicht genannt; sieben Personen sind jedoch namentlich aufgeführt, deren Arbeitsleistung von der mit der Umsetzung des Bauvorhabens B 3 beauftragten Göttinger Baufirma Wilhelm Fricke & Söhne an die AVA weitergemeldet wurde.<sup>145</sup>

---

138 Aktenvermerk über eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister, 20.6.1945, Stadtarchiv Göttingen, Bauamt Abt. I, Fach 1, Nr. 26, Bd. 1.

139 Im April 1942 befanden sich nach einem Reisebericht eines französischen Vertrauensmannes des Stalags XI B Fallingb. 35 Gefangene im Lager Lohberg, das als „ausgezeichnetes Außenlager“ bezeichnet wird; übers. Abschrift in: Frank Baranowski, Geheime Rüstungsprojekte in Südniedersachsen und Thüringen während der NS-Zeit, Duderstadt 1995, S. 96.

140 Korrespondenz zwischen AVA und RLM, 1943/44, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., Göttingen (DLR), GOAR, 455.

141 Abwehrstelle im Wehrkreis XI an Baumeister Mahn (AVA), 2.2.1944, DLR, GOAR, 713.

142 AVA an RLM, 29.2.1944, DLR, GOAR, 455.

143 Abrechnungen Bauvorhaben G.R. II aus dem Zeitraum August 1944 bis März 1945, DLR, GOAR, 2809.

144 Aktenvermerk AVA (Name unleserlich), 24.4.1944, DLR, GOAR, 755, Teilakte E 2.

145 Korrespondenz AVA, betr. Bauvorhaben B 3, 1944/45, DLR, GOAR, 711 und 713.

#### 4. KWI für Metallforschung

Für das KWI für Metallforschung liegen Hinweise darauf vor, daß sich der Institutsdirektor, Professor Werner Köster, in zwei Fällen um die Zuweisung von Zwangsarbeitern bemühte. Anfang 1944 beantragte er beim Arbeitsamt die Zuteilung einer Russin für Reinigungsarbeiten in den Institutsräumlichkeiten und die Versorgung der Heizung in der Verlagerungs-Zweigstelle in Urach:

„Die Zuweisung einer derartigen Hilfskraft ist für die Durchführung der Arbeiten des Instituts von wesentlicher Bedeutung, da auf Dauer die hochwertigen Kräfte, Meister, Mechaniker, technische Assistentinnen ihrer eigentlichen Aufgabe im Dienst der Rüstung nicht entzogen werden können. Wir bitten deshalb um eine baldige Berücksichtigung unseres Antrages.“<sup>146</sup>

Ob tatsächlich eine Russin im Institut arbeitete, konnte ebenso wenig geklärt werden wie die Beschäftigung eines Arbeitskommandos von Kriegsgefangenen, um dessen Zuweisung Köster sich für Aufräumarbeiten im Hauptinstitut in Stuttgart nach einem schweren Luftangriff im Oktober 1944 bemühte.<sup>147</sup> Dokumentiert ist hingegen der Einsatz einer größeren Zahl holländischer Kriegsgefangener bei Aufräumarbeiten, nachdem das Institut Mitte Juli 1944 von einer Sprengbombe getroffen worden war.<sup>148</sup>

#### 5. Weitere Institute

Genauere Zahlen über die Beschäftigung von ausländischen Zivilarbeitern im KWI für Eisenforschung in Düsseldorf und Clausthal-Zellerfeld (seit 1943 Verlagerungsort) konnten nicht ermittelt werden. In einem im April 1944 für das Wissenschaftsministerium verfaßten Arbeitsbericht für das Jahr 1943 heißt es, im Berichtszeitraum seien weitere neun ausländische Arbeiter eingestellt worden.<sup>149</sup> Es muß also von einer höheren Zahl von Ausländern ausgegangen werden. Nähere Angaben dazu waren nicht zu erschließen.

Hinweise auf die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften bei der Arbeitsstätte für Virusforschung konnten in nur sehr begrenzter Zahl gefunden werden.<sup>150</sup> Im Etatentwurf der Arbeitsstätte für das Haushaltsjahr 1942/43 wa-

146 Köster an Arbeitsamt Urach, 8.2.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 30, Nr. 403.

147 Köster an Materialprüfungsanstalt Stuttgart, 16.10.1944, ebd. Nicht geklärt werden konnte außerdem, ob das KWI für Metallforschung in der Zweigstelle Sulzbach auf Zwangsarbeiter zurückgriff, die im gleichen Gebäude für die Firma Paul Mühleisen arbeiteten, vgl. Korrespondenz Fa. Mühleisen, 1944/45, Kreisarchiv Rems-Murr, unverzeichnet. Ähnlich verhält es sich mit der Forschungsstelle D (benannt nach ihrem Leiter Walter Dällenbach) in Bisingen/Hohenzollern, die in einer Werkshalle des Textilunternehmens Maute untergebracht war. Auch hier ist unklar, ob die 30 überwiegend sowjetischen Zivilarbeiter, die für die Fa. Maute Textilmaschinen reparierten, auch mit Arbeiten für die Forschungsstelle D beauftragt wurden; vgl. schriftliche Mitteilung Heimatmuseum/KZ-Gedenkstätte Bisingen vom 7.9.2000.

148 Köster an Wirtschaftsgruppe Metallindustrie, betr. Fliegerschaden, 24.7.1944, Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, R 13 XXIV/34. Für den Hinweis auf dieses Dokument danken wir Helmut Maier.

149 KWI für Eisenforschung, Arbeitsbericht für das Jahr 1943, undatiert (April 1944), BA, R 4901/11030, Bl. 176 ff.

150 Zur Geschichte der 1941 eingerichteten Arbeitsstätte für Virusforschung vgl. Hans-Jörg Rheinberger, Virusforschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Biochemie und für Biolo-

ren für die Botanische Abteilung 1.000 RM als Löhne für Zeithilfen und Kriegsgefangene vorgesehen, in der Zoologischen Abteilung waren es 1.280 RM ausschließlich für Kriegsgefangene.<sup>151</sup> Angesichts der eher geringen Beträge kann die Zahl der beschäftigten Kriegsgefangenen nicht allzu hoch gewesen sein. Darüber, ob sie tatsächlich eingesetzt wurden, liegen keine Angaben vor. Für 1944 ist außerdem die Beschäftigung zweier Franzosen (vermutlich ehem. Kriegsgefangene) als Gartenarbeiter überliefert, von denen einer Mitte des gleichen Jahres vom benachbarten KWI für Biologie übernommen wurde.<sup>152</sup>

Im Herbst 1944 teilte der Direktor des KWI für Biophysik, Professor Boris Rajewsky, der Generalverwaltung mit, daß eine Angestellte im Zuge der Verlagerung des Institutes nach Vacha durch eine „Ostarbeiterin“ ersetzt worden war.<sup>153</sup>

#### IV. VERLAGERUNGEN

1943 gehörten 43 Forschungsinstitute zur KWG, von denen sechs außerhalb des damaligen Reichsgebietes lagen. 27 Institute hatten den Status von Wehr- bzw. Rüstungs- oder Spezialbetrieben und waren in unterschiedlichem Umfang mit kriegswichtigen Forschungen betraut.<sup>154</sup> Seit 1942/43 sollten wegen der Gefährdung durch alliierte Luftangriffe, analog zur Industrie, vor allem die in Berlin und anderen Städten gelegenen Kaiser-Wilhelm-Institute in weniger bedrohte Gebiete verlagert werden. Eine erste Anweisung des Speerministeriums an die Industrie, „beschleunigt Vorkehrungen für die Verlagerung rüstungswirtschaftlich wichtiger Fertigungen zu treffen“, erging im Dezember 1942.<sup>155</sup>

Am 10. Juni 1943 setzte Telschow die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute von einer Anordnung des Rüstungsministers Albert Speer in Kenntnis, der zufolge Vorkehrungen zur Verlagerung aller Institute – insbesondere der mit kriegswichtigen Arbeiten befaßten – zu treffen waren. Die Maßnahmen – Vorbereitung einer Auffangstelle und deren Besetzung mit einer Vorausabteilung – sollten von den Institutsdirektoren selbst vorgenommen werden, wobei die Generalverwaltung, so Telschow, „gern mit ihrer Kenntnis von Objekten, für Ver-

---

gie, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 667-698.

151 Etatentwurf Arbeitsstätte für Virusforschung für 1942/43 (ab 1.10.1942), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2907/3.

152 Schreiben Reis (Arbeitsstätte für Virusforschung) an KWG (Mönnig), 7.6.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2908/2.

153 Rajewski an Generalverwaltung, 5.12.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2773/6.

154 Telschow an Hitlers „Begleitarzt“, Professor Karl Brandt, in dessen Eigenschaft als Mitglied des Präsidialrates des Reichsforschungsrates, 20.1.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 203; vgl. Anschriften- und Telefonverzeichnis der KWI und ihrer Direktoren, Stand: Juli 1943, BA, R 26 III/693; Bernhard vom Brocke, Institute und Forschungsanstalten der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1911–1995, in: ders./Laitko (Hg.), Harnack-Prinzip, S. 633-640, hier: S. 633 ff.

155 Erlaß des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion vom 19.12.1942, BA, R 3/291, zit. nach: Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin 1968, S. 148. Unabhängig davon hatte das RLM bereits im Oktober 1942 beschlossen, Fliegerhorste für die Vormontage und Endfertigung in der Großbomberproduktion zu nutzen; vgl. Groehler, Bombenkrieg, S. 284

handlungen mit Behörden usw. zur Verfügung steht“.<sup>156</sup> Schließlich wurde für den 9. November 1943 eine Zusammenkunft aller Institutsdirektoren anberaumt, die in mehrfacher Hinsicht von grundlegender Bedeutung war. In seinem einleitenden Referat unterschied Telschow in Totalverlagerungen, Teilverlagerungen und Einrichtungen, für die keine Verlagerung vorgesehen war. Im einzelnen handelte es sich um folgende Institutsverlagerungen (Stand November 1943):<sup>157</sup>

Teilverlagerungen (bereits weitgehend abgeschlossen):

Anthropologie (Dahlem):	Beetz (Oberhavel), Rottmannshagen und Neustadt/Dosse
Physik (Dahlem):	Hechingen
Silikatforschung (Dahlem):	Königshofen (Franken), Ostheim und Bischofsheim, Fladungen (Osthön)
Virusforschung (Dahlem):	Tübingen

Teilverlagerungen (geplant oder noch nicht abgeschlossen):

Arbeitsphysiologie (Dortmund):	Bad Ems
Biochemie (Dahlem):	Tübingen
Biologie (Dahlem):	Hechingen, Lunz und Tuttenhof (Korneuburg/Wien)
Biophysik (Frankfurt/Main):	noch unklar (Berlepschschacht bei Staßfurt-Leopoldshall)
Chemie (Dahlem):	Tailfingen (Württemberg), Löwenberg (Schlesien)
Hirnforschung (Berlin-Buch):	Tempelberg/Mark, Neustadt/Schwarzwald, Müncheberg/Mark
Lederforschung (Dresden):	Brünn
Metallforschung (Stuttgart):	Eningen bei Reutlingen
Medizinische Forschung (Heidelberg):	Marburg
Physikalische Chemie und Elektrochemie (Dahlem):	Falkenhagen, Petershagen
Völkerrecht (Berlin):	Kleisthöhe bei Strasburg (Uckermark), Züsedom bei Pasewalk

Totalverlagerungen (abgeschlossen):

Eisenforschung (Düsseldorf):	Clausthal-Zellerfeld
Entomologie (Dahlem):	Schloß Blücherhof, Post Vollrathruhe/Mecklenburg
Zellphysiologie (Dahlem):	Seehof bei Liebenberg über Löwenberg/Mark

Bevor man auseinander ging, schwor KWG-Präsident Albert Vögler die Institutsdirektoren noch einmal eindringlich auf die Erfordernisse des „Totalen Kriegs“ ein und ließ keinen Zweifel an der Haltung, die hinter den Verlagerungsabsichten stand:

<sup>156</sup> Telschow an Direktoren KWI, 10.6.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 42, Nr. 55, Bl. 11.

<sup>157</sup> Angaben nach: Niederschrift der Direktorenbesprechung am 9.11.1943, BA, R 26 III/693.

„Abschließend ersucht der *Präsident* die Institutsdirektoren, innerhalb ihres Bereiches schärfstens gegen defätistische Anschauungen vorzugehen und auch in besonders krassen Fällen vor einer Anzeige nicht zurückzuschrecken. Jetzt sei keine Zeit zum Debattieren und Fragenstellen – notwendig sei allein die Arbeit für einen deutschen Sieg.“<sup>158</sup>

Als Hauptverlagerungsgebiete zeichneten sich auf der Besprechung deutlich vor allem Brandenburg (nördlich von Berlin) und der Stuttgarter Raum ab. Anfang April 1945 beliefen sich die Gesamtkosten für die Verlagerung von nunmehr 23 KWI auf knapp 2,4 Millionen RM.<sup>159</sup> Getragen wurden die Kosten vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.<sup>160</sup>

### *1. Zwangsarbeit bei Institutsverlagerungen*

Bei allen Verlagerungen fielen, wenngleich in unterschiedlichem Umfang, Umbau- und Transportarbeiten an, deren Bewältigung auf sehr unterschiedliche Weise realisiert wurde, wie die vierteljährlichen Abrechnungs-Meldungen der einzelnen Institute an die Generalverwaltung offenbaren.<sup>161</sup> Die hinzugezogenen Arbeitskräfte lassen sich in drei Gruppen unterscheiden:

1. Reguläre Handwerker und Umzugsfirmen,
2. Wehrmachtssoldaten,
3. Justizhäftlinge, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die vierteljährlichen Kostenaufstellungen nicht nur unterschiedlich detailliert vorgenommen wurden, sondern in einigen Fällen nicht auszuschließen ist, daß die in ihnen aufgeführten Privatfirmen Zwangsarbeiter einsetzten, die in den Abrechnungen nicht als solche erkennbar sind. Dies war beispielsweise bei der weiter unten ausführlicher thematisierten Teilverlagerung des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie nach Falkenhagen der Fall. Erst Unterlagen anderer Provenienz offenbaren, daß sich die in den Abrechnungen angeführten Zahlungen an die Luranil-Baugesellschaft (Tochterfirma der IG Farben) auf entlehene KZ-Häftlinge bezogen. Hingegen ist bei denjenigen Kostenaufstellungen, in denen Spesen oder Trinkgelder veranschlagt werden, mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß es sich um zivile deutsche Arbeitskräfte oder Wehrmachtssoldaten handelte. Ein Beispiel dafür, daß selbst in diesen Fällen nicht mit letzter Sicherheit der Einsatz von Zwangsarbeitskräften ausgeschlossen werden kann, ist die Teilverlagerung des KWI für Silikatforschung. Hier enthält die Kostenaufstellung für die Zeit bis Dezember 1943 keine konkreten Hinweise auf Zwangsarbeit, sondern mehrmals die Kostenpunkte „Trinkgelder“, „Bier für Transportarbeiter“ oder „Rot-

---

158 Ebd. (Hervorhebung im Original).

159 Aktenvermerk, betr. Ausgaben der Generalverwaltung für die Verlagerung der Kaiser-Wilhelm-Institute, 4.4.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 380.

160 Vgl. Telschow an Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, betr. Verlagerung der Kaiser-Wilhelm-Institute, 27.4.1944 und 23.2.1945, ebd.

161 Sämtliche Angaben im folgenden beziehen sich, soweit nicht anders oder zusätzlich ausgewiesen, auf die Kostenaufstellungen in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 379 und 380.

wein für Packer“. Daß beim Ausladen der Waggons dennoch „teilweise Gefangene“ herangezogen wurden, geht nur aus einem anderen Schriftstück hervor.<sup>162</sup>

Zu den Einrichtungen, bei deren Verlagerung anscheinend ausschließlich zivile deutsche Arbeitskräfte eingesetzt wurden, gehört das KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, dessen Abrechnungen mehrfach Trinkgelder, Zigaretten und Verpflegung für Transportarbeiter ausweisen. Auch die Kostenaufstellungen des KWI für Metallforschung enthalten keinen konkreten Hinweis auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Gleiches gilt für das KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, in dessen Verlagerungsabrechnungen lediglich ein Arbeitskommando der Wehrmacht auftaucht.

Zu den bei der Teilverlagerung des KWI für Arbeitsphysiologie anfallenden Arbeiten wurden sowohl zivile deutsche Arbeiter, Handwerker und Soldaten als auch Kriegsgefangene herangezogen. Unter dem Posten „Gutschriften“ werden außerdem „Russinnen f. Sept.–Dez. (1944)“ in Zusammenhang mit dem Betrag von 240 RM erwähnt.<sup>163</sup> Ähnlich verfuhr man bei der Teilverlagerung des KWI für Biologie, auf dessen Abrechnungen sowohl Trinkgelder für zivile deutsche Packer als auch Zahlungen an die Gefangenen-Verrechnungsstelle (Hilfeleistung von Franzosen), an das Landgerichtsgefängnis in Hechingen und das Strafgefängnis in Rottenburg (Hilfe beim Auspacken) sowie Zahlungen für „Gefangenen-Beaufsichtigung“ und „Arbeiten von Gefangenen“ enthalten sind. Die Kostenaufstellungen des KWI für Physik führen ebenfalls Zahlungen an das Landgerichtsgefängnis Hechingen auf.

Bei der Verlagerung des KWI für Eisenforschung kamen den Kostenaufstellungen zufolge neben deutschen Zivilarbeitern auch „Ostarbeiter“ beim Waggonausladen zum Einsatz. Inwieweit es sich bei den von der Firma Jung gestellten Arbeitskräften um zivile Deutsche oder aber Zwangsarbeiter handelte, ist nicht eindeutig ersichtlich. Gleiches gilt für die Totalverlagerung des Deutschen Entomologischen Instituts nach Schloß Blücherhof in Mecklenburg, für die sowohl reguläre deutsche Arbeitskräfte als auch offensichtlich vom Ortsbauernführer von Kocksin zur Verfügung gestellte Kriegsgefangene herangezogen wurden. Auch die Kostenaufstellung der Arbeitsstätte für Virusforschung listet Ausgaben für die Arbeitsleistung von Kriegsgefangenen und für nicht weiter spezifizierte Hilfsarbeiterlöhne im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Baugeländes in Tübingen auf. Für die Umbauarbeiten im Zuge der Teilverlagerung des KWI für Biochemie nach Tübingen wurden ebenfalls Kriegsgefangene eingesetzt. Anfang Dezember 1944 teilte dessen Direktor, Professor Adolf Butenandt, der Generalverwaltung mit: „Es ist uns gelungen, das Tübinger Bauvorhaben heute zu beginnen, nachdem uns 10 Gefangene mit einem Vorarbeiter für die Ausschachtungs- und Fundierungsarbeiten zur Verfügung stehen.“<sup>164</sup>

---

162 Dr. Oberlies (Fridl Oberlies, verantwortlich für die Verlagerungsstätte in Bischofsheim) an Professor Eitel (Wilhelm Eitel, Direktor des KWI für Silikatforschung), 24.10.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 42, Nr. 94, Bl. 2.

163 KWI für Arbeitsphysiologie an KWG, betr. Abrechnung für die Monate Oktober bis Dezember 1944, 2.1.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 380.

164 Butenandt an Generalverwaltung, 8.12.1944, MPG-Archiv, Abt. III, Rep. 84, Nr. 139.

Inwieweit das KWI für Biophysik in seiner Ausweichunterkunft in einem Stollen im Bergwerk Berlepschschacht in Staßfurt-Leopoldhall auf die dort zum Ausbau der Stollenanlagen eingesetzten KZ-Häftlinge des Buchenwalder Außenlagers Staßfurt zurückgriff, geht aus den spärlichen Quellen nicht hervor.<sup>165</sup>

## 2. Die Ausnahme: Das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie

Bei den bisher genannten Institutsverlagerungen waren keine größeren Arbeiten und damit nur relativ wenig Arbeitskräfte nötig. Die Institute bezogen ihr Domizil in bestehenden Räumlichkeiten. Anders verhielt es sich in den Fällen, in denen die Verlagerungsstätten erst noch errichtet werden mußten. Das trifft sicherlich auf das zuletzt genannte Untertage-Verlagerungsvorhaben bei Staßfurt zu, in besonderem Maße aber auch auf das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, für das vollkommen neue Gebäude in Falkenhagen errichtet wurden, einer kleinen Ortschaft östlich von Berlin zwischen Fürstenwalde und Frankfurt/Oder.

Im Gegensatz zur Verlagerung von Teilen des KWI für Biophysik nach Staßfurt sind die Belege für den Einsatz von KZ-Häftlingen bei der Teilverlagerung des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie nach Falkenhagen trotz lückenhafter Quellenlage eindeutig. Eine Reihe von Hinweisen deuten darauf hin, daß es sich in Falkenhagen nicht ausschließlich um eine Teilverlagerung handelte, sondern daß es auch um die Beteiligung des Instituts an der Erprobung und den Vorbereitungen zur Produktion von chemischen Kampfstoffen ging.

Seit 1938 wurde in Falkenhagen an einer Anlage (Tarnname „Seewerk“) gebaut, die zur Herstellung und Erprobung des chemischen Kampfstoffes Chlortrifluorid (Tarnname „N-Stoff“) dienen sollte, einem außerordentlich aggressiven Brandmittel, das fast alles zerstört, mit dem es in Berührung gebracht wird.<sup>166</sup> Größere Teile der etwa einen Hektar umfassenden Anlage waren unterirdisch angelegt. Das Kernstück, ein ausgedehnter vierstöckiger Bunker, reichte etwa 20 Meter in die Erde.<sup>167</sup> Errichtet und verwaltet wurde das Werk nach dem sogenannten Montan-Schema. Hinter dieser verschachtelten Rechtskonstruktion verbarg sich das Heereswaffenamt (HWA) des Oberkommandos des Heeres (OKH), das sich der 1916 gegründeten und 1934 vom HWA übernommenen „Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH“ als Verpächterin und Verwalterin

165 Vgl. Korrespondenz Architekt Max Weinert – KWG, Februar 1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2775/1; zum KZ-Außenlager Staßfurt vgl. Martin Weinmann (Hg.), Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), Frankfurt/Main 1990, S. 244; Christa Naumann, Das arbeitsteilige Zusammenwirken von SS und deutschen Rüstungskonzernen 1942–1945, dargestellt am Beispiel der Außenkommandos des Konzentrationslagers Buchenwald, Diss. phil., Berlin 1972, S. 311.

166 Zur Produktion chemischer Kampfstoffe vgl. unter anderem Olaf Groehler, Der lautlose Tod. Einsatz und Entwicklung deutscher Giftgase von 1914 bis 1945, Berlin 1989; Angelika Ebbinghaus, Chemische Kampfstoffe in der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft, in: Eichholtz (Hg.), Krieg und Wirtschaft, S. 171-194.

167 Manfred Behrendt, Die Todesfabrik im Wald von Falkenhagen, in: Jahrbuch 1996 des Landkreises Märkisch Oderland, Seelow 1997, S. 68-70, hier: S. 68; Doris Steinkraus, Gelüftete Geheimnisse im Wald von Falkenhagen, in: Märkische Oderzeitung vom 16.1.1998. Einen Überblick vermittelt die Broschüre von Heini Hofmann, Militärische Geheimnisse 1938–1992. Das „Seewerk“. Bunker im Wald von Falkenhagen, Falkenhagen 1999.

sogenannter heereiseigener Industriebetriebe bediente. Auftraggeber, Eigentümer und Bauherr der Betriebe im Hintergrund war das durch die Montan – so ihre Kurzbezeichnung – vertretene OKH. Die Bauausführung übernahmen Privatfirmen, die anschließend als Betreiber der Produktionsanlagen fungierten, indem sie diese nach der Fertigstellung vom OKH pachteten und so das technische Know-how und die Fachkräfte für die Produktion zur Verfügung stellten.<sup>168</sup>

In Falkenhagen arbeitete das OKH mit der IG Farben zusammen, die aus Geheimhaltungsgründen eigens für diesen Zweck im September 1943 zusammen mit der Montan die Monturon GmbH (anfangs auch Turon GmbH genannt) gründete, an der beide Unternehmen je zur Hälfte beteiligt waren.<sup>169</sup> Für die Bauarbeiten bediente sich die IG Farben ab Anfang 1940 der ebenfalls ausschließlich für diesen Zweck gegründeten 100%igen Tochterfirma Luranil-Baugesellschaft mbH.<sup>170</sup>

Außerdem bestanden seit Ende 1943/Anfang 1944 Planungen, das bereits fertiggestellte N-Stoff-Werk in Falkenhagen durch eine weitere Produktionsanlage zu ergänzen, in der durch die IG Farben das Nervengas Sarin hergestellt werden sollte.<sup>171</sup> Der offizielle Auftrag des OKH an die IG Farben erfolgte Ende Mai 1944. Zur Produktion von Sarin in größerem Maßstab kam es in Falkenhagen allerdings nicht mehr.<sup>172</sup>

Von Anfang an gab es auf der Baustelle Falkenhagen Probleme mit den Arbeitskräften. Von September 1939 bis Juli 1941 berichtete das Rüstungskommando Frankfurt/Oder mehrmals über Unzufriedenheit unter den Arbeitern und die Beeinträchtigung der Bauarbeiten durch Arbeitermangel. Trotz des – teilweise nur vorübergehenden – Einsatzes von Weißrussen und Kriegsgefangenen bestand in

---

168 Heereiseigene Betriebe und ihre Prüfung durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches, undatiert (1940), BA, R 2301/5619, Bl. 1-13; Barbara Hopmann, Von der Montan zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916–1951, Stuttgart 1996, S. 21 f. und S. 71-96; Ebbinghaus, Chemische Kampfstoffe, 179 f. Mitte 1943 wurden über 120 Rüstungsbetriebe mit einem Anlagewert von mehr als drei Milliarden Reichsmark nach dem Montan-Schema verwaltet.

169 Hopmann, Montan, S. 58. Hopmann spricht irrtümlicherweise von Produktionsanlagen für Sarin. Die Monturon fungierte aber zunächst als Betreiberfirma für die N-Stoff-Produktion und wurde ab Mitte 1944 auch für die in Bau befindliche Sarin-Anlage verantwortlich, vgl. Aussage Jürgen von Klenck (stellv. Leiter des Seewerkes), 3.9.1947, Nürnbg. Dok. NI-10557.

170 Ausführlicher zur Luranil vgl. Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994, S. 324-327.

171 Vgl. Denkschrift Otto Ambros, „Die deutsche Kampfstoffproduktion“, Ludwigshafen, 1.2.1944, BA, R 3/1894, Bl. 18; OKH an IG Farben, betr. Bau- und Errichtungsauftrag für die Errichtung der Sarin II-Anlage (Seewerk), 23.5.1944, Nürnbg. Dok. NI-4994. Otto Ambros war Vorstandsmitglied der IG Farben und gleichzeitig maßgeblich verantwortlich für die Entwicklung und Produktion chemischer Kampfstoffe sowie unter anderem Geschäftsführer der Monturon. Eine weitere Anlage zur Herstellung von Sarin bestand in Dyhernfurth (Schlesien), wo ab Ende 1942 bzw. Mitte 1943 ebenfalls KZ-Häftlinge zweier Außenlager des KZ Groß-Rosen, Dyhernfurth I und II, zum Einsatz kamen; vgl. Isabell Sprenger, Groß-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien, Köln 1996, S. 236-256.

172 Eibl, Thiessen, S. 157. Der stellvertretende Leiter des Seewerks, Dr. Jürgen von Klenck, hingegen gab in seinen Nürnberger Prozeßaussagen (9.1.1947 und 3.9.1947) an, das Sarin-Werk sei bis Kriegsende nicht mehr fertiggestellt worden; Nürnbg. Dok. NI-9821 und NI-10557.

diesem Zeitraum weiterer Bedarf im Umfang von 500 bis 1 300 Arbeitskräften.<sup>173</sup>

Seit Oktober 1943 wurde das Bauvorhaben durch einige hundert KZ-Häftlinge vorangetrieben, die in dem eigens für diesen Zweck eingerichteten Außenlager Falkenhagen (auch Briesen genannt) des KZ Sachsenhausen untergebracht waren, nachdem ein Vertreter des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes (SS-Sturmbannführer Philipp Grimm) vor Ort mit den Baufirmen über die Modalitäten der Häftlingszwangsarbeit verhandelt hatte. Das übliche Tagesentgelt für die KZ-Zwangsarbeiter betrug 6 Reichsmark für Fach- und 4 Reichsmark für Hilfsarbeiter. Außerdem hatte die SS zugesagt, nicht mehr arbeitsfähige Häftlinge gegen „frische“ Insassen des Hauptlagers auszutauschen, womit die Bauleitung die Häftlinge ohne Rücksicht auf den Erhalt ihrer Arbeitskraft ausbeuten konnte.<sup>174</sup> Die auch bei anderen Bauvorhaben gängige Praxis des Austausches erschöpfter Häftlinge, die dem Tod ausgeliefert wurden, hatte eine erhebliche Fluktuation in den Lagerbelegschaften zur Folge.<sup>175</sup>

Vorgesehen war zunächst der Einsatz von höchstens 500 Häftlingen. Die Aussagen überlebender Häftlinge und ehemaliger SS-Wachleute lassen darauf schließen, daß die Belegstärke des Lagers im Verlauf seiner eineinhalbjährigen Existenz zwischen 300 und 800 Personen schwankte.<sup>176</sup> Nach einem Dokument, das sich auf die Räumung des Lagers und die Verlegung der Insassen Anfang Februar 1945 ins Hauptlager Sachsenhausen bezieht, betrug die Gesamtstärke der Belegschaft zu diesem Zeitpunkt etwa 500 Häftlinge. Als Arbeitskommandos werden 13 Baukommandos und ein Schlosserkommando ausgewiesen.<sup>177</sup> In der Mehrzahl handelte es sich um ausländische Häftlinge, insbesondere Russen, Polen und Franzosen. Hinzu kamen einige wenige Deutsche, die zumeist als Funktionshäftlinge (Kapos und Blockälteste) eingesetzt waren. Einer der wenigen Berichte von Überlebenden gibt Aufschluß über die Existenz- und Arbeitsbedingungen:

„Der Raubbau an der Arbeitskraft der Häftlinge zeigte sich am besten darin: Alle 14 Tage mußten 30 bis 50 Häftlinge für die in Briesen arbeitsunfähig Gewordenen aus Sachsenhausen herangeholt werden. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren sehr häufig. Die Bekleidung war mangelhaft. Viele Häftlinge mußten im strengsten Win-

---

173 Kriegstagebuch Rüstungskommando Frankfurt/Oder 24.2.1939–31.12.1942, Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg (BA-MA), RW 21/20, Bd. 2.

174 Vgl. WVHA/D II (Gerhard Maurer) an Bauleitung Falkenhagen, betr. Einsatz von Häftlingen, 31.7.1943, Nürnberg. Dok. NI-14291, ferner: Verzeichnis der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos gemäß § 42 Abs. 2 BEG, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 64, Bonn 1977, S. 1786-1852, hier: S. 1794.

175 Vgl. Wagner, Produktion des Todes, S. 386 ff.

176 Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin/Ost 1981, S. 75; vgl. Aussage Hans D. (ehem. SS-Wachmann), 6.2.1967, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg (ZSL), 406 AR-Z 40/71, Bl. 19-24; Aussage Daniel B. (ehem. Häftling), 17.4.1967, ebd., Bl. 27-30. Ein internes Luranil-Schreiben vom 18.9.1943 erwähnt als nicht überlieferte Anlage einen Antrag auf 1 000 Häftlinge für die Baustelle Falkenhagen (200 Facharbeiter und 800 Hilfsarbeiter), ebd., Bl. 243.

177 Aktennotiz Arbeitsstatistik KZ Sachsenhausen, undatiert (Anfang Februar 1945), ebd., Bl. 78.

ter ohne Unterjacke, ohne Strümpfe mit vollkommen zerrissenem Schuhwerk arbeiten. Die geringsten Vergehen, z. B. Rauchen während der Arbeitszeit, wurden bestraft. Rapportführer Braun bestrafte mit den schwersten Strafen. Rollen, Kniebeuge, stundenlang bei jedem Wetter auf dem Sportplatz stehen, körperliche Züchtigungen waren seine beliebtesten Methoden.

Wie groß der Hunger war, geht am besten aus folgenden Vorfällen hervor: Fleisch- und Knochenreste, die man den Hunden vorgeworfen hatte, holten sich die Häftlinge von dort (trotzdem sie mit Prügeleien von dort verjagt wurden) und aßen es. Ja, selbst Essensreste, die in den Schweinebehältern waren, wurden gegessen.<sup>178</sup>

Mithäftlinge, aber auch ehemalige Angehörige der SS-Wachmannschaften berichteten außerdem von schweren Mißhandlungen, z. B. daß Hunde auf die Häftlinge gehetzt worden seien. Auch soll es öfters vorgekommen sein, daß Häftlinge auf dem Rückmarsch von der Baustelle zum Lager – meist wegen Geringfügigkeiten oder angeblich „auf der Flucht“ – erschossen wurden.<sup>179</sup>

Dem KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie war das Objekt Falkenhagen laut Verlagerungsbesprechung vom 9. November 1943 durch den Chef des Heereswaffenamtes zugewiesen worden.<sup>180</sup> Bereits vor der Teilverlagerung des Instituts gab es direkte Verbindungen zum „Seewerk“. Zunächst hatte sich der N-Stoff aufgrund seiner extremen Aggressivität als schwer lagerungsfähig erwiesen. Erst Forschungen im Rahmen einer Doktorarbeit, die im KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie unter der Betreuung von dessen Direktor, Professor Peter Adolf Thiessen,<sup>181</sup> entstand, konnte eine vereinfachte Herstellung und bessere Handhabung erreicht werden. Darüber hinaus erstellte Thiessen in Zusammenarbeit mit Spezialisten der IG Farben im Sommer 1944 ein Gutachten, dessen Ergebnis (höchste Explosionsgefahr) aufwendige Umbauarbeiten an der Produktionsanlage erforderlich machte. Kompetenzstreitigkeiten führten schließlich dazu, daß die Herstellung und Erprobung des N-Stoffes der SS überantwortet wurde.<sup>182</sup>

178 K. (ehem. Häftling), Bericht aus dem Außenlager Briesen, 24.5.1945, ebd., Bl. 698.

179 Aussage Hans D. (ehem. SS-Wachmann), 6.2.1967, ebd., Bl. 19-24; Aussage Karl G. (ehem. SS-Wachmann), 8.12.1970, ebd., Bl. 559-565; Aussage Ludwig H. (ehem. Häftling), 24.1.1968, ebd., Bl. 112-116; Aussage Szymon A. (ehem. Häftling), 8.12.1969, ebd., Bl. 306 ff.; vgl. Zentrale Stelle Ludwigsburg, Ergebnis der Vorermittlungen betreffend das Nebenlager Briesen/Falkenhagen (KL Sachsenhausen), 24.3.1971, ebd., Bl. 730-751; Behrendt, Todesfabrik.

180 Niederschrift der Besprechung der KWI-Direktoren am 19.11.1943, BA, R 26 III/693.

181 Thiessen war seit 1935 Institutsdirektor und ab 1937 Fachspartenleiter im RFR und dort einflußreichster Mann hinsichtlich der Forschungsförderung im Bereich Chemie. Hinzu kamen seine engen und langjährigen Beziehungen zu Professor Rudolf Mentzel, SS-Brigadeführer, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ab Juni 1942 Vizepräsident im RFR, mit dem er gemeinsam die Haber-Villa in Berlin-Dahlem bewohnte. Thiessen hatte wie Mentzel an der Universität Göttingen zu den frühen nationalsozialistischen Aktivisten gehört und sich bereits Anfang der 1920er Jahre der NSDAP und der SA angeschlossen. 1945 wechselte er zusammen mit einigen seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter in die UdSSR. Bis zu seiner Rückkehr in die DDR 1956 arbeitete er am sowjetischen Atomprogramm mit. Bis 1964 war er Direktor des Instituts für physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften, von 1957 bis 1965 Vorsitzender des DDR-Forschungsrates; SS-Personalakte Mentzel, BA, BDC; Ute Deichmann, Kriegsbezogene biologische, biochemische und chemische Forschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Züchtungsforschung, für Physikalische Chemie und Elektrochemie und für Medizinische Forschung, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 231-257, hier: S. 239-243; Eibl, Thiessen, S. 140, S. 144-153 und S. 180.

182 Helmuth Fischer, Erinnerungen, Teil II: Feuerwehr für die Forschung, Ingolstadt 1985, S. 56 f.; vgl. Eidesstattliche Erklärung Helmuth Fischer, 21.10.1946, ZSL, 413 AR-Z 501/67, Bl. 491-495; Eibl, Thiessen, S. 154 f.; Helmuth Fischer war seit 1938 im Reichssicherheits-

Aktivitäten des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie in Falkenhagen lassen sich erstmals für August 1943 nachweisen. In einem Schreiben an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) beantragte Institutsdirektor Thiessen einen Dienstwagen für den Leiter der Vorausabteilung in Falkenhagen (hier „Arbeitsgruppe“ genannt), Dr. Georg Graue, der bereits als Betriebsleiter in Dahlem fungierte.<sup>183</sup> Eine in diesem Monat beginnende Kostenaufstellung listet darüber hinaus für den Zeitraum von September bis Oktober 1943 Fahrgelder für eine „Holländer-Kolonne“ auf, die wahrscheinlich beim Transport von Geräten zum Einsatz gekommen war.<sup>184</sup> Erste Zahlungen des Instituts an die Turon und die Luranil datieren vom November 1943. Ob sie sich bereits auf den Einsatz von KZ-Häftlingen bezogen, ist nicht ersichtlich, aber eher unwahrscheinlich.<sup>185</sup>

Ende Februar 1944 waren die Vorarbeiten soweit abgeschlossen, daß mit dem Bau von drei Massivbaracken aus Ziegelmauerwerk für den Ausweichbetrieb begonnen werden sollte.<sup>186</sup> Drei Monate später waren die Bauarbeiten noch nicht abgeschlossen, wie aus einem Schreiben des Reichsforschungsrates (RFR) an den Chef des SS-WVHA, Oswald Pohl, vom 10. Mai hervorgeht:

„Auf Anordnung des Reichsministers Speer hat das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie, Leiter Professor Dr. Thiessen, einen Verlagerungsbetrieb in Falkenhagen zu errichten. Es handelt sich um Fabrikationsanlagen im Rahmen des Sonderprogramms zur Herstellung von N-Stoff, der von kriegsentscheidender Bedeutung ist. In Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben errichtet die Turon GmbH in Falkenhagen eine größere Anlage, wofür ihr eine Anzahl Häftlinge zur Verfügung gestellt sind. Um die geforderte Produktionsaufnahme so schnell wie möglich beginnen zu können, sind von den bei der Turon GmbH beschäftigten Häftlingen gleichzeitig mehrere beim Verlagerungsbetrieb des Instituts für physikalische Chemie eingesetzt.“<sup>187</sup>

Anlaß dieser Eingabe auf höchster Ebene war der drohende Abzug der SS-Wachmannschaften:

„Wir bitten Sie sehr um die Genehmigung, bis zur Fertigstellung der Anlage in 8–10 Wochen, wenn nicht möglich die bisherigen 4 Männer, so doch wenigstens 2 Männer zur Verfügung zu stellen. Die mit den Arbeiten beauftragten Handwerker

---

hauptamt (RSHA) Abt. III C zunächst unter anderem, ab März 1944 ausschließlich für die Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung zuständig; vgl. SS-Personalakte Helmut Fischer, BA, BDC. Zur Überantwortung an die SS vgl. Korrespondenz Himmler – Speer, Juli 1944, Nürnberg. Dok. NI-4043; Willi A. Boelcke, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt/Main 1969, S. 372 f.; Joseph Borkin, Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1981, S. 122 f.

183 Thiessen an Mentzel (DFG), 21.8.1943, BA, R 26 III/214.

184 Aufstellung KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie (Umzugskosten), 17.4.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 379.

185 KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, betr. Verlagerungskosten-Abrechnung 1.1.44–31.3.44, 9.8.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 380.

186 KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie an KWG, 28.2.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1184/2.

187 Reichsforschungsrat (Wolfram Sievers) an Pohl, betr. Wachmannschaften beim Bauvorhaben Falkenhagen, 10.5.1944, BA, R 26 III/214; auszugsweise zit. in: Günter Nagel, Das geheimnisvolle Seewerk. Beim Bau des Rüstungsbetriebes auch Häftlinge eingesetzt, in: Neueste Potsdamer Nachrichten vom 13.5.2000; vgl. Eibl, Thiessen, S. 56.

(2 Maurerfirmen u. 1 Zimmererfirma) schaffen die Fertigstellung in der befohlenen Zeit nicht, wenn jetzt die Häftlinge wegen Abziehung der Wachmannschaften ausfallen müssen.<sup>188</sup>

Beginnend mit dem August 1943 weisen die vierteljährlichen Aufstellungen der Verlagerungskosten etliche Spesenabrechnungen von wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts für Fahrten nach Falkenhagen aus.<sup>189</sup> Für November und Dezember 1944 liegen zahlreiche Reisekostenabrechnungen von Institutsangehörigen vor, auf denen als Reisezweck „Baubeaufsichtigung Falkenhagen“ angegeben ist.<sup>190</sup> Auch Institutsdirektor Thiessen reiste zwischen September und Dezember 1944 mindestens fünf Mal nach Falkenhagen.<sup>191</sup> Demnach ist davon auszugehen, daß man auf Institutsseite aus eigener Anschauung über die Verhältnisse informiert war, unter denen die KZ-Häftlinge dort arbeiten mußten. Offiziell wurden die KZ-Häftlinge dem Institut von der Luranil Baugesellschaft zur Verfügung gestellt, die sie ihrerseits von der SS entlieh.<sup>192</sup> Den Abrechnungsunterlagen der Luranil und dem Schreiben des RFR an das WVHA vom Mai 1944 zufolge arbeiteten spätestens ab Anfang Mai (vermutlich aber bereits seit Anfang März) bis Ende August 1944 und noch einmal im Januar 1945 durchschnittlich etwa 35 bis 40 Häftlinge für das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie.<sup>193</sup> Berücksichtigt man eine gewisse Fluktuation innerhalb der Arbeitskommandos, nicht zuletzt aufgrund der Praxis des Austausches ausgezehrter und kranker Häftlinge, dürfte eine Gesamtzahl von etwa 100 Häftlingen, die in Falkenhagen für die Belange des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie Zwangsarbeit leisten mußten, realistisch sein.

## V. BESCHÄFTIGUNG VON AUSLÄNDISCHEN FACHKRÄFTEN UND WISSENSCHAFTLERN

Hintergrund der Beschäftigung von wissenschaftlichen Zwangsarbeitern war, wie in anderen Bereichen auch, der im Laufe des Krieges immer stärker zunehmende Arbeitskräftemangel. Bis Mitte 1941 waren 330 Mitarbeiter der KWG zur Wehrmacht eingezogen worden, das waren 31 %. Im April 1942 war ihr Anteil auf 40 % gestiegen.<sup>194</sup> Ähnlich wie die Industrie sah sich die KWG damit ei-

188 Reichsforschungsrat (Sievers) an Pohl, betr. Wachmannschaften beim Bauvorhaben Falkenhagen, 10.5.1944, BA, R 26 III/214.

189 MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 379 und 380.

190 MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 36, Nr. 18.

191 Fahrbefehle für Thiessen nach Falkenhagen, Zweck: Dienstbesprechung in der Ausweichstelle des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie und Überführung von Forschungsgerät für einen Forschungsauftrag höchster Kriegswichtigkeit und Dringlichkeitsstufe, 8.9., 22.9., 27.10., 29.11. und 21.12.1944, BA, R 26 III/214; vgl. Eibl, Thiessen, S. 157.

192 Zu den komplizierten und zunächst nicht eindeutig festgelegten Verrechnungsmodalitäten des Häftlingseinsatzes für Fremdfirmen vgl. den aus dem Archiv des ISD in Arolsen stammenden Luranil/Turon-internen Schriftwechsel, Januar–Mai 1944, in: ZSL, 406 AR-Z 40/71, Bl. 244-253. Der „Weiterverleih“ von KZ-Häftlingen durch Baufirmen an andere Unternehmen war bei Bauvorhaben durchaus üblich; vgl. Wagner, Produktion des Todes, S. 387 f.

193 Diverse Rechnungen Luranil an KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, betr. Häftlingsentgelte für die Monate Juli und August 1944 sowie Januar 1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1190/5.

194 Angaben nach: Albrecht/Hermann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, S. 400.

ner Entwicklung gegenüber, die gegensätzlich zu ihrem steigenden Personalbedarf verlief, da es nicht nur um den Erhalt des Status quo ging, sondern auch um den Fortgang der in nicht unerheblicher Zahl hinzugekommenen Projekte und Institute.

Generell verfolgte die KWG die Politik, wegen der Geheimhaltungsvorschriften insbesondere bei den Instituten, die im Bereich der Rüstungswirtschaft tätig waren, möglichst keine ausländischen Wissenschaftler im Rahmen regulärer Arbeitsverträge einzustellen. Bei Arbeitskräften, deren Bewegungsfreiheit wegen ihres Status als Zwangsarbeiter erheblich eingeschränkt war, gab es jedoch Ausnahmen, z. B. in der Kok-Sagys-Forschung in Auschwitz und bei einem aus Häftlingen bestehenden Chemikerkommando im KZ Flossenbürg.

### *1. Ausländische Studenten*

In geringer Zahl arbeiteten den gesamten Krieg über in verschiedenen Instituten der KWG Studenten aus neutralen Ländern oder Staaten, die mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbündet waren, etwa aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Hierbei handelte es sich um Arbeitsverhältnisse, bei denen kein Zwangscharakter ersichtlich ist.

Anders gestaltete sich die Situation im Fall der Rekrutierung von Studenten aus den besetzten Gebieten. Seit Mitte 1943 beschäftigte das KWI für Zellphysiologie in Liebenberg zwei junge Niederländer, die wahrscheinlich zu den mehr als 3 000 niederländischen Studenten gehörten, die Ende 1943 zur Zwangsarbeit nach Berlin deportiert wurden. Sie hatten sich geweigert, die von ihnen im April 1943 geforderte Loyalitätserklärung zu unterschreiben, mit der sie sich unter anderem verpflichten sollten, nach dem Studium ein Jahr in Deutschland zu arbeiten.<sup>195</sup> Die beiden knapp über bzw. unter 20 Jahre alten Holländer waren formal als Zivilangestellte beschäftigt und erhielten bei einer täglichen Arbeitszeit von bis zu 16 Stunden (nach Angaben von Institutsdirektor Professor Otto Warburg) einen Monatslohn von rund 190,- Reichsmark, von denen sie 40,- RM als Verpflegungsgeld abgeben mußten. Untergebracht waren sie in einem gemeinsamen Zimmer im Schloß Seehof in Liebenberg, das dem KWI seit 1943 als Ausweichquartier diente.<sup>196</sup>

Ebenfalls zu den nach Berlin deportierten niederländischen Studenten gehörte der Biologiestudent Gerrit W. (Jg. 1918), dessen Entlassung aus einem „Zwangsarbeitslager des Generalinspektors für die Reichshauptstadt“ (der Bauorganisation Albert Speers zum Ausbau Berlins) das KWI für Biologie nach wochenlangen Verhandlungen erwirkte und ihn in der Zweigstelle als technischen Assistenten (Monatsgehalt: 241 RM) beschäftigte.<sup>197</sup>

---

195 Vgl. Stichting Hollanderei u. a. (Hg.), *Niederländer und Flamen in Berlin 1940–1945. KZ-Häftlinge, Inhaftierte, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*, Berlin 1996, S. 108 ff. und S. 142.

196 Angaben nach: Korrespondenz und Buchprüfung KWI für Zellphysiologie, 1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2806/6 und 2806/7.

197 Schriftwechsel zwischen dem KWI für Biologie und dem Arbeitsamt Berlin (31.5.–12.7.1944) und Privat-Dienstvertrag W., MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 8, Nr. 19 und 20.

Die geschilderten Fälle zeigen, wie schwer die Frage nach dem Ausmaß des Zwangscharakters der Arbeit zu beantworten ist, zu der die niederländischen Studenten bei der KWG herangezogen wurden. Formal hatten sie Arbeitsverträge als Zivilangestellte, und ihre Löhne waren nicht oder nur unwesentlich niedriger als die ihrer deutschen Kollegen. Sie waren jedoch unter Zwang nach Deutschland gebracht worden und hatten keine Möglichkeit, ihren Arbeitsplatz zu verlassen.

Von den Betroffenen selbst liegen kaum Berichte darüber vor, wie sie die Arbeit in den Instituten der KWG wahrnahmen. Eine der wenigen Ausnahmen ist der Niederländer Alex van B., der seit dem Herbst 1943 vom KWI für Chemie beschäftigt wurde, allerdings nicht zu den direkt zwangsverpflichteten Studenten gehörte. Van B. hatte zuvor in einem Kautschuk-Untersuchungslabor in Delft (Niederlande) gearbeitet, von dessen Direktion er nach eigenen Angaben nach „Nazideutschland verkauft“ worden war. Nach einem Aufenthalt im Durchgangslager Potsdam-Rehbrücke kam er als Zwangsarbeiter zur Norddeutschen Maschinenfabrik in Luckenwalde.<sup>198</sup> Dort fand er als Dolmetscher Verwendung und kam auf diesem Weg in Kontakt mit einem Beamten des Luckenwalder Arbeitsamtes, der ihn aus der Fabrik „herausfischte“<sup>199</sup> und im September als Labortechniker an das KWI für Chemie in Berlin vermittelte. Für Alex van B. bedeutete dies eine erhebliche Verbesserung seiner Situation:

„So schlecht die Periode in Luckenwalde, so gut war die Zeit im KWI. Die Abteilung, wo ich die Stelle bekam, hatte zwei Aufgaben, ursprünglich Zelluloseforschung und später zusätzlich von der SS zugefügt die Kautschukforschung. Ich arbeitete mit Zellulose und Zellulosederivaten und wurde von der Kautschukabteilung ferngehalten. Eigentlich war ich im Labor untergetaucht, besser gesagt von Deutschen untergetaucht worden!“

Mitte Oktober 1943 wurde die von Professor Kurt Hess geleitete Abteilung „Kautschukforschung“ (offensichtlich einschließlich der „Zelluloseforschung“) nach Löwenberg in Schlesien verlegt. Diese Zeit hat van B. ebenfalls fast ausschließlich positiv in Erinnerung: „In der Löwenberger Zeit war ich wirklich ein Glückspilz, und ich konnte mir eine große Berliner Schnauze entwickeln, womit ich mir im Februar 1945 einen Weg nach Hause frei machte.“

Allerdings berichtet van B. auch davon, in Löwenberg einmal wegen „Beleidigung des Führers“ angezeigt worden zu sein: „Aber die Nazi-Tante, die mich verpetzte, wurde schließlich von der Betriebsleitung [...] aus dem Labor entfernt und bestraft.“

---

198 Potsdam-Rehbrücke war ein Durchgangslager des Arbeitsamtes mit Erfassungsstelle insbesondere für Arbeitskräfte aus Westeuropa; vgl. Laurenz Demps, Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterlager in der faschistischen Reichshauptstadt Berlin 1939–1945, Berlin/Ost 1986, S. 157; Mechthild Althausen, Niederländische Zwangsarbeiter in Berlin, in: Spanjer/Oudesluijs/Meijer (Hg.), Zur Arbeit gezwungen, S. 173-180, hier: S. 175; Stichting Hollanderei u. a. (Hg.), Niederländer und Flamen, S. 143 f.

199 Schriftliche Mitteilung Alex van B. (Arnhem/Niederlande) vom 8.10.2000, der auch die folgenden Zitate entnommen sind.

## 2. Westeuropäische Kriegsgefangene

Unter den französischen Soldaten, die 1940 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren, befanden sich zahlreiche Wissenschaftler. Einige nahmen aus den Kriegsgefangenenlagern heraus Kontakt zu deutschen Kollegen auf, mit denen sie zum Teil bereits in der Vorkriegszeit als Gastwissenschaftler an Kaiser-Wilhelm-Instituten zusammengearbeitet hatten. In einer Reihe von Fällen konnten die deutschen Wissenschaftler ihren französischen Kollegen helfen, und erreichten, daß diese entlassen oder als Gefangene an Kaiser-Wilhelm-Institute abkommandiert wurden.

Im Dezember 1941 wandte sich der Direktor der Hydrobiologischen Anstalt der KWG in Plön, Professor August Thienemann, mit der Bitte an die Generalverwaltung, dem französischen Biologen Pierre B., der als Kriegsgefangener im Stalag XII A einsaß, eine Stelle in Plön zu verschaffen.<sup>200</sup> Vorausgegangen waren im Herbst 1941 eine entsprechende Bitte von B. an Thienemann und eine flankierende Empfehlung seines ehemaligen Professors.<sup>201</sup> Tatsächlich erhielt B. später, zunächst als Kriegsgefangener und nach der „relève“ (der Umwandlung des Kriegsgefangenen- in den Zivilarbeiterstatus) im Sommer 1943 als Zivilangestellter (mit 200 RM Monatslohn), eine Stelle in der zur KWG gehörenden Biologischen Station Lunz.<sup>202</sup>

Ab Mai 1943 beschäftigte das KWI für Biologie ebenfalls einen ehemaligen französischen Kriegsgefangenen, den Oberleutnant Dr. Jean Le C. (Jg. 1908), der zunächst in Berlin-Dahlem, später in der Zweigstelle in Hechingen als technischer Assistent arbeitete.<sup>203</sup>

Für Anfang 1944 ist ein weiterer Fall überliefert, bei dem ein Mitarbeiter der Biologischen Station in Lunz dem Direktor des KWI für Kulturpflanzenforschung, Hans Stubbe, nahelegte, sich um einen in Kriegsgefangenschaft befindlichen französischen Wissenschaftler zu bemühen:

„Haben Sie Interesse daran, einen naturwissenschaftlich geschulten französischen Kriegsgefangenen zu bekommen? Es handelt sich um N., Louis [...], den Sie vielleicht durch das OKW für sich freibekommen können. Er ist ausgebildeter Naturwissenschaftler, sowohl für Botanik wie für Zoologie, hat aber seine Prüfung in

---

200 Thienemann an KWG, 20.12.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1084.

201 Professor Allorge (Muséum National d'Histoire Naturelle/Laboratoire de Cryptogamie) an Thienemann, 4.12.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1084/4; Forstmann an Thienemann, 5.1.1942, ebd.

202 Franz Ruttner an Telschow, 10.9.43, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1085. Ausführlich zur „relève“ (deutsch: „Schichtwechsel, Ablösung“; übertragen: „Befreiung“), der Entlassung von 50 000 französischen Kriegsgefangenen im Tausch gegen 150 000 Facharbeiter aus Frankreich ab Juni 1942 vgl. Helga Bories-Sawala, Franzosen im „Reichseinsatz“. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, 3 Bde., Frankfurt/Main 1996, Bd. 1, S. 263-283.

203 Korrespondenz KWI für Biologie, 1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 8, Nr. 18 und 19.

Zoologie gemacht. Immerhin wäre er ja für alle Arbeiten zu gebrauchen; außerdem spricht er gut deutsch. Wenn Sie für weitere Franzosen Interessen haben, kann ich Ihnen auch andere Adressen besorgen.<sup>204</sup>

Während sich bei Pierre B. belegen läßt, daß seine „zivile“ Tätigkeit auf seine eigene Initiative zurückging, lassen die Akten die Frage nach der „Freiwilligkeit“ bei seinem Kollegen Dr. Jean Le C., der in Dahlem und Hechingen zunächst als Kriegsgefangener und später als Zivilangestellter für das KWI für Biologie arbeitete,<sup>205</sup> ebenso unbeantwortet wie bei einer Reihe von Garten- und Laborarbeitern, die als 1944 entlassene französische Kriegsgefangene in Dahlem bei den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Biologie und physikalische Chemie beschäftigt waren.<sup>206</sup>

Nicht in jedem Fall kam die Wehrmachtsverwaltung den Bitten aus den Instituten um Überstellung französischer Kriegsgefangener nach. Im Sommer 1941 wandte sich der französische Biochemiker Dr. Pierre D. an den Direktor des KWI für medizinische Forschung, Professor Richard Kuhn, und bat darum, seine im Biochemischen Laboratorium des Chemischen Instituts der *Faculté des Sciences* in Lyon begonnenen Forschungen in Heidelberg fortsetzen zu können. Pierre D. war zu dem Zeitpunkt Kriegsgefangener im Oflag III C in Lübben (Brandenburg). Obwohl Kuhn sein Anliegen ausdrücklich unterstützte, nicht zuletzt weil der Franzose bereits von 1936 bis 1938 als Gastwissenschaftler unter Kuhns Leitung am KWI gearbeitet hatte, wurde ein entsprechender Antrag von der Kommandantur des Oflag III C mit der Begründung abgelehnt, daß eine Beurlaubung oder Entlassung des Gefangenen nicht in Frage käme, da dieser im unbesetzten Gebiet beheimatet sei.<sup>207</sup>

Die Situation der holländischen Kriegsgefangenen gestaltete sich anders. Ende Juli 1943 setzte Rudolf Mentzel die Fachspartenleiter und Bevollmächtigten im RFR davon in Kenntnis, daß die nach dem deutschen Überfall im Mai 1940 zunächst mit Auflagen – der sogenannten Ehrenworterklärung, sich jeglicher feindseligen Aktivität gegen das Deutsche Reich zu enthalten – entlassenen Niederländer wieder interniert und zum Großteil in Deutschland zur Arbeit herangezogen werden sollten.<sup>208</sup> In den folgenden Wochen gingen bei der Kriegswirtschaftsstelle im RFR (geleitet von Dr. Georg Graue, dem stellvertretenden Direktor des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie) eine Reihe von Anfragen ein, darunter eine des KWI für Tierzuchtforschung, das sich für einen Veterinär, Dozent für Zootechnik und Viehzucht an der Reichsuniversität Ut-

---

204 Rothmaler (Biologische Station Lunz) an Stubbe, Januar 1944 (Tag unleserlich), Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Stubbe-Fonds, 181. Ob Stubbe diese Anregung aufgriff, ist nicht überliefert. Dokumentiert ist, daß er sich als Mitarbeiter des KWI für Biologie um die Zuweisung von 20 Kriegsgefangenen bemühte; vgl. Stubbe an Rudolf Schick (ehemaliger Mitarbeiter Stubbes am KWI für Züchtungsforschung), 21.6.1940, ebd., 189.

205 Korrespondenz KWI für Biologie, 1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 8, Nr. 18 und 19.

206 KWI für physik. Chemie an Generalverwaltung, 11.5.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1184/2; sowie, Schreiben Wettstein an Generalverwaltung, 6.5.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1564/2.

207 Pierre D. an Kuhn, 7.6.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1084/3; Schreiben Kuhn vom 14.6.1941, ebd.; Kommandantur Oflag II C an KWG, 1.7.1941, ebd.

208 Zur Situation der niederländischen Kriegsgefangenen vgl. Stichtung Holländerei u. a. (Hg.), *Niederländer und Flamen*, S. 113-131.

recht, interessierte.<sup>209</sup> Ob der Wissenschaftler tatsächlich an das KWI für Tierzuchtforchung kam, geht aus den Akten genauso wenig hervor wie das Ergebnis weiterer Anfragen anderer Institute. Ende Juni 1944 etwa forderte das KWI für Eisenforschung über den RFR (Fachsparte Eisen und Stahl) zwei Techniker an, die zuvor am physikalischen Institut der Universität Amsterdam bzw. dem Institut für Schiffsbau in Delft gearbeitet hatten.<sup>210</sup>

### 3. Wissenschaftler aus den besetzten Ostgebieten

Neben ihren Aktivitäten in Bulgarien (Deutsch-Bulgarisches Institut für landwirtschaftliche Forschung in Sofia, ab 1941) und Griechenland (Deutsch-Griechisches Institut für Biologie in Piräus, ab 1942) verstand es die KWG bzw. verstanden es einzelne Institute, die Expansionsmöglichkeiten in den eroberten Gebieten im Osten durch den Zugriff auf die dortigen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler zu nutzen. Eine besondere Rolle spielte dabei die Tätigkeit diverser KWG-Wissenschaftler in Gremien, die im Rahmen der Besatzungsverwaltung eingerichtet wurden und den wissenschaftlichen Raubzug im Osten koordinieren sollten. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang die Zentrale für Ostforschung (ZfO) zu nennen, die dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unterstand. Als Leiter der Fachgruppe Landwirtschaft spielte unter anderem Dr. Klaus von Rosenstiel vom KWI für Züchtungsforschung eine zentrale Rolle in der ZfO.<sup>211</sup> Personelle und institutionelle Verflechtungen mit der ZfO, dem Reichsforschungsrat und dem Wehrwirtschaftsstab Ost des OKW (Rosenstiel etwa war zugleich Referatsleiter in der Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost) ermöglichten den Mitarbeitern der KWG den Zugriff auf Forschungseinrichtungen in den besetzten Gebieten, und zwar nicht nur auf die Institute selbst, sondern auch auf deren Personal. Die Hydrobiologische Anstalt der KWG in Plön zum Beispiel übernahm im besetzten Polen die Limnologische Station am Wigry-See, und das KWI für Züchtungsforschung arbeitete eng mit der vormals sowjetischen Versuchsstelle für Gemüse- und Obstzüchtung bei Minsk zusammen.<sup>212</sup> In manchen Fällen blieb es jedoch bei Übernahmeplänen, denn die KWG stand bisweilen in scharfer Konkurrenz zu anderen Einrichtungen, etwa dem SS-Ahnenerbe und dem Einsatzstab Rosenberg, die gleichfalls starkes Interesse an Forschungseinrichtungen und Kulturgütern in den besetzten Gebieten zeigten.<sup>213</sup> Aufgrund ausstehender Forschungen sind die Befunde zu diesem Thema allerdings als vorläufig anzusehen.

209 Fachgliederung „Landbauwissenschaft und allgemeine Biologie“ an Kriegswirtschaftsstelle RFR, 14.9.1943, BA, R 26 III/134.

210 Leiter der Fachsparte Eisen und Stahl im RFR an Geschäftsführenden Beirat RFR, betr. Arbeitseinsatz niederländischer Kriegsgefangener, 14.6.1944, ebd.

211 Aufstellung der von der Zentrale für Ostforschung eingerichteten Fachgruppen mit ihren Fachgruppenleitern, Stand: August 1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 42, Nr. 43, Bl. 18 ff.; vgl. Heim, „Reine Luft“, S. 27 ff.

212 Vgl. Heim, Research for Autarky, S. 18 f., ferner Albrecht/Hermann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, S. 399, Deichmann, Biologen, S. 182 f., sowie den kürzlich vorgelegten Sammelband von Susanne Heim (Hg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzüchtung und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002.

213 Vgl. Heim, „Reine Luft“, S. 30.

Eines der bislang unbekanntenen Beispiele für den erfolgreichen Zugriff auf wissenschaftliches Personal in den besetzten Gebieten betrifft das KWI für Silikatforschung. Dessen Direktor, Professor Wilhelm Eitel, interessierte sich seit Mitte 1942 insbesondere für das Ukrainische wissenschaftliche Forschungsinstitut für feuerfeste Materialien in Charkow (auch Silikat-Institut genannt). Ende November 1942 brachte Eitel gegenüber Rüstungsminister Speer zum Ausdruck, daß es ihm ein Anliegen sei, „seine volle und freudige Bereitwilligkeit auszusprechen, an den ehrenvollen Aufgaben im Osten mitzuhelfen“.<sup>214</sup> Nachdem Eitel im Juli 1943 persönlich das Silikat-Institut in Charkow inspiziert hatte, wurde er im August 1943 in den Forschungsstab der ZfO berufen und zum Leiter der Fachgruppe Silikatforschung ernannt.<sup>215</sup> Gleichzeitig wurde angesichts der heranrückenden Roten Armee die Verlagerung der Forschungsinstitute von Charkow nach Kiew vereinbart, bei der Eitel die wissenschaftliche Lenkung und die Auswahl des zu „evakuierenden“ wissenschaftlichen Personals übernehmen sollte.<sup>216</sup> Mitte August erstattete Eitel dem KWG-Präsidenten Vögler Bericht:

„Es ist mir erfreulicherweise gelungen, wertvollste einheimische wissenschaftliche Arbeitskräfte des Charkower Instituts sicherzustellen; der Mitarbeiterstab wird noch verstärkt durch Heranziehung ausgezeichneter Spezialisten aus der Silikatabteilung des Chemisch-Technologischen Instituts der Charkower Technischen Hochschule. Außerdem habe ich das Mineralogische Institut der Kiewer Technischen Hochschule in die Forschungsaufgaben einbezogen, die mir auf dem Gebiete der Silikate wichtig erscheinen.“<sup>217</sup>

Eitels „Sicherstellung“ russischer Wissenschaftler stand in – ganz offensichtlich nicht spannungsfreiem – Zusammenhang mit dem „Reichseinsatz“ russischer Wissenschaftler unter der Regie des Wirtschaftsstabes Ost, der in enger Kooperation mit den IG Farben erfolgte. Im Rahmen dieser „Anwerbungen“ wurden von April 1942 bis März 1944 insgesamt 1 111 russische Wissenschaftler und Ingenieure über das Durchgangslager Heydebreck-Bierau in Oberschlesien nach Deutschland gebracht.<sup>218</sup> Mit ihnen gelangten im Spätsommer/Herbst 1943 mehrere russische Wissenschaftler unter Leitung von Professor Strscheletzky von der Luftfahrt-Versuchsanstalt Charkow über Lemberg nach Ummendorf bei

---

214 Eitel an Speer, betr. Silikat-Institut in Charkow, 27.11.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 42, Nr. 41, Bl. 6. Eitel war 1933 Mitglied der NSDAP geworden. Nach dem Krieg ging er im Rahmen der Aktion *Paperclip* in die USA, wo er für die Marine arbeitete; vgl. Albrecht/Hermann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, S. 359; Manfred Heinemann, Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949), in: Vierhaus/vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 407–470, hier: S. 440; Macrakis, *Surviving the Swastika*, S. 197.

215 Berufung Eitels in Forschungsstab ZfO, 5.8.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 42, Nr. 43, Bl. 5; zur Inspektion vgl. Eitels Bericht vom 29.7.1943, ebd., Bl. 6–16.

216 Fernschreiben Wirtschaftsstab Ost an Wirtschaftsinspektion Süd (Abt. Wissenschaft), 2.8.1943, BA-MA, RW 31/528.

217 Eitel an Vögler, 16.8.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 42, Nr. 43, Bl. 22 f.

218 Rolf-Dieter Müller (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew*, Boppard am Rhein 1991, S. 332 ff.; zur Geschichte des Wirtschaftsstabes Ost vgl. ebd., S. 1–18; zu Heydebreck und den Plänen der IG Farben, dort ein weiteres Buna-Werk mit firmeneigenem KZ zu errichten, vgl. Borkin, *Unheilige Allianz*, S. 118.

Biberach in Württemberg, wo sie von der AVA in Göttingen „betreut“ wurden und für diese Forschungsaufträge bearbeiteten.<sup>219</sup>

Nach dem Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost galten für diese hochqualifizierten Fachkräfte Sonderbestimmungen, nach denen sie wie Ausländer behandelt werden und Fremdenpässe erhalten sollten. Vorgesehen war außerdem, sie besser als „Ostarbeiter“ zu verpflegen und deutlich besser zu bezahlen, und sie nicht in einem Lager unterzubringen.<sup>220</sup> Inwieweit die Arbeit dieser Wissenschaftler Zwangscharakter hatte, wäre durch weitergehende Forschungen noch zu klären.

#### 4. KZ-Häftlinge

Der Einsatz qualifizierter und hochqualifizierter KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter ist bislang nur wenig erforscht.<sup>221</sup> Strenggenommen fallen darunter auch diejenigen, die aufgrund ihrer medizinischen Ausbildung als Häftlingsärzte und Häftlingspflegepersonal in den Konzentrationslagern eingesetzt wurden. Einige wurden dort zu Tätigkeiten im Umfeld medizinischer Experimente an Häftlingen herangezogen. Als ein Beispiel sei hier der ungarische Jude und Pathologe Dr. Miklos Nyiszli genannt, der in Auschwitz Dr. Josef Mengele bei dessen Experimenten assistieren mußte, unter anderem bei solchen, die Mengele für den Direktor des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, Professor Otmar Freiherr von Verschuer, und dessen Mitarbeiterin Karin Magnusen ausführte.<sup>222</sup>

Im Zusammenhang mit den anthropologischen Untersuchungen, die Professor Wolfgang Abel, Leiter der Abteilung „Rassenkunde“ am KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, in enger Zusammenarbeit mit dem SS-Ahnenerbe von 1942 bis 1943 an sowjetischen Kriegsgefangenen vornahm, gibt es ebenfalls Hinweise auf konkrete Überlegungen zur Beschäftigung von KZ-Häftlingen. Im Juni 1943 regte SS-Obersturmbannführer Dr. Rudolf Brandt, Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS, in einem Schreiben an den Leiter des SS-Ahnenerbes, Wolfram Sievers, an, für die Auswertung einer Versuchsreihe an russischen Kriegsgefangenen zwei wissenschaftlich geeignete Fachkräfte aus dem KZ Sachsenhausen zu beschäftigen. Dafür müsse Abel allerdings vorübergehend „nach Sachsenhausen herausziehen“.<sup>223</sup> Abel war von diesem Gedanken offensichtlich nicht angetan, denn einen knappen Monat später schlug er seinerseits vor, die beiden vorgesehenen Häftlinge nicht in Sach-

219 AVA-Korrespondenz aus dem Zeitraum von März 1943 bis Februar 1945, DLR, GOAR 2730.

220 Müller (Hg.), Wirtschaftspolitik, S. 333.

221 Zu nennen ist insbesondere der Beitrag von Rainer Fröbe, KZ-Häftlinge als Reserve qualifizierter Arbeitskraft. Eine späte Entdeckung der deutschen Industrie und ihre Folgen, in: Herbert/Orth/Dieckmann (Hg.), Konzentrationslager, S. 636-681, hier: S. 660-663.

222 Vgl. Miklos Nyiszli, Im Jenseits der Menschlichkeit. Ein Gerichtsmediziner in Auschwitz, Berlin 1992. Zu Mengeles Tätigkeit in Auschwitz und seiner Verbindung zur KWG vgl. Benno Müller-Hill, Das Blut von Auschwitz und das Schweigen der Gelehrten, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 189-227, hier: S. 199 ff.; zusammenfassend: Carola Sachse/Benoit Massin, Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen über den gegenwärtigen Wissensstand, Berlin 2000, S. 23 ff.

223 Schreiben Brandt an Sievers, 23.6.1943, Nürnberg. Dok. NO-3751.

senhausen, sondern im Institutsgebäude in Dahlem arbeiten zu lassen.<sup>224</sup> Der weitere Verlauf der Verhandlungen Abels mit der SS und deren Ausgang sind nicht überliefert.

#### 4.1 Kok-Sagys-Forschung in Rajsko (Auschwitz)

Die bereits angesprochenen Forschungen über die in geringen Mengen kautschukhaltige Kok-Sagys-Pflanze am KWI für Züchtungsforschung erfolgten im Rahmen der nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen und sollten dazu dienen, den kriegsbedingt gestiegenen Bedarf an Gummi (insbesondere für Reifen) durch synthetischen Kautschuk (Buna) zu decken, auch wenn dieser noch durch Naturkautschuk angereichert werden mußte.<sup>225</sup>

Anfang 1943 übertrug Hitler Himmler die Verantwortung für die Forcierung der Produktion von Pflanzenkautschuk. Im weiteren Verlauf wurden die Versuche verstärkt, die Züchtung, den Anbau und die Verarbeitung von Kok-Sagys zu intensivieren und auszudehnen und vor allem einheitlich zu lenken. Sie mündeten in der Ernennung Himmlers zum „Sonderbeauftragten für Pflanzenkautschuk“ Anfang Juli 1943.<sup>226</sup> Unter der Ägide der SS arbeiteten fortan neben Vertretern der chemischen Industrie, der Deutschen Arbeitsfront (DAF), des Bevollmächtigten für das Kraftfahrwesen, des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, des Reichsernährungsministeriums und des Reichsnährstandes Mitarbeiter des KWI für Züchtungsforschung und des KWI für Chemie an diesem Projekt.<sup>227</sup> Wissenschaftler beider Kaiser-Wilhelm-Institute nahmen – ebenso wie Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Abteilung im KZ Auschwitz, wo in vielerlei Hinsicht die Fäden zusammenliefen – an allen maßgeblichen Arbeitsbesprechungen teil. Unter anderem hielt der Direktor des KWI für Züchtungsforschung, Professor Wilhelm Rudolf, auf einer richtungweisenden Arbeitstagung im WVHA am 25. Juni 1943 das Hauptreferat, in dem er die wesentlichen Punkte des anstehenden Arbeitsprogramms vortrug.<sup>228</sup> Im An-

224 Abel an Sievers, 23.7.1943, BA, BDC, SS-Personalakte Abel.

225 Heim, Research for Autarky, S. 21 f.; vgl. Paul Erker, Die Rolle der Forschung bei der Ersatzstoff-Produktion. Das Beispiel Continental AG/Reifenindustrie, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 411-425. Zur insbesondere bei der IG Farben vorangetriebenen Naturkautschuk-Ersatzforschung vgl. Gottfried Plumpe, Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945, Berlin 1990, S. 339-396.

226 Ernennungsverfügung Göring, 9.7.1943, BA, NS 19/1802, Bl. 65; vgl. Himmler an die Höheren SS- und Polizeiführer in den besetzten Ostgebieten, 23.7.1943, ebd., Bl. 73.

227 Vgl. Heim, Research for Autarky, S. 21 ff.; Deichmann, Biologen, S. 184; Brandt (Pers. Stab RFSS) an Lorenz (Chef der VoMi), 6.6.1943, BA, NS 19/1803, Bl. 22; Pohl an Himmler, betr. Kok-Sagys, 12.2.1943, BA, NS 19/2686, Bl. 1 ff.; Aktenvermerk Brandt über Besprechung Himmler mit den am Anbau und an der Verwertung der Kok-Sagys-Pflanze beteiligten Stellen am 15.4.1943, BA, NS 19/1802, Bl. 39; Vermerk Dr. Eckell (Johannes Eckell, Generalbevollmächtigter für Sonderaufgaben der chemischen Erzeugung), betr. Besprechung mit Himmler am 21.7.1943, 24.7.1943, ebd., Bl. 79.

228 Caesar (Joachim Caesar, Diplom-Landwirt, Leiter der landwirtschaftlichen Betriebe des KZ Auschwitz), Bericht über Arbeitstagung am 25.6.1943, 1.7.1943, ebd., Bl. 56-62 (= Nürnbr. Dok. NO-5892). Als weitere Teilnehmer werden genannt: Dr. Böhme sowie Professor Hess, Dr. Steurer und Dr. Wergin vom KWI für Chemie. Rudolf war seit 1937 Mitglied der NSDAP und hatte sich öffentlich zu zentralen Zielen nationalsozialistischer Ideologie und Politik bekannt. Nach dem Krieg war er bis 1961 Direktor des Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung in Köln-Vogelsang; vgl. Deichmann, Kriegsbezogene Forschung, S. 234 f. und S. 238.

schluß an seinen Vortrag wurde detailliert die Aufgabenverteilung der verschiedenen am Kautschuk-Projekt der SS beteiligten Institutionen festgelegt. Alle Fragen der Kautschukchemie und -technologie sollten demnach unter Federführung von Professor Kurt Hess vom KWI für Chemie (Abteilung Kautschukforschung) stehen, die züchterische Grundlagenforschung von Professor Rudolf und Dr. Richard Werner Böhme vom KWI für Züchtungsforschung behandelt werden.<sup>229</sup> Böhme hatte sich seit 1938 als einziger deutscher Wissenschaftler bereits mit dem Anbau und der Verarbeitung von Kok-Sagys beschäftigt und auch schon im Herbst 1941 im Auftrag der Wehrmacht (Wirtschaftsstab Ost) Kok-Sagys-Pflanzungen in Uman (Ukraine) inspiziert.<sup>230</sup>

Von Beginn an standen die Anbauversuche mit Kok-Sagys in engem Zusammenhang mit der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen. Die ersten im Herbst 1941 aus den besetzten sowjetischen Gebieten mitgebrachten Samen wurden auf dem zum KZ Ravensbrück gehörenden Versuchsgut der SS-eigenen Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH (DVA) in Gewächshäusern ausgesät und pikiert.<sup>231</sup> Bereits hier ist davon auszugehen, daß weibliche Häftlinge des KZ Ravensbrück zu den damit verbundenen Arbeiten herangezogen wurden. Im Frühjahr 1942 wurden die Setzlinge nach Rajsko gebracht, wo seit September 1941 in unmittelbarer Nähe des KZ Auschwitz umfangreiche landwirtschaftliche Betriebe bestanden, die ab Februar 1942 von dem Diplom-Landwirt und SS-Obersturmbannführer Dr. Joachim Caesar geleitet wurden.<sup>232</sup> Ebenso wie die DVA unterstanden sie dem für die SS-Landwirtschaft zuständigen Amt W 5 im WVHA. Im Zusammenhang mit dem Transport der Setzlinge nach Auschwitz wurden am 10. Mai und 20. Juni 1942 mindestens zehn polnische Spezialistinnen (Biologinnen, Chemikerinnen und Gärtnerinnen) aus dem KZ Ravensbrück angefordert und nach Auschwitz überstellt.<sup>233</sup> Mindestens zwei von ihnen, Emilia Goszkowska (Jg. 1913) und Zofia Grochowalska (Jg. 1902), hatten bereits zwei Jahre KZ-Haft in Ravensbrück hinter sich. Drei weitere waren im August und September 1941 nach Ravensbrück deportiert worden, darunter die Diplom-Ingenieurin für Gartenbau Maria Raczyńska (Jg. 1909) und

---

229 Caesar, Bericht über Arbeitstagung am 25.6.1943, 1.7.1943, BA, NS 19/1802, Bl. 60 f. Fragen des Anbaus und Pflanzenkrankheiten fielen in die Zuständigkeit von Professor Friedrich Christiansen-Weniger (Landesforschungsanstalt Puławy/Lublin). Für die praktische Seite der Züchtung verantwortlich war Dr. Joachim Caesar.

230 Herbert Backe (Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Senator der KWG) an Himmler, 10.3.1943, ebd., Bl. 25; vgl. den Bericht Böhmers über seine Inspektionsreise nach Uman (19.9.–5.10.1941), undatiert, BA, NS 19/3923, Bl. 98-109.

231 Ausführlich zum Versuchsgut der DVA in Ravensbrück vgl. Wolfgang Jacobeit/Christoph Kopke, Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise im KZ. Die Güter der „Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung“ der SS von 1939 bis 1945, Berlin 1999, S. 13-20.

232 Ausführlich hierzu: Anna Zięba, Das Nebenlager Rajsko, in: Hefte von Auschwitz 9 (1966), S. 75-108; vgl. Aussage Joachim Caesar, 14.11.1961, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 43-49; BA, BDC, SS-Personalakte Joachim Caesar.

233 Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945, Reinbek 1989, S. 209 f. und S. 232.

Anna Laskowa (Jg. 1899), die eine landwirtschaftliche Ausbildung besaß.<sup>234</sup> Alle waren wegen Beteiligung an polnischen Widerstandsaktivitäten gegen die deutsche Besatzung verhaftet worden.

In Auschwitz bildeten sie den Grundstock des Kommandos Pflanzenzucht, dem eine besondere Bedeutung zufiel, nicht zuletzt weil Himmler großes Interesse daran zeigte, insbesondere bei seinem zweiten und letzten Besuch in Auschwitz am 17./18. Juli 1942.<sup>235</sup> Ende März 1944 umfaßte das Kommando Pflanzenzucht 11 Fachkräfte und 25 Hilfskräfte, aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließlich weibliche Häftlinge. Außerdem befanden sich 110 Biologinnen in Rajsko, bei denen unklar ist, inwieweit sie im Kommando „Pflanzenzucht“ oder im Kommando „Gärtnerei“ eingesetzt waren.<sup>236</sup> In einem anderen Dokument vom Mai 1944 ist von 100 Häftlingen im Kommando Pflanzenzucht und einer Erweiterung auf 150 die Rede.<sup>237</sup>

Neben den Polinnen aus Ravensbrück befanden sich unter den in der Kok-Sagys-Züchtung eingesetzten Häftlingen weitere, meist über Krakau direkt nach Auschwitz deportierte Polinnen, einige Tschechinnen und polnische Jüdinnen aus verschiedenen Ghettos sowie Jüdinnen anderer Nationalität, insbesondere Französinen.<sup>238</sup> Eine von ihnen war die Biologin Dr. Claudette Bloch (Jg. 1910), die am 24. Juni 1942 in einem Transport mit 933 Männern und 66 Frauen aus dem Sammel- und Internierungslager Drancy nach Auschwitz deportiert worden war.<sup>239</sup> Bloch berichtet, daß von den Frauen aus diesem Transport sechs Wochen später nur noch zwölf lebten. Sie selbst war von den mörderischen

---

234 Vgl. Namentliche Aufstellung der polnischen Transporte ins Frauen-KZ Ravensbrück, in: Wanda Kiedrzyńska, *Kobiety obóz koncentracyjny* (Frauenkonzentrationslager Ravensbrück), 2. überarb. Auflage, Warszawa 1965, S. 370-432; Aussage Maria Raczynska, 19.11.1969, ZSL, 409 AR-Z 80/72, Bl. 234 ff.; Aussage Anna Laskowa, 14.12.1970, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 253 ff.; Bericht Zofia Abramowiczowa (verw. Grochowalska), in: Lore Shelley (Hg.), *Criminal Experiments on Human Beings in Auschwitz and War Research Laboratories. Twenty Women Prisoners' Accounts*, San Francisco 1991, S. 222-230.

235 Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 1999, S. 491 f.; vgl. Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, hg. von Martin Broszat, München 1989, S. 181 f.

236 KL Auschwitz, Aufstellung der landwirtschaftlichen Kommandos, 23.3.1944, Kopie in: ZSL, 402 AR-Z 77/73, Bl. 103; vgl. Franciszek Piper, *Arbeitseinsatz der Häftlinge aus dem KL Auschwitz*, Oświęcim 1995, S. 189. In den Pflanzenzuchtstationen arbeiteten außerdem einige russische Wissenschaftler, die nicht den Status von Gefangenen hatten, darunter die Agronomen Popoff und Nikitin; vgl. Caesar, Bericht über die Maßnahmen, die Pflanze 4711 (Tarnbezeichnung für Kok-Sagys) betreffend, 14.8.1942, BA, NS 19/3920, Bl. 128.

237 Caesar an WVHA (Amt D II), 20.5.1944, Faksimile in: Zięba, Nebenlager Rajsko, S. 91. Darüber hinaus waren in Rajsko auch weibliche Häftlinge des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zur Ernte eingesetzt. Im Unterschied zu den in Rajsko untergebrachten Häftlingswissenschaftlerinnen mußten diese täglich von Birkenau dorthin marschieren; vgl. Aussage Joachim Caesar, 14.11.1961, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 43-49, Aussage Anna L., 14.12.1970, ebd., Bl. 253 ff., ferner Zięba, Nebenlager Rajsko, S. 82 f. Einer polnischen Überlebenden zufolge war es keine Seltenheit, daß dieses Kommando am Abend mit Toten nach Birkenau zurückkehrte; vgl. Aussage Stanisława S., 22.6.1971, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 227-231. Allerdings geht aus den Aussagen ehemaliger Häftlinge nicht eindeutig hervor, ob sich diese saisonalen Erntearbeiten auch auf die Kok-Sagys-Felder bezogen oder ausschließlich auf die dort ebenfalls befindliche Gärtnerei.

238 Vgl. die Aussagen Überlebender in: ZSL, 402 AR-Z 45/73.

239 Czech, *Kalendarium*, S. 234. Es war der erste Transport aus Frankreich, der auch weibliche jüdische Häftlinge umfaßte.

Existenzbedingungen bereits sehr geschwächt, hatte dann aber das Glück, zusammen mit zwei weiteren Wissenschaftlerinnen aus ihrem Transport aufgrund ihrer Qualifikation von der Tschechin Anny B., die Häftlingssekretärin von Caesar war, in die Pflanzenzuchtstation vermittelt zu werden.<sup>240</sup> Eva Tichauer (Jg. 1918) war am 25. September 1942 ebenfalls von Drancy nach Auschwitz deportiert worden. Von den insgesamt knapp 42 000 im Jahr 1942 aus Frankreich nach Auschwitz deportierten Juden überlebten nur 805 Männer und 21 Frauen, darunter Claudette Bloch und Eva Tichauer.<sup>241</sup>

Untergebracht waren die Häftlingswissenschaftlerinnen bis zur Verlegung des Frauenlagers nach Auschwitz-Birkenau Anfang August 1942 in der Frauenabteilung des Stammlagers Auschwitz. Selbst Kommandant Rudolf Höß bezeichnet die Existenzbedingungen in diesen beiden Lagerabschnitten in seinen autobiographischen Aufzeichnungen ausdrücklich als von Anbeginn „in jeder Hinsicht die schlechtesten“.<sup>242</sup> So wurden trotz der verhältnismäßig guten Arbeitsbedingungen in Rajsko bis November 1942 drei der insgesamt zehn namentlich bekannten Polinnen aus Ravensbrück Opfer der in diesem Zeitraum in Auschwitz wütenden Flecktyphusepidemie.<sup>243</sup> Auch Caesars Ehefrau starb am 10. Oktober an Flecktyphus, er selbst erkrankte wenige Tage später, was wahrscheinlich ausschlaggebend dafür war, daß er kurze Zeit darauf die Unterbringung der Kok-Sagys-Häftlinge im Stabsgebäude des KZ Auschwitz durchsetzte.<sup>244</sup> Ab Juni 1943 schließlich waren sie in einem speziell für diese Zwecke in Rajsko errichteten Lager, bestehend aus zwei Häftlingsbaracken, untergebracht, in dem bessere Existenzbedingungen herrschten als im Stammlager Auschwitz und in Birkenau. Einhellig berichten Überlebende, daß es in Rajsko die Möglichkeit gab, sich regelmäßig zu waschen, daß sie über saubere Kleidung verfügten und die Unterbringung verhältnismäßig erträglich war.<sup>245</sup> Ausschlaggebend dafür dürfte, wie bereits für die Verlegung nach Rajsko, die Angst vor ansteckenden Krankheiten gewesen sein. Auch gab es in Rajsko keine der in Birkenau üblichen regelmäßigen Selektionen für die Gaskammer. Allerdings blieb der Schutz nur ein

---

240 Interview mit Claudette Bloch-Kennedy, National Sound Archive London, C410/027/01-05. Für die Überlassung einer Zusammenfassung danken wir Susanne Heim. Vgl. Bericht Dr. Claudette Kennedy (verw. Bloch), in: Shelley (Hg.), *Criminal Experiments*, S. 153-174; Aussage Anna U. (damals B.), 24.2.1960, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 38-42.

241 Eva Tichauer, I was No. 20832 at Auschwitz, London 2000; zu den Zahlen für 1942: Serge Klarsfeld, *Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“* in Frankreich, Nördlingen 1989, S. 330 f.

242 Kommandant in Auschwitz, S. 117 f.; vgl. Irena Strzelecka, *Die Frauenabteilung im Stammlager*, in: *Hefte von Auschwitz* 20 (1997), S. 7-67. Aus der Fülle der Forschungsliteratur über Auschwitz hervorzuheben ist: Waclaw Długborski/Franciszek Piper (Hg.), *Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers*, 5 Bde., Oświęcim 1999 (faßt die intensiven polnischen Forschungen mehrerer Jahrzehnte zusammen); Hermann Langbein, *Menschen in Auschwitz*, Wien 1972.

243 Strzelecka, *Frauenabteilung*, S. 25. Caesar nennt für Mitte August 1942 lediglich acht Häftlingswissenschaftlerinnen; vgl. Caesar, *Bericht über die Maßnahmen, die Pflanze 4711 (Kok-Sagys) betreffend*, 14.8.1942, BA, NS 19/3920, Bl. 129.

244 SS-Personalakte Caesar, BA, BDC; Czech, *Kalendarium*, S. 319; Piper, *Arbeitseinsatz*, S. 189.

245 Aussage Jozefa K., 1.7.1971, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 218-221; Aussage Maria K., 5.8.1971, ebd., Bl. 232 ff.; Aussage Helena H., 1.7.1971, ebd., Bl. 238 ff.

sehr bedingter, da kranke Häftlinge nach Birkenau zurückgeschickt wurden.<sup>246</sup> Insgesamt gilt es zu berücksichtigen, daß die positiven Schilderungen stets im Gesamtzusammenhang mit den mörderischen Existenzbedingungen in Birkenau gesehen werden müssen, denen die weiblichen Häftlinge aufgrund ihrer Qualifikation auf ungewisse Zeit entkommen waren.

Auch wenn keine unmittelbaren Todesfälle im Nebenlager Rajsko überliefert sind, hatten die weiblichen Häftlinge dennoch unter Mißhandlungen und schweren Disziplinarstrafen (mehrständiges Strafestehen für das Pflücken von Obst und Gemüse, Zigarettenrauchen, Kochen oder ähnliches) durch SS-Aufseherinnen und SS-Männer zu leiden.<sup>247</sup> Claudette Bloch beispielsweise wurde im Mai 1943 für den Besitz einer Hose mit acht Tagen Arrest in einer Dunkelzelle bestraft.<sup>248</sup> In einem Fall hatte die Bestrafung tödliche Folgen. Die slowakische Jüdin Lilly Tofler – Häftling in Auschwitz seit Anfang April 1942 – wurde im September 1943 wegen illegaler Korrespondenz mit einem engen Familienangehörigen im Männerlager in Birkenau in den „Bunker“ gesperrt und wenige Tage später erschossen.<sup>249</sup>

Wann Böhme das erste Mal in Auschwitz erschien, ließ sich anhand der ausgewerteten Unterlagen nicht eindeutig klären. Zumindest wird das KWI für Züchtungsforschung in einem Bericht von Caesar über den Stand des Anbaus von Kok-Sagys in Rajsko von August 1942 als zuständig für die wissenschaftlichen züchterischen Arbeiten geführt.<sup>250</sup> In einem Schreiben von SS-Obersturmbannführer Heinrich Vogel (Chef des Amtes W 5 im WVHA) an Rudolf Brandt vom Juli 1943 ist von einer bereits „längeren Zusammenarbeit“ mit Böhme die Rede. Fest steht, daß Böhme zum 1. Mai 1943 als Fachführer im Rang eines Sturmbannführers in die SS aufgenommen und ihm gleichzeitig die Aufgabe übertragen wurde, von Müncheberg aus sämtliche nach Plänen von Caesar arbeitenden Stationen im Osten zu beaufsichtigen und die dort laufenden Arbeiten einheit-

---

246 Aussage Joachim Caesar, 14.11.1961, ebd., Bl. 43-49; vgl. die Aussage der polnischen Überlebenden Zenobia R., 15.6.1971, ebd., Bl. 248-252, sowie das Buch des Krankenreviers in Rajsko, wo sich hinter den Namen von drei im Juni 1943 an Flecktyphus erkrankten weiblichen Häftlingen der Vermerk „nach Birkenau“ findet; auszugsweiser Faksimile-Abdruck in: Zięba, Nebenlager Rajsko, S. 92 f.

247 Aussage Jozefa K., 1.7.1971, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 218-221; Aussage Ludmila R., 11.1.1971, ebd., Bl. 256-259; Tichauer, No. 20832, S. 68. Zu den als gefürchtet beschriebenen SS-Männern gehörte Thies Christophersen, der spätere Verfasser der revisionistischen Publikation „Die Auschwitz-Lüge“ (1972).

248 Bericht Claudette Kennedy (verw. Bloch), S. 163 f.; vgl. Czech, Kalendarium, S. 501 (dort Erwähnung ihrer Bunkerhaft vom 21. bis 29.5.1943).

249 Ebd., S. 604 f.; vgl. Aussage Irena Sch., 25.3.1972, ZSL, 402 AR-Z 45/73, Bl. 222-226.

250 Caesar, Bericht über die Maßnahmen, die Pflanze 4711 (Kok-Sagys) betreffend, 14.8.1942, BA, NS 19/3920, Bl. 133; vgl. Pohl an Himmler, betr. Kok-Sagys, 12.2.1943, BA, NS 19/2686, Bl. 1 ff. Inwieweit Böhme damit auch zuständig war für die in der Ukraine und in Weißrußland sowie die im Gebiet von Buszac und Tluste im Distrikt Galiziens übernommenen Anbauflächen, die – zumindest im letzten Fall – mit jüdischer Zwangsarbeit verbunden waren, konnte nicht geklärt werden. Zu Galizien vgl. Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 344 f.; Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996, S. 194.

lich auszurichten und zu fördern.<sup>251</sup> Bereits Mitte März 1943 hatte Caesar die dafür erforderlichen Besichtigungsvollmachten und Ausweise beantragt.<sup>252</sup> Im April 1944 schließlich siedelte Böhme ganz nach Auschwitz über, um dort das botanische Labor zu leiten.<sup>253</sup> Anlaß für diese offensichtlich von Institutsdirektor Rudolf mitgetragene Entscheidung waren die Bodenverhältnisse und der Arbeitskräftemangel in Müncheberg, die dem gewünschten schnellen Erfolg entgegenstanden.<sup>254</sup>

Verantwortlich für die Untersuchungen der Kok-Sagys-Pflanzen im Labor war Claudette Bloch. Sie berichtet, von Caesar einigermaßen protegiert worden zu sein, nicht zuletzt weil eine ihrer französischen Mithäftlinge im Pflanzenzuchtkommando, Bertha Falk, die Doktorarbeit für Caesars zweite Ehefrau schrieb.<sup>255</sup> Böhme hingegen habe das wissenschaftliche Niveau ihrer Arbeit für zu niedrig befunden und sie daraufhin von der Laborleiterin zur gewöhnlichen Assistentin herabgestuft. Außerdem habe sie sich einem Verhör durch die Lagergestapo – das sie als sehr hart bezeichnet – unterziehen müssen.<sup>256</sup> Auch Eva Tichauer erinnert sich an Böhme:

„Seine federleichten Schritte zwingen uns, ständig auf der Hut zu sein. Immer wieder steht er hinter uns und versucht alles zu kontrollieren und besteht darauf, daß es unsere Pflicht sei, ehrlich mitzuarbeiten und die volle Produktionsleistung zu erzielen. Diese verdrehte Logik treibt er auf die Spitze, indem er uns erklärt, daß er sich als Gefangener der Sowjets ebenso verhalten würde.“<sup>257</sup>

Mit der Räumung des Lagerkomplexes Auschwitz am 18. Januar 1945 endete Böhmes Aufenthalt in Rajsko und damit auch die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für das KWI für Züchtungsforschung.<sup>258</sup> Die Häftlinge des Pflanzenzuchtkommandos wurden nun mit „Evakuierungstransporten“ Richtung Westen getrieben. Größere Strecken dieser Todesmärsche mußten sie bei winterlicher Kälte zu Fuß, andere Etappen in offenen Güterwaggons zurücklegen. Zwei der

---

251 Vogel an Brandt, betr. Dr. Böhme, 1.7.1943, BA, NS 19/1802, Bl. 53; vgl. SS-Personalakte Werner Böhme, BA, BDC. Als Arbeitgeber wird in der SS-Personalakte Böhmes angegeben: „Abtl. Kautschukpfl. Kaiser-Wilhelm-Inst. Müncheberg“. Ihr ist außerdem zu entnehmen, daß Böhme von 1921 bis 1923 Mitglied eines Freikorps gewesen war und sich im Juli 1933 der SA angeschlossen hatte. Eine Mitgliedschaft in der NSDAP findet sich dort nicht vermerkt.

252 Caesar an Brandt, 19.3.1943, BA, NS 19/1920, Bl. 121.

253 SS-Personalakte Böhme, BA, BDC.

254 Vgl. Deichmann, *Kriegsbezogene Forschung*, S. 238, die sich auf folgende Unterlagen stützt: Stahl (Stabsführer der Dienststelle „Sonderbeauftragter für Pflanzenkautschuk“) an Himmler, 22.2.1944, BA, BDC, SS-HO 7139; Wilhelm Rudolf, Kurzer wissenschaftlicher Bericht an die DFG über das Jahr 1943/44, 11.4.1944, BA, R 73/14093, Bl. 9. Im April 1942 waren 50 % der wissenschaftlichen Mitarbeiter in Müncheberg zur Wehrmacht eingezogen; vgl. Rudolf an Generalverwaltung KWG, 13.4.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1084/6.

255 Obwohl die Doktorarbeit von Caesars Frau noch nicht abgeschlossen war, wurde Bertha Falk im Juli 1944 für drei Monate in die Frauen-Strafkompanie eingewiesen, weil sie ihre Freude über die bevorstehende Befreiung von Paris zu Papier gebracht hatte; vgl. Czech, *Kalendarium*, S. 264 und S. 813. Nach dem Bericht der Chemikerin Marie-Elisa Cohen war es Christophersen, der Falk deswegen denunzierte; Shelley (Hg.), *Criminal Experiments*, S. 175-184, hier: S. 182 f.

256 Interview mit Claudette Bloch-Kennedy, National Sound Archive London, C410/027/01-05.

257 Tichauer, No. 20832, S. 69 (Übersetzung aus dem Englischen, d. Verf.).

258 Angaben einer ehemaligen Mitarbeiterin zufolge wurde Böhme in Polen, kurz nachdem er Auschwitz verlassen hatte, erschlagen. Für den Hinweis darauf danken wir Susanne Heim.

aus Rajsco stammenden Frauen wurden unterwegs von SS-Männern erschossen; einigen anderen gelang die Flucht.<sup>259</sup> Die meisten jedoch gelangten nach diesen mörderischen Strapazen in das bereits vollkommen überfüllte Frauenlager des KZ Ravensbrück.<sup>260</sup>

#### *4.2 Wissenschaftlicher Häftlingseinsatz für das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie (KZ Flossenbürg)*

Bei der Kok-Sagys-Station in Auschwitz-Rajsco handelte es sich um einen Vorläufer des Einsatzes wissenschaftlich qualifizierter KZ-Häftlinge, an dem im weiteren Verlauf auch das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie beteiligt war. Im Mai 1944 ordnete Himmler die Systematisierung des „wissenschaftlichen Häftlingseinsatzes“ an:

„Unter den Juden, die wir jetzt aus Ungarn hereinbekommen, sowie auch sonst unter unseren Konzentrationslager-Häftlingen gibt es ohne Zweifel eine ganze Menge von Physikern, Chemikern und sonstigen Wissenschaftlern. Ich beauftrage den SS-Obergruppenführer Pohl, in einem Konzentrationslager eine wissenschaftliche Forschungsstätte einzurichten, in der das Fachwissen dieser Leute für das menschenbeanspruchende und zeitraubende Ausrechnen von Formeln, [die] Ausarbeitung von Einzelkonstruktionen, sowie aber auch zu Grundlagen-Forschungen angesetzt wird.“<sup>261</sup>

Mit der wissenschaftlichen Umsetzung beauftragte Himmler das SS-Ahnenerbe, namentlich das dort angesiedelte Institut für wehrwissenschaftliche Zweckforschung (IwZ), das in Zusammenarbeit mit dem RSHA die von der Wissenschaft und Rüstungsindustrie als vordringlich erachteten Aufträge einholen sollte. Die Gesamtverantwortung übertrug er dem Chef des WVHA, Oswald Pohl, die wissenschaftliche Leitung dem stellvertretenden Generalsekretär des SS-Ahnenerbes, SS-Oberführer Walter Wüst.<sup>262</sup>

Unter Wissenschaftlern stießen Himmlers Pläne einer systematischen wissenschaftlichen KZ-Zwangsarbeit auf Wohlwollen. Ende August teilte Professor Walther Gerlach von der Technischen Hochschule München, Bevollmächtigter für kernphysikalische Forschung und Leiter der Fachsparte Physik im RFR, dem Generalsekretär des SS-Ahnenerbes und Stellvertreter Mentzels im Geschäftsführenden Beirat des RFR, Wolfram Sievers, mit:

259 Zięba, Nebenlager Rajsco, S. 94, sowie mehrere Aussagen polnischer Überlebender in: ZSL, 402 AR-Z 45/73.

260 Vgl. die Aussagen Überlebender ebd.; zu den Todesmärschen: Andrzej Strzelecki, Endphase des KL Auschwitz. Evakuierung, Liquidierung und Befreiung des Lagers, Oświęcim 1995, S. 141-242; zu den letzten Monaten und Wochen, in denen das KZ Ravensbrück mit dem Einsatz einer Gaskammer den Charakter eines Vernichtungslagers bekam: Bernhard Strebel, Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn 2003, S. 459-504.

261 Himmler an Pohl, 25.5.1944, Nürnberg. Dok. NO-640.

262 Grundlegend zum „Ahnenerbe“: Michael H. Kater, Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, München 1997, darin (S. 227-264) die bislang ausführlichste Behandlung des IwZ, das aus Mitteln der SS finanziert wurde. Die Häftlinge und die Logistik der Konzentrationslager stellte das WVHA zur Verfügung.

„Mit Interesse nahm ich die Ausführungen Ihres Briefes vom 21. August 1944 zur Kenntnis. Ich begrüße das Bestreben, das Fachwissen der in Konzentrationslagern sitzenden Wissenschaftler für die Grundlagenforschung einzusetzen, und habe in diesem Sinne mit Dr. Graue gesprochen.“<sup>263</sup>

Im folgenden kam es zu zwei Initiativen, die von Berlin und Krakau ausgingen und sich bis Kriegsende unabhängig voneinander entwickelten. In Berlin war es der im Zusammenhang mit dem KZ-Außenlager Falkenhagen bereits erwähnte SS-Hauptsturmführer Dr. Helmuth Fischer vom RSHA (Amt III C Nat.), der vorschlug, im Konzentrationslager Sachsenhausen ein mathematisches Recheninstitut einzurichten, das Mitte November 1944 mit zehn Häftlingen seine Arbeit aufnahm.<sup>264</sup>

Die zweite Initiative, zu deren Nutznießern auch das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie gehörte, ging maßgeblich vom Höheren SS- und Polizeiführer SS im Generalgouvernement, SS-Obergruppenführer Wilhelm Koppe, aus. Er ließ im Frühsommer 1944 im KZ Płaszów ein weiteres Mathematikerkommando sowie ein Chemiker- und ein Ingenieurs- und Erfinderkommando aus Häftlingen zusammenstellen.<sup>265</sup> Organisatorisch waren sie in die Tätigkeiten des Institutes für deutsche Ostarbeit (IdO) in Krakau eingebunden.<sup>266</sup> Verantwortlich für die letztgenannten Wissenschaftlerkommandos waren der Chemiker Dr. Hans-Paul Müller, seit 1943 stellvertretender Leiter der Sektion Chemie am IdO, und in organisatorischer Hinsicht der „Beauftragte des OKW (Allgemeines Wehrmachtsamt/Abteilung Wissenschaft) und Reichsforschungsrats“ beim IdO, Dr. Erich Pietsch.<sup>267</sup> Anfang September 1944, als das IdO wegen der heranahenden Roten Armee von Krakau nach Schloß Zandt in der Oberpfalz ver-

---

263 Gerlach an Sievers, 29.8.1944, Nürnbn. Dok. NO-640. Nach Fischer (Feuerwehr für die Forschung, S. 31) waren Gerlach und Thiessen die eigentlichen Träger im RFR und arbeiteten freundschaftlich zusammen. Georg Graue war Thiessens Stellvertreter im KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie und außerdem Leiter der Kriegswirtschaftsstelle des RFR; vgl. ebd., S. 20.

264 Karl-Heinz Boseck (Leiter der „mathematischen Abteilung“ in Sachsenhausen), Berichte für die Monate November und Dezember, 29.11.1944 und 28.12.1944, Nürnbn. Dok. NO-640.

265 Zumindest in deutscher, englischer oder französischer Sprache liegt bislang keine Darstellung über Płaszów vor, dessen Geschichte im Oktober 1942 als größtes Zwangsarbeitslager für Juden im Distrikt Lublin begann. Anfang 1944 wurde es zu einem eigenständigen Konzentrationslager; vgl. Dieter Pohl, Die großen Zwangsarbeitslager der SS- und Polizeiführer für Juden im Generalgouvernement 1942–1945, in: Herbert/Orth/Dieckmann (Hg.), Konzentrationslager, S. 415–438, hier: S. 420 ff. und 429; Orth, System der Konzentrationslager, S. 208–213.

266 Das IdO wurde 1940 in der geschlossenen polnischen Universität Krakau gegründet und diente zunächst der „wissenschaftlichen“ Untermauerung der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa. Nach der Reorganisation im Frühjahr 1943 wurden vornehmlich rüstungswirtschaftliche Forschungsaufträge der Wehrmacht bearbeitet. Gleichzeitig wurde das IdO zur Auffangstelle für zahlreiche ins Generalgouvernement verlegte wehrwissenschaftliche Institute aus den frontnahen Gebieten der besetzten Sowjetunion; vgl. dazu etwa Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988, S. 253–290.

267 Hans-Paul Müller (Jg. 1902), 1928–1935 Betriebsführer des IG-Farben-Werkes Eberfeld, NSDAP-Mitglied seit 1937, seit 1935 Lehrer für Kampfstoffchemie, 1942/43 Wehrmacht (Heeres-Sanitätsstelle Berlin); vgl. Personalbogen Hans-Paul Müller, BA, R 52 IV/70, Bl. 277–285, sowie Eibl, Thiessen, S. 160 f. Zur Stellung von Pietsch vgl. Vereinbarung zwischen Pohl und Koppe (auszugsweise Abschrift), undatiert, BA, NS 21/845 (= Nürnbn. Dok. NO-640).

lagert wurde, genehmigte Himmler die Verlegung des Chemiker- sowie des Ingenieurs- und Erfinderkommandos nach Flossenbürg, die Mitte Oktober 1944 erfolgte.<sup>268</sup> Ein Teil des Ingenieurs- und Erfinderkommandos wurde Mitte November 1944 wieder nach Krakau zurückbeordert und dort im Gebäude der Staatlichen Materialprüfungsstelle als Außenstelle des KZ Płaszów untergebracht.<sup>269</sup> Das in Flossenbürg verbliebene Chemikerkommando umfaßte Mitte April 1945 22 Häftlinge.<sup>270</sup>

Bei den Forschungen in Flossenbürg ging es unter anderem um den Bau des Gerätes E O 2, eine Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Oberkommando der Marine (OKM) und dem KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, wie einem „Bericht über den Stand der Arbeiten der wissenschaftlichen Häftlingsgruppen im KL Flossenbürg“ von Mitte Dezember 1944 zu entnehmen ist. Pietsch setzte darin die beteiligten Institutionen und Personen, Dr. Lorenz vom OKM, Dr. Beyer (vom OKW, Allgemeines Wehrmachtsamt/Abteilung Wissenschaft) und Professor Mentzel (vom RFR) sowie Professor Thiessen als Fachspartenleiter im RFR und Professor August Winkel als Abteilungsleiter im KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, darüber in Kenntnis, daß nach eingehender Rücksprache mit dem Kommandanten des KZ Flossenbürg, SS-Obersturmbannführer Max Koegel, und dessen Arbeitseinsatzleiter mit dem Bau des ersten Versuchsgerätes begonnen worden war.<sup>271</sup> Im Dezember 1944 kam es außerdem zu einer Reihe von Besprechungen, unter anderem zwischen Pietsch und Thiessen, bei denen noch einmal bekräftigt wurde, „ein möglichst intensiver Einsatz der wissenschaftlichen Häftlinge in den KL Płaszów (bzw. Krakau-Stadt) und Flossenbürg“ sei wünschenswert. Im Nachgang informierte Pietsch die Beteiligten (darunter Thiessen) erneut über den Stand der Dinge für alle drei Wissenschaftlerkommandos und die ins Auge gefaßten Planungen.<sup>272</sup>

---

268 Brandt an Koppe (Übermittlung der Zustimmung Himmlers), 9.9.1944, BA, NS 19/2586, Bl. 6; Nummernbuch KL Flossenbürg, Kopie in der Gedenkstätte Flossenbürg. Eine Gesamtdarstellung für dieses KZ liegt bislang nicht vor. Einen Überblick vermittelt der Aufsatz von Toni Siegert, Das Konzentrationslager Flossenbürg. Ein Lager für sogenannte Asoziale und Kriminelle, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. II: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München 1979, S. 429-492.

269 Im Nummernbuch des KL Flossenbürg finden sich Einträge, nach denen mindestens acht der am 15.10. aus Płaszów gekommenen Häftlinge am 13.11.1944 wieder dorthin zurückgebracht wurden. Das weitere Schicksal des Ingenieurs- und Erfinderkommandos läßt sich aus den nur bruchstückhaft erhaltenen Unterlagen nicht mehr rekonstruieren.

270 KL Flossenbürg, Arbeitseinteilung am 13.4.1945, Abschrift in: Hans Brenner, Zur Rolle der Außenkommandos des KZ Flossenbürg im System der staatsmonopolistischen Rüstungswirtschaft des faschistischen deutschen Imperialismus und im antifaschistischen Widerstandskampf 1942-1945, Diss. phil., Dresden 1982, S. 423.

271 Pietsch, Bericht über den Stand der wissenschaftlichen Häftlingsgruppen im KL Flossenbürg, 16.12.1944, BA, NS 21/845 (= Nürnbg. Dok. NO-4411), auszugsweise zit. in: Eibl, Thiessen, S. 160. Die Beteiligung Winkels läßt auf einen Zusammenhang mit Kampfgasforschungen schließen; die Tatsache, daß in der Konstruktionsbeschreibung von Luftfiltern, Luftverteiltern, Reaktionsmassen und Füllmaterial die Rede ist, läßt vermuten, daß es sich bei dem Gerät E O 2 um einen Gasschutzfilter handelte. Winkel war Experte für Kampfgasforschung und Abteilungsleiter am KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie. Seit Februar 1931 war er Mitglied der NSDAP, seit Oktober gleichen Jahres Mitglied der SS; vgl. SS-Personalakte Winkel, BA, BDC; Eibl, Thiessen, S. 153; Deichmann, Kriegsbezogene Forschung, S. 242.

272 Vermerk Pietsch, betr. Häftlinge im wissenschaftlichen Einsatz, 6.1.1945, BA, NS 21/845 (= Nürnbg. Dok. NO-4429), auszugsweise zit. in: Eibl, Thiessen, S. 161. Zuvor war es bereits zu mindestens zwei Kooperationen zwischen Pietsch und Thiessen gekommen, bei denen es

Der Bericht des polnischen Juden Henry (Mordko) Orenstein (Jg. 1923), dessen ältere Brüder Fred und Felek zum Chemikerkommando gehörten, ist das bislang einzige bekannte Zeugnis, das Auskunft gibt, wie die betroffenen Häftlinge die Haft- und Arbeitsbedingungen in den Wissenschaftlerkommandos wahrnahmen.<sup>273</sup> In der Befürchtung, daß ihre Ermordung nur eine Frage der Zeit sein würde, hatten er und seine drei älteren Brüder sich im Januar 1944 im Zwangsarbeitslager für Juden (ZAL) in Budzyn auf einen Aufruf hin gemeldet, nach dem sich alle „jüdischen Wissenschaftler, Erfinder, Chemiker und Mathematiker“ unverzüglich registrieren lassen sollten, obwohl keiner von ihnen über eine der erforderlichen Qualifikationen verfügte.<sup>274</sup> Während die achtzehnjährige Schwester in Budzyn zurückbleiben mußte, wurden die vier Brüder zusammen mit weiteren „Spezialisten“ im März 1944 zunächst nach Majdanek und einen Monat später nach Płaszów transportiert. Erst Anfang Juni wurden sie dort von einer Kommission deutscher Wissenschaftler einer Prüfung unterzogen, die zum Glück der Häftlinge sehr oberflächlich ausfiel. Nach diesen Prüfungen wurden die wissenschaftlichen Arbeitskommandos zusammengestellt. Henry Orenstein und sein Bruder Sam (Szloma) wurden dem Mathematikerkommando zugewiesen, das unter anderem für Forschungen an der TU Darmstadt und in der Rüstungsindustrie Berechnungen vornehmen mußte.<sup>275</sup> Die beiden anderen Brüder, Felek und Fred, kamen in das Chemikerkommando. Nach der Verlegung des Mathematikerkommandos in das Männerlager des KZ Ravensbrück<sup>276</sup> und der anderen Kommandos nach Flossenbürg verloren sich die Brüder aus den Augen. Die 22 Häftlinge des Chemikerkommandos in Flossenbürg wurden Mitte April 1945 zusammen mit weiteren jüdischen Häftlingen auf einen Evakuierungstransport nach Dachau geschickt. Der Zug wurde mehrmals von alliierten Fliegern angegriffen. Felek Orenstein erlitt dabei einen Knieschuß und wurde kurz darauf zusammen mit etwa 130 weiteren verletzten Häftlingen als „marschunfähig“ von der SS erschossen. Die übrigen Häftlinge wurden zu Fuß weitergetrieben. Einige Tage später befreiten amerikanische Truppen die vollkommen erschöpfte Häftlingskolonne, darunter auch Fred Orenstein.<sup>277</sup>

---

1943/44 um die „Sicherstellung“ von Forschungsmaterial aus der Ukraine und Italien ging; vgl. Heim, „Reine Luft“, S. 30 f., die Pietsch sogar als Thiessens „Beauftragten“ bezeichnet.

273 Henry Orenstein, *I Shall Live. Surviving the Holocaust 1939–1945*, Oxford 1988. Wir danken Henry Orenstein, der nach dem Krieg in die USA emigrierte, für seine hilfreiche Unterstützung. Die folgende Darstellung beruht auf seinem Bericht.

274 Die Geschwister Orenstein waren von der sogenannten Aktion Erntefest, der Ermordung fast aller Juden (42 000) aus der Umgegend von Lublin in Majdanek, Poniatowa und Trawniki am 3./4. November 1943 ausgenommen geblieben, da das ZAL Budzyn dem Aufbau und Betrieb der dortigen Heinkel-Flugzeugwerke diente. Ihre Eltern waren bereits im Oktober 1942 bei einer Massenerschießung ermordet worden.

275 Vermerk Sievers über das Institut für deutsche Ostarbeit, 24.11.1944, Nürnrb. Dok. NO-640; zum allgemeinen Hintergrund vgl. Moritz Epple/Volker Remmert, „Eine ungeahnte Synthese zwischen reiner und angewandter Mathematik“. Kriegsrelevante mathematische Forschung in Deutschland während des II. Weltkrieges, in: Kaufmann (Hg.), *Geschichte*, S. 258-295.

276 Zur Geschichte des Männerlagers vgl. Strebel, Ravensbrück, S. 289-319. Im Zuge der weitgehenden „Evakuierung“ des Männerlagers Anfang März 1945 gelangte das Mathematikerkommando schließlich nach Sachsenhausen. Alle acht Häftlinge überlebten.

277 Orenstein, *I Shall Live*, S. 262 ff.; vgl. Siegert, Flossenbürg, S. 482.

## VI. ZUSAMMENFASSUNG UND OFFENE FRAGEN

Der vorliegende Überblick kann nur eine erste Bestandsaufnahme sein. Die Möglichkeiten der Darstellung sind maßgeblich durch den Umfang der erhaltenen Quellen und deren Beschaffenheit bedingt. Als wesentliches Manko muß vor allem der Umstand genannt werden, daß es nicht möglich war, die Situation, geschweige denn die Sichtweise der betroffenen Zwangsarbeiter zu erschließen, die KZ-Häftlinge in gewissem Sinne ausgenommen. Der Blick auf Formen der Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der KWG bleibt damit weitgehend auf die Perspektive beschränkt, wie sie sich aus der höchst fragmentarischen archivarischen Hinterlassenschaft der KWG und ihrer Institute ergibt.

Insgesamt lassen sich folgende Gruppen von Zwangsarbeitern nachweisen: polnische und holländische Zivilarbeiter und „Ostarbeiter“, polnische, sowjetische, französische, serbische und amerikanische Kriegsgefangene, deutsche Strafgefangene sowie österreichische „Halbjuden und jüdisch Versippte“, Slowenen, die sich ihrer „Eindeutschung“ widersetzt hatten, und nicht zuletzt KZ-Häftlinge. Hinzu kommen polnische, slowakische, italienische und ungarische bzw. jugoslawische Wanderarbeiter, bei denen die Bezeichnung „Zwangsarbeiter“ insbesondere im Vergleich mit den zuvor genannten Gruppen problematisch ist. Gleiches gilt für die west- und osteuropäischen wissenschaftlichen Hilfskräfte und wissenschaftlichen Angestellten, ausgenommen die KZ-Häftlinge. Fest steht außerdem, daß sich die KWG und einzelne Institute, insbesondere für Bauarbeiten, um mehr Zwangsarbeitskräfte bemühten, als sie bekommen konnten.

Etwa die Hälfte (73 von 144) der auf dem Versuchsgut Rosenhof beschäftigten ausländischen Zivilarbeiter sind zweifelsohne als Zwangsarbeitskräfte zu bezeichnen. Das gut dokumentierte Beispiel macht deutlich, daß der Übergang zwischen Wanderarbeit und Zwangsarbeit fließend war und es sich ab 1942 nahezu ausschließlich um Zwangsarbeit handelte. Dieser Befund dürfte auch auf die anderen landwirtschaftlichen Versuchsgüter der KWG zu übertragen sein. Das Beispiel Rosenhof zeigt außerdem, daß sich die Situation im Verlauf des Krieges auch für die Wanderarbeiter verschärfte. Auf dem Versuchsgut in Laukischken, das seit 1941 bestand, waren im April 1944 68 ausländische Zivilarbeiter sowie zehn sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt. Da es sich ebenfalls um einen landwirtschaftlichen Betrieb handelte, ist analog zum Rosenhof davon auszugehen, daß es vornehmlich saisonale Arbeitskräfte waren. Somit wäre die Zahl von 1944 für dieses Versuchsgut mit dem Faktor drei zu multiplizieren, was eine vorsichtig geschätzte Zahl von insgesamt etwa 200 bis 250 Zwangsarbeitskräften ergibt. Für das ebenfalls 1941 eingerichtete Versuchsgut Kleinau des Instituts für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft ist lediglich überliefert, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitskräfte aus dem Ausland kam, ohne nähere Angaben zu ihrer Zahl. Legt man den unteren Wert der zum gleichen Zeitpunkt auf dem Rosenhof anwesenden ausländischen Arbeitskräfte (20) zugrunde, wären dies für die Jahre 1942 bis 1944 etwa 60 Zwangsbeschäftigte. Für das Versuchsgut Rotes Luch lassen sich sechs „Ostarbeiterinnen“ sowie mindestens 35 slowenische Zwangsarbeiter nachweisen, für die Versuchsgüter Dummerstorf und Hohen Schwarfs mindestens 224 Zwangsarbeiter, und für das Versuchsgut Tuttenhof bei Wien mindestens acht „Ostarbeiter“ und acht „Halbjuden und jüdisch Versippte“. Hinzu kommen die KZ-Häftlinge in Falken-

hagen (etwa 100) und Rajsco (ebenfalls mindestens 100 weibliche Häftlinge) sowie die 22 Häftlinge des Chemikerkommandos in Flossenbürg.

Zusammen ergibt sich für die genannten Institute eine Gesamtzahl von rund 860 Zwangsarbeitskräften. Bei den Verlagerungen werden zumeist keine Zahlenangaben gemacht. Eine Schätzung von insgesamt 100 Zwangsarbeitskräften – ausgenommen Falkenhagen – dürfte sich an der unteren Grenze bewegen. Darüber hinaus muß davon ausgegangen werden, daß es weitere Formen der Zwangsarbeit gegeben hat, die ähnlich wie in Falkenhagen über Subunternehmen (Bau- oder Handwerksfirmen) abgerechnet wurden und somit nicht in den Unterlagen der KWG erscheinen. Insgesamt dürfte bei Berücksichtigung aller begrifflichen Unsicherheiten und der fragmentarischen Quellenlage eine Gesamtzahl von etwa 1 000 Zwangsarbeitern (mit offener Grenze nach oben) realistisch sein.<sup>278</sup> Unterschieden nach einzelnen Instituten gestaltet sich die Bilanz wie folgt: KWI für Züchtungsforschung – etwa 440 Zwangsarbeitskräfte, KWI für Tierzuchtfor- schung – mindestens 224, KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie – etwa 120, Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft – 60 und KWI für Kulturpflanzenforschung – 16.<sup>279</sup>

Allerdings gilt es bei dieser auf den ersten Blick hohen Zahl von Zwangsarbeitskräften, die nur knapp unter der Gesamtzahl der KWG-Beschäftigten von 1933 liegt, zwei entscheidende Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen handelt es sich um die Zahl aller während des Krieges beschäftigten Zwangsarbeiter. Die Anzahl derer, die zur gleichen Zeit für Forschungseinrichtungen der KWG Zwangsarbeit leisten mußten, dürfte zu keinem Zeitpunkt wesentlich höher als etwa ein Viertel der Gesamtzahl betragen haben. Hinzu kommt, daß die in der Landwirtschaft vorherrschende Saisonarbeit mit einer großen Fluktuation unter den Arbeitskräften verbunden war. Zum anderen waren die Einsatzzeiten der Zwangsarbeitskräfte äußerst unterschiedlich; die Dauer variierte zwischen einigen Tagen, wie beim Großteil der Verlagerungen, einigen Wochen oder Monaten und mehreren Jahren, wie beispielsweise im Fall Rajsco.

Einen Sonderfall stellten die wissenschaftlich qualifizierten und entsprechend tätigen Kräfte dar. Auch wenn sie ursprünglich als Kriegsgefangene nach Deutschland gekommen oder als Zivilarbeiter aus ihren Heimatländern deportiert worden waren, glich ihr Status, wenn sie erst einmal ihre Tätigkeit in einem Kaiser-Wilhelm-Institut aufgenommen hatten, eher dem eines zivilen Angestellten als dem eines Zwangsarbeiters, wenngleich sie den für „Fremdarbeiter“ geltenden Richtlinien des NS-Staates unterstanden. Die Institutsunterlagen deuten auf ein recht kollegiales Verhältnis zwischen den zwangsrekrutierten Wissenschaftlern aus Westeuropa und den deutschen Institutsmitarbeitern hin. Zumindest sprechen die Beispiele der beiden Holländer Alex van B. und Gerrit W. und des aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Franzosen Dr. Jean Le C. dafür. Die Bemühungen um die Haftentlassung des französischen Biologen Pierre B. und dessen Anstellung an der Biologischen Station Lunz sprechen – abgesehen davon, daß man natürlich froh war über jede zusätzliche wissenschaftliche Arbeitskraft – ebenfalls für eine gewisse professionelle Loyalität zwischen den

---

278 Nicht berücksichtigt in dieser Zahl ist die AVA mit mindestens 40 Zwangsarbeitskräften.

279 In dieser Bilanz nicht enthalten sind die Verlagerungen, bei denen – ausgenommen Falken- hagen – in Ermangelung konkreter Zahlen keine genauere Einschätzung möglich ist.

deutschen Wissenschaftlern der KWG und ihren westeuropäischen Kollegen. Der Leiter der Biologischen Station Lunz, Professor Franz Ruttner, bat Telschow im Sommer 1943 gar, seitens der KWG einen Druckkostenzuschuß für eine geplante Publikation von Pierre B. zur Verfügung zu stellen. So weit mochte die Generalverwaltung dann aber doch nicht gehen. In seinem Ablehnungsbescheid ließ Telschow wissen: „Bei aller Würdigung der wissenschaftlichen Arbeit des Franzosen können wir doch im gegenwärtigen Augenblick nicht offiziell durch die Leitung der K.-W.-G. einen Druckkostenzuschuß für die Veröffentlichung zur Verfügung stellen.“ In einer Erwiderung an Telschow bemerkte der enttäuschte Ruttner in Anspielung auf die Europa-Rhetorik der Nationalsozialisten, er bedauere die Absage, da er der Ansicht sei, „daß wir jetzt, im Zeichen der werdenden europäischen Gemeinschaft, die Franzosen nicht mehr als unsere Feinde betrachten sollten“.<sup>280</sup>

Interessant wäre in diesem Zusammenhang sicherlich ein Vergleich der Arbeitsbedingungen westeuropäischer Fachkräfte und Wissenschaftler mit denen jener Wissenschaftler, die aus den besetzten Ostgebieten nach Deutschland gebracht wurden. Der letztgenannte Themenbereich konnte im Rahmen dieses Überblicks nur gestreift werden. Hier besteht noch Forschungsbedarf.

Nur in wenigen Fällen liegen konkrete Angaben zur Entlohnung der Zwangsarbeiter vor.<sup>281</sup> Am KWI für Tierzuchtforschung in Dummerstorf erhielten im Juli 1940 männliche Wanderarbeiter als Lohn 0,25 RM pro Stunde einschließlich Unterkunft, polnische Zivilarbeiterinnen 0,18 RM pro Stunde bei freier Unterkunft und polnische Kriegsgefangene täglich 1,85 RM.<sup>282</sup> Ob diese Beträge tatsächlich in voller Höhe ausgezahlt wurden, ist jedoch fraglich. Russische Haushaltshilfen etwa, die in den Haushalten deutscher Wissenschaftler in Laukischken arbeiten mußten, erhielten nominell einen Tageslohn von 2,13 RM. Von diesem wurden jedoch 1,50 RM als Verpflegungsgeld und 0,13 RM für die Sozialversicherung abgezogen. Es blieb ihnen mithin lediglich ein Tageslohn von 50 Pfennig.<sup>283</sup> Ob dieser ihnen in Gänze ausgezahlt wurde (und ob sie Sparkonten o. ä. anlegen und die Beträge in ihre Herkunftsländer überweisen konnten) oder nicht noch ein weiterer Teil für die Unterkunft abgezogen wurde, geht aus den Akten nicht hervor.

Für den Rosenhof ist überliefert, daß die amerikanische Militärregierung das Institut Ende Mai 1945 aufforderte, die den polnischen Arbeitern zustehenden Restlöhne auszuzahlen:

„Bei den ersten 17 Namen auf der beigelegten Liste handelt es sich um Arbeiter polnischer Nationalität, die beim Kaiser-Wilhelm-Institut vom 8. Mai 1944 bis zum 11. Dezember 1944 beschäftigt waren. Während dieser Zeit wurden sie mit 26 Pfen-

---

280 Telschow an Ruttner, 4.9.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2249/4; Ruttner an KWG, 21.9.1943, ebd.

281 Ausführlich zur Entlohnung der verschiedenen Gruppen von Zwangsarbeitskräften vgl. Kuczynski, Entschädigungsansprüche.

282 Personalliste KWI für Tierzuchtforschung Dummerstorf, undatiert (1940), BA, R 2301/3201, Bl. 243 ff.

283 Bericht zur Buchprüfung der Zweigstelle Laukischken durch die Generalverwaltung, 27.4.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2723/2.

nig pro Stunde bei einem zehnstündigen Arbeitstag bezahlt, anstatt mit 65 Pfennig pro Stunde. Die Militärregierung hält es für selbstverständlich, daß das Kaiser-Wilhelm-Institut die Differenz [...] auszahlt.“<sup>284</sup>

Weitere Unterlagen lassen darauf schließen, daß das Institut dieser Forderung nachkam.<sup>285</sup>

Einfach zu beantworten ist die Frage der Entlohnung bei KZ-Häftlingen. Hier hatten die „Arbeitgeber“ für männliche Häftlinge ein „Tagesentgelt“ von 4 RM (Hilfsarbeiter) und 6 RM (Facharbeiter) zu entrichten, das an die SS-Lagerverwaltungen gezahlt und letztlich an das Reich abgeführt wurde.<sup>286</sup> Für die weiblichen Häftlinge in Rajsko ist anzunehmen, daß sich das „Tagesentgelt“ an den Sätzen der SS-eigenen Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH orientierte und 1,50 RM pro Kopf betrug.<sup>287</sup> Die Häftlinge sahen davon in keinem Fall auch nur einen Pfennig.

Über die Haltung der Generalverwaltung sind, nicht zuletzt aufgrund der äußerst lückenhaften Unterlagen, kaum Aussagen möglich. Es ist davon auszugehen, daß sie über Umfang und Art der Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der KWG im wesentlichen informiert war. In zwei Fällen (KWI für Tierzuchtforschung in Dummerstorf und KWI für Bastfaserforschung in Mährisch-Schönberg) ist überliefert, daß sie, namentlich Telschow und Forstmann, den Instituten nicht nur mehrfach mit Nachdruck die Beschäftigung von ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen empfahl, sondern darüber hinaus ihre guten Kontakte zu den höheren Reichsbehörden unter Betonung der Kriegswichtigkeit der jeweiligen Forschungen nutzte, um die Zuweisung von Zwangsarbeitern sicherzustellen. Bei den Verlagerungen von Kaiser-Wilhelm-Instituten ab Ende 1943 bekamen die Direktoren von der Generalverwaltung weitgehend freie Hand, konnten bei Komplikationen aber auf deren tatkräftige Unterstützung zählen.<sup>288</sup>

Für eine verhältnismäßig große Autonomie der einzelnen Institute spricht auch der generelle Befund, daß es beim Zugriff auf Zwangsarbeit ganz offensichtlich große Unterschiede unter den einzelnen Instituten gab. Im groben lassen sich drei Gruppen unterscheiden:

1. Institute, bei denen keine Hinweise auf Formen der Zwangsarbeit gefunden werden konnten. In einigen Fällen kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß diese Institute keine Zwangsarbeitskräfte be-

284 Military Government, Detachment II E2 an KWI Ladenburg, 25.5.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 51, Nr. 16 (Übersetzung aus dem Englischen durch d. Verf.).

285 Nachzahlung für polnische Landarbeiter, undatiert (Ende Mai 1945), ebd.

286 Falkenhagen: WVHA (Amt D II) an Bauleitung Falkenhagen, betr. Einsatz von Häftlingen, 31.7.1943, Nürnbg. Dok. NI-14291; Rechnung Luranil Baugesellschaft an KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, 28.2.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1190/5; wissenschaftlicher Häftlingseinsatz: Walter (Kurt Walter, Leiter des Mathematikerkommandos in Płaszów/Ravensbrück) an IdO (Schloß Zandt), 2.1.1945, BA, R 52 IV/133, Bl. 180.

287 WVHA/D II, Häftlingsentgelt für SS-Wirtschaftsbetriebe, 10.2.1944, BA, NS 3/176, Bl. 115.

288 Zehn Jahre später hob das damalige Senatsmitglied Dr. Wilhelm Bötzkes, zugleich Schatzmeister der KWG, Telschows Verdienste bei den Institutsverlagerungen aus Anlaß von dessen 65. Geburtstag lobend hervor, ohne die Umstände zu benennen, unter denen diese teilweise realisiert worden waren; vgl. Werner Bötzkes, Der Weg zur Max-Planck-Gesellschaft, in: Rajewsky/Schreiber (Hg.), Forschung der letzten Dezennien, S. 102 f., hier: S. 102.

- schäftigten (z. B. beim KWI für Kohlenforschung). In der Mehrzahl der Fälle muß dieser Befund jedoch als vorläufig gelten.
2. Institute, die in Einzelfällen auf Zwangsarbeit zurückgriffen (z. B. KWI für Bastfaserforschung, KWI für Metallforschung, Arbeitsstätte für Virusforschung und KWI für Biophysik).
  3. Institute, die in verhältnismäßig großem Umfang auf Zwangsarbeit zurückgriffen (KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, KWI für Züchtungsforschung und KWI für Tierzuchtforschung, Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und KWI für Kulturpflanzenforschung sowie die AVA).

Das KWI für Züchtungsforschung und das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie ragen deutlich heraus. Die dort überlieferten Formen der Zwangsarbeit weisen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten auf, nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der beiden Institute. Diese näher zu ergründen, würde weitergehende Forschungen zur Geschichte der Institute in der NS-Zeit und dem vielschichtigen Netz struktureller, institutioneller und nicht zuletzt personeller Verflechtungen erfordern, vor dessen Hintergrund beide Institute schließlich zu Nutznießern der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen wurden. Feststehen dürfte, daß die Direktoren und die beteiligten Wissenschaftler beider Institute über den Einsatz der KZ-Häftlinge informiert und offensichtlich damit einverstanden waren. Die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in Falkenhagen und im Flossenbürger Chemikerkommando für das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie im Rahmen der Kampfgasforschung wäre kaum möglich gewesen ohne den Einsatz seines Direktors Thiessen, jenes „alten“ nationalsozialistischen Aktivisten, der seit 1937 Fachspartenleiter im RFR und dort einflußreichster Mann hinsichtlich der Forschungsförderung im Bereich Chemie war. Der Direktor des KWI für Züchtungsforschung Rudolf und sein Assistent Böhme gingen in der Kautschukforschung ebenfalls eine enge Kooperation mit der SS ein. Welcher Stellenwert den jeweils dahinterstehenden Projekten – auch im Vergleich zu anderen „kriegswichtigen“ Forschungen – zugemessen wurde, wäre ebenso noch zu klären wie die Frage, welche Rolle die – durchaus unterschiedlich ausgeprägte – ideologische Nähe der beteiligten Wissenschaftler zum NS-Regime spielte und in welchem Verhältnis diese zu deren wissenschaftlichen, karrieretechnischen oder anderweitigen Ambitionen stand.

Die Aktenüberlieferung bei diesen beiden Instituten, aber auch den meisten anderen Beispielen deutet darauf hin, daß der Umgang mit Zwangsarbeitskräften im wesentlichen davon geprägt war, inwieweit diese von Nutzen für die jeweiligen Institute waren. So griff man beispielsweise auf dem Rosenhof mit der AEL-Haft des Ukrainers Wasyl S. auf das Repressionsinstrument der lokalen Gestapo zurück, um ein Exempel zu statuieren und einem Nachlassen der Disziplin bei den ausländischen Arbeitern entgegenzuwirken. Waren die Zwangsarbeiter nicht oder nicht mehr hinreichend arbeitsfähig, dann bemühte man sich zu den jeweiligen Bedingungen um Austausch, wie auf dem Rosenhof, wo das Institut das polnische Ehepaar Jan und Honorota J. abzuschleppen versuchte, da man die „Belastung“ durch deren neugeborenen Sohn höher einschätzte als den Nutzen ihrer Arbeitskraft. Für die Betroffenen konnte dies eine erhebliche, wenn nicht eine dramatische Verschlechterung ihrer Situation bedeuten. Hingegen sind nur wenig Hinweise darauf überliefert, daß die Leitung eines der Institute versucht hätte, die vielfach wenig beneidenswerte Lage seiner auslän-

dischen Arbeiter zu verbessern. Moralische oder politische Skrupel seitens der Institutsleitungen und der Generalverwaltung sind aus den überlieferten Akten ebenfalls nicht herauszulesen. Vielmehr lassen sie zumeist Gleichgültigkeit und moralische Indifferenz erkennen.

In dieser Hinsicht unterschieden sich die KWG und ihre Forschungsinstitute nicht von anderen Institutionen, staatlichen Einrichtungen oder privaten Unternehmen. Im Grunde ist dieser Befund das wesentliche Ergebnis der vorliegenden Untersuchung zur Zwangsarbeit für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Zudem lassen sich vor allem die Fälle Rajsko, Falkenhagen und Flossenbürg als Beispiele dafür lesen, daß die Vorstellung von einer unabhängigen, rein erkenntnisorientierten Wissenschaft eine Illusion ist. Vielmehr umfaßt die ethische Verantwortung von Wissenschaftlern nicht nur die praktischen Auswirkungen ihrer Forschungen, sondern bezieht sich auch auf die jeweiligen Kooperationsverhältnisse und zwangsläufigen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, insbesondere hinsichtlich der Gestaltung der Bedingungen, in deren Rahmen Forschung sich vollzieht.

## QUELLEN

*Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (MPG-Archiv)*

- I. Abt., Rep. 1A (Generalverwaltung der KWG)
- I. Abt., Rep. 2 (Aerodynamische Versuchsanstalt)
- I. Abt., Rep. 8 (KWI für Biologie)
- I. Abt., Rep. 30 (KWI für Metallforschung)
- I. Abt., Rep. 36 (KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie)
- I. Abt., Rep. 42 (KWI für Silikatforschung)
- I. Abt., Rep. 51 (KWI für Züchtungsforschung)
- III. Abt., Rep. 84 (Nachlaß Adolf Butenandt)

*Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk, Warschau:*

- KL Ravensbrück (Zugangslisten des Frauenlagers)

*Archiv der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg:*

- Nummernbuch KL Flossenbürg

*Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin:*

- Stubbe-Fonds

*Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BA):*

- NS 3 (Konzentrationslager)
- NS 19 (Persönlicher Stab RFSS)
- NS 21 (Das Ahnenerbe)
- R 2 (Reichsfinanzministerium)
- R 3 (Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion)
- R 26 III (Reichsforschungsrat)
- R 52 IV (Institut für deutsche Ostarbeit)
- R 58 (Reichssicherheitshauptamt)
- R 2301 (alt R 47) (Rechnungshof des Deutschen Reiches)
- R 3601 (alt R 14) (Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft)
- R 4901 (alt R 21) (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung)
- RD 19/3 (Allgemeine Erlaßsammlung)
- Mikrofilm 56302/16625 (Bestand Staatsarchiv Wroclaw)
- BDC (ehemaliges *Berlin Document Center*)

*Bundesarchiv-Zwischenarchiv, Dahlwitz-Hoppegarten:*

- R 13 (Wirtschaftsgruppe Metallindustrie)

*Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg (BA-MA):*

- RW 21 (Rüstungskommandos im Reichsgebiet)
- RW 31 (Wirtschaftsstab Ost)

*Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V., Göttingen (DLR):*

- GOAR 455, 711, 713, 755, 766, 2730, 2809, 3185

*Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien:*

Wiener Landesgericht für Strafsachen

- Vg 1 Vr 1327/45 (Verfahren gegen Josef Ferstl vor Volksgericht Wien, 1945)
- Vg 8e Vr 744/55 (Verfahren gegen Friedrich Vogt)

*Kreisarchiv Bad Doberan:*

50/14 (Hohen Schwarfs)

11/10 (Dummerstorf)

*Kreisarchiv Rems-Murr:*

Korrespondenz Fa. Mühleisen

*Landeshauptarchiv Schwerin:*

9.2-11 (Reichsbauamt Schwerin)

*National Sound Archive, London:*

C410/027/01-05 (Interview mit Claudette Bloch-Kennedy)

*Staatsarchiv Nürnberg*

Nürnberger Dokumente (NI, NO)

*Stadtarchiv Göttingen:*

Polizeidirektion

Bauamt

*Universitätsbibliothek Göttingen:*

Nürnberger Dokumente (NI, NO)

*Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg (ZSL), heute Außenstelle des Bundesarchivs:*

- |                 |                                     |
|-----------------|-------------------------------------|
| 402 AR-Z 77/73  | gegen unbekannt (Harmense)          |
| 402 AR-Z 45/73  | gegen unbekannt (Rajsko)            |
| 406 AR-Z 40/71  | gegen Karl G. (Briesen/Falkenhagen) |
| 409 AR-Z 80/72  | gegen Pietsch (Ravensbrück)         |
| 413 AR-Z 501/67 | gegen Mentzel (RFR)                 |

## VERZEICHNISSE UND DOKUMENTENEDITIONEN

- BOELCKE, Willi A. (Hg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt/Main 1969
- BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE (Hg.), Verzeichnis der Nachweise für NS-Zwangsarbeiter(innen) bei Archiven und anderen Institutionen in Deutschland, bearb. von Gerhard Jochem, Köln 2000
- CZECH, Danuta, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945, Reinbek 1989
- DEMPS, Laurenz (unter Mitarbeit von Reinhard Hölzer), Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterlager in der faschistischen Reichshauptstadt Berlin 1939–1945, Berlin/Ost 1986
- DER DIENSTKALENDER Heinrich Himmlers 1941/42, hg. im Auftrag der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, bearbeitet, kommentiert und eingeleitet von Peter Witte, Michael Wildt, Martina Voigt, Dieter Pohl, Peter Klein, Christian Gerlach, Christoph Dieckmann und Andrej Angrick, Hamburg 1999
- GESETZ ZUR ERRICHTUNG EINER STIFTUNG „ERINNERUNG, VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT“ vom 2.8.2000, Bundesgesetzblatt 2000, Teil I, Nr. 38, Bl. 1263-1269
- GRANIER, Gerhard/Josef Henke/Klaus Oldenhage, Das Bundesarchiv und seine Bestände, 3. Aufl., Boppard am Rhein 1977
- HENNING, Eckart/Marion Kazemi, Quellen zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft in ihrem Berliner Archiv, in: vom Brocke/Laitko (Hg.), Harnack-Prinzip, S. 35-44
- INTERNATIONALER SUCHDIENST (Hg.), Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie anderer Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch-besetzten Gebieten (1933–1945), Arolsen 1979
- INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL (IMT), Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14.11.1945 bis 1.10.1946, 42 Bde., Nürnberg 1947–1949
- KOHL, Ulrike, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus. Quelleninventar, Berlin 1997
- KOMMANDANT IN AUSCHWITZ. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, hg. von Martin Broszat, München 1989
- MÜLLER, Rolf-Dieter (Hg.), Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein 1991
- SACHSENHAUSEN. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin/Ost 1981

- VERZEICHNIS DER KONZENTRATIONSLAGER UND IHRER AUBENKOMMANDOS gemäß § 42 Abs. 2 Bundesentschädigungsgesetz, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 64, Bonn 1977, S. 1786-1852
- VOM BROCKE, Bernhard, Institute und Forschungsanstalten der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1911–1995, in: ders./Hubert Laitko (Hg.), Harnack-Prinzip, S. 633-640
- WEGELEBEN, Christel, Beständeübersicht des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin-Dahlem, Berlin 1997
- WEINMANN, Martin (Hg.), Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP). Mit Beiträgen von Anne Kaiser und Ursula Krause-Schmitt, Frankfurt/Main 1990

## LITERATUR

- ALBRECHT, Helmuth/Hermann, Armin, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, in: Vierhaus/vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 356-406
- ALTHAUSEN, Mechthild, Niederländische Zwangsarbeiter in Berlin, in: Spanjer/Oudesluijs/Meijer (Hg.), Zur Arbeit gezwungen, S. 173-180
- BARANOWSKI, Frank, Geheime Rüstungsprojekte in Südniedersachsen und Thüringen während der NS-Zeit, Duderstadt 1995
- BEHRENDT, Manfred, Die Todesfabrik im Wald von Falkenhagen, in: Jahrbuch 1996 des Landkreises Märkisch Oderland, Seelow 1996, S. 68-70
- BORIES-SAWALA, Helga, Franzosen im „Reichseinsatz“. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, 3 Bde., Bremen 1996
- BORKIN, Joseph, Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1981
- BÖTTCHER, Karin-Anne, Schuld daran sind nur der Faschismus und der verfluchte Krieg. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Reutlingen während des Zweiten Weltkriegs, in: Reutlinger Geschichtsblätter NF 34 (1995), S. 29-102
- BÖTZKES, Wilhelm, Der Weg zur Max-Planck-Gesellschaft, in: Rajewsky/Schreiber (Hg.), Forschung der letzten Dezennien, S. 102-103.
- BRENNER, Hans, Zur Rolle der Außenkommandos des KZ Flossenbürg im System der staatsmonopolistischen Rüstungswirtschaft des faschistischen deutschen Imperialismus und im antifaschistischen Widerstandskampf 1942–1945, Diss. phil., Dresden 1982
- BROSZAT, Martin, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961
- BURLEIGH, Michael, Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988
- DALCHOW, Klaus/Hans-Rudolf Bork/Peter Schubert, Forschung in MÜNCHENBERG/Mark. Bild- und Schriftzeugnisse zur Entwicklung seit 1928, Münchenberg 1998
- DEICHMANN, Ute, Biologen unter Hitler. Porträt einer Wissenschaft im NS-Staat, Frankfurt/Main 1995
- Dies., Kriegsbezogene biologische, biochemische und chemische Forschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Züchtungsforschung, für Physikalische Chemie und Elektrochemie und für Medizinische Forschung, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 231-257
- DLUGOBORSKI, Waclaw/Franciszek Piper (Hg.), Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers, 5 Bde., Oświęcim 1999
- EBBINGHAUS, Angelika, Chemische Kampfstoffe in der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft, in: Eichholtz (Hg.), Krieg und Wirtschaft, S. 171-194

- EIBL, Christina, Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899–1990). Eine biographische Studie, Diss. phil., Stuttgart 1999
- EICHHOLTZ, Dietrich (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945, Berlin 1999
- EPPLE, Moritz/Volker Remmert, „Eine ungeahnte Synthese zwischen reiner und angewandter Mathematik“. Kriegsrelevante mathematische Forschung in Deutschland während des II. Weltkrieges, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 258-295
- ERKER, Paul, Die Rolle der Forschung bei der Ersatzstoff-Produktion. Das Beispiel Continental AG/Reifenindustrie, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 411-425
- FERENC, Tone, „Absiedler“. Slowenen zwischen Eindeutschung“ und Ausländereinsatz, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 200-209
- FISCHER, Helmut, Erinnerungen, Teil I: Von der Wissenschaft zum Sicherheitsdienst, Ingolstadt 1984, Teil II: Feuerwehr für die Forschung, Ingolstadt 1985
- FORSCHUNGSZENTRUM für Tierproduktion Dummerstorf-Rostock der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (Hg.), 50 Jahre Tierzucht- und Tierproduktionsforschung Dummerstorf, 1939–1989, Rostock 1989
- FRIEDRICH, Ulrike, Die Außenstelle des KWI für Biophysik (Frankfurt/Main) im Radonbad Oberschlema (Sachsen). Untersuchungen zum Nutzen und Schaden der Radium-Emanation, Diss. med., Berlin 1998
- FRÖBE, Rainer, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie 1943–1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 351-383
- Ders., KZ-Häftlinge als Reserve qualifizierter Arbeitskraft. Eine späte Entdeckung der deutschen Industrie und ihre Folgen, in: Herbert/Orth/Dieckmann (Hg.), Nationalsozialistische Konzentrationslager, S. 636-681
- GERLACH, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999
- GROEHLER, Olaf, Der lautlose Tod. Einsatz und Entwicklung deutscher Giftgase von 1914 bis 1945, Reinbek 1989
- Ders., Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990
- GRUNER, Wolf, Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Berlin 1997
- Ders., Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45, Innsbruck 2000
- HARWOOD, Jonathan, Eine vergleichende Analyse zweier genetischer Forschungsinstitute: die Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie und Züchtungsforschung, in: vom Brocke/Laitko (Hg.), Harnack-Prinzip, S. 331-348
- HEIM, Susanne, Research for Autarky. The Contribution of Scientists to Nazi Rule in Germany (= Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Heft 4), Berlin 2001

- Dies., „Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“. Zum Selbstverständnis der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (= Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus; Heft 7), Berlin 2002
- Dies. (Hg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002
- HEINEMANN, Manfred, Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949), in: Vierhaus/vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 407-470
- HERBERT, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985 (überarbeitete Neuauflage 1999)
- Ders. (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991
- Ders., Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: ders. (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 384-426
- Ders./Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, 2 Bde., Göttingen 1998
- HEUSLER, Andreas, Ausländereinsatz: Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939–1945, München 1996
- HOFFMANN, Katharina, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Winkler (Hg.), Stiften gehen, S. 130-147
- HOFMANN, Heini, Militärische Geheimnisse 1938–1992. Das Seewerk. Bunker im Wald von Falkenhagen 1999
- HOPMANN, Barbara, Von der Montan zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916–1951, Stuttgart 1996
- Dies./Mark Spoerer/Birgit Weitz/Beate Brüninghaus, Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994
- JACOBET, Wolfgang/Christoph Kopke, Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise im KZ. Die Güter der „Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung“ der SS von 1939 bis 1945, Berlin 1999
- JANSSEN, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin 1968
- KÄDING, Edda, Engagement und Verantwortung. Hans Stubbe, Genetiker und Züchtungsforscher. Eine Biographie, Müncheberg 1999
- KAIENBURG, Hermann (Hg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996
- KATER, Michael H., Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, 2. überarb. Aufl., München 1997
- KAUFMANN, Doris (Hg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen 2000

- KIEDRZYŃSKA, Wanda, Ravensbrück. Kobiety Obóz Koncentracyjny (Frauenkonzentrationslager Ravensbrück), 2. überarb. Aufl., Warszawa 1965
- KLARSFELD, Serge, Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Nördlingen 1989
- KUCZYŃSKI, Thomas, Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 15/1 (2000), S. 15-64
- LANGBEIN, Hermann, Menschen in Auschwitz, 2. Aufl., Wien 1995
- LEHMANN, Joachim, Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, in: Dietrich Eichholtz (Hg.), Geschichte der Deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II (1941–1943), Berlin/Ost 1985, S. 570-642
- Ders., Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 127-139
- LOTFI, Gabriele, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart 2000
- ŁUCZAK, Czesław, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 90-105
- LUMANS, Valdis O., Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933–44, Chapel Hill 1993
- MACRAKIS, Kristie, Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany, New York 1993
- MADAJCZYK, Czesław, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin/Ost 1987
- MANTELLI, Bruno, Von der Wanderarbeit zur Deportation. Die italienischen Arbeiter in Deutschland 1938–1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 51-89
- MÜLLER, Rolf-Dieter, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 234-250
- MÜLLER-HILL, Benno, Das Blut von Auschwitz und das Schweigen der Gelehrten, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 189-227
- NAASNER, Walter, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994
- NAGEL, Günter, Das geheimnisvolle Seewerk. Beim Bau des Rüstungsbetriebes auch Häftlinge eingesetzt, in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 13.5.2000
- NAUMANN, Christa, Das arbeitsteilige Zusammenwirken von SS und deutschen Rüstungskonzernen 1942–1945, dargestellt am Beispiel der Außenkommandos des Konzentrationslagers Buchenwald, Diss. phil., Berlin 1972

- NYISZLI, Miklos, Im Jenseits der Menschlichkeit. Ein Gerichtsmediziner in Auschwitz, Berlin 1992
- ORENSTEIN, Henry, I Shall Live. Surviving the Holocaust 1939–1945, mit einem Vorwort von Claude Lanzmann, New York 1988
- ORTH, Karin, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999
- PIPER, Franciszek, Arbeitseinsatz der Häftlinge aus dem KL Auschwitz, Oświęcim 1995
- PLUMPE, Gottfried, Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945, Berlin 1990
- POHL, Dieter, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996
- Ders., Die großen Zwangsarbeitslager der SS- und Polizeiführer für Juden im Generalgouvernement 1942–1945, in: Herbert/Orth/Dieckmann (Hg.), Nationalsozialistische Konzentrationslager, S. 415-438
- RAJEWSKY, Boris/Georg Schreiber (Hg.), Forschung der letzten Dezennien. Dr. Ernst Telschow zum 65. Geburtstag gewidmet (31.10.1954), Stuttgart 1956
- REININGHAUS, Wilfried, Archiv- und Sammlungsgut zur Geschichte der Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Eine Annäherung an den Gesamtbestand der Quellen, Vortragsmanuskript, März 2001
- RHEINBERGER, Hans-Jörg, Virusforschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Biochemie und für Biologie, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 667-698
- SACHSE, Carola/Benoit Massin, Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen über den gegenwärtigen Wissensstand (= Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus; Heft 3), Berlin 2000
- SANDKÜHLER, Thomas, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996
- SHELLEY, Lore (Hg.), Criminal Experiments on Human Beings in Auschwitz and War Research Laboratories. Twenty Women Prisoners' Accounts, San Francisco 1991
- SIEGERT, Toni, Das Konzentrationslager Flossenbürg. Ein Lager für sogenannte Asoziale und Kriminelle, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. II: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München 1979, S. 429-492
- SPANJER, Rimco/Diete Oudesluijs/Johan Meijer (Hg.), Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Bremen 1999
- SPEER, Albert, Der Sklavenstaat. Meine Auseinandersetzungen mit der SS, Stuttgart 1981
- SPOERER, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart 2001

- SPRENGER, Isabell, Groß-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien, Köln 1996
- STEIN, George H., Geschichte der Waffen-SS, Düsseldorf 1978
- STEINKRAUS, Doris, Gelüftete Geheimnisse im Wald von Falkenhagen, in: Märkische Oderzeitung vom 16.1.1998
- STICHTING HOLLÄNDEREI/Freunde des Hendrik Kramer Hauses e. V./Niederländische Ökumenische Gemeinde (Hg.), Niederländer und Flamen in Berlin 1940–1945. KZ-Häftlinge, Inhaftierte, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, Berlin 1996
- STRAEDE, Therkel, „Deutschlandarbeiter“. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft 1940–1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“, S. 140–171
- STREBEL, Bernhard, Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes. Mit einem Geleitwort von Germaine Tillion, Paderborn 2003
- STREIT, Christian, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, 2. Aufl., Bonn 1991
- STRZELECKA, Irena, Die Frauenabteilung im Stammlager, in: Hefte von Auschwitz 20 (1997), S. 7–67
- STRZELECKI, Andrzej, Endphase des KL Auschwitz. Evakuierung, Liquidierung und Befreiung des Lagers, Oświęcim 1995
- STUBBE, Hans, Geschichte des Instituts für Kulturpflanzenforschung Gatersleben der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1943–1968, Berlin/Ost 1982
- SUNDHAUSEN, Holm, Jugoslawien, in: Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1996, S. 311–330
- TICHAUER, Eva, I Was No. 20832 at Auschwitz, London 2000
- TITZMANN, Oliver, Radiumbad Oberschlema. Die Geschichte eines Kurortes, hg. von der Kurgesellschaft Schlema, Schlema 1995
- TOLLIEN, Cordula, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung verbunden mit der Aerodynamischen Versuchsanstalt, in: Heinrich Becker/Hans-Joachim Dahms/Cornelia Wegeler (Hg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, 2. erweiterte Aufl., München 1998, S. 684–708
- TRISCHLER, Helmuth, Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, Frankfurt/Main 1992
- Ders., „Big Science“ or „Small Science“? Die Luftfahrtforschung im Nationalsozialismus, in: Kaufmann (Hg.), Geschichte, S. 328–362.
- VIERHAUS, Rudolf/Bernhard vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, Stuttgart 1990

- VOM BROCKE, Bernhard/Hubert Laitko (Hg.), Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip, Berlin 1996
- WAGNER, Jens-Christian, Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, hg. von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Göttingen 2001
- WINKLER, Ulrike (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000
- ZIĘBA, Anna, Das Nebenlager Rajsko, in: Hefte von Auschwitz 9 (1966), S. 75-108

## INDEX

- Abel, Wolfgang 55 f.  
 Ambros, Otto 44
- Backe, Herbert 35  
 Baeumker, Adolf 36  
 Beyer 64  
 Bloch, Claudette 58-61  
 Böhme, Richard Werner 28, 56 f.,  
 60 f., 70  
 Bötzkies, Wilhelm 69  
 Brandt, Karl 39  
 Brandt, Rudolf 55, 60  
 Braun 46  
 Butenandt, Adolf 42
- Caesar, Joachim 57, 59-61  
 Christiansen-Weniger, Friedrich 57  
 Christophersen, Thies 60 f.  
 Cohen, Marie-Elisa 61
- Dällenbach, Walter 38  
 Darré, Richard Walther 35
- Eitel, Wilhelm 54  
 Erbacher, Otto 5
- Falk, Bertha 61  
 Ferstl, Josef 30 f.  
 Fischer, Helmuth 47, 63  
 Forstmann, Walther 29, 33-35, 69  
 Frölich, Gustav 35
- Gerlach, Walther 62 f.  
 Goszkowska, Emilia 57  
 Graue, Georg 47, 52, 63  
 Grimm, Philipp 45  
 Grochowalska, Zofia 57
- Hackbarth, Joachim 29  
 Hahn, Otto 5  
 Hertzsch 29  
 Hess, Kurt 50, 56 f.  
 Himmler, Heinrich 27, 56, 58, 62,  
 64  
 Hitler, Adolf 11, 56  
 Höß, Rudolf 59
- Kegebein 36  
 Klenck, Jürgen von 44
- Koegel, Max 64  
 Koppe, Wilhelm 63  
 Köster, Werner 38  
 Kuhn, Richard 52
- Laskowa, Anna 58  
 Lorenz 64
- Magnussen, Karin 55  
 Mengele, Josef 55  
 Mentzel, Rudolf 46, 52, 62, 64  
 Müller, Hans-Paul 63
- Nikitin 58  
 Nyiszli, Miklos 55
- Orenstein, Felek 65  
 Orenstein, Fred 65  
 Orenstein, Henry (Mordko) 65  
 Orenstein, Sam (Szloma) 65
- Peuckert, Rudolf 16  
 Pietsch, Erich 63-65  
 Pohl, Oswald 28, 47, 62  
 Popoff 58  
 Prandtl, Ludwig 36  
 Preuschen, Gerhardt 31
- Raczyńska, Maria 57  
 Rajewsky, Boris 39  
 Rosenstiel, Klaus von 53  
 Rudolf, Wilhelm 26, 56 f., 61, 70  
 Ruttner, Franz 68
- Sauckel, Fritz 11  
 Schmied, Richard 33  
 Sievers, Wolfram 55, 62  
 Speer, Albert 39, 47, 49, 54  
 Steurer 56  
 Strscheletzky 54  
 Stubbe, Hans 30 f., 51 f.
- Telschow, Ernst 34-36, 39 f., 68 f.  
 Thienemann, August 51  
 Thiessen, Peter Adolf 7, 46-48, 63,  
 64 f., 70  
 Tichauer, Eva 59, 61  
 Tofler, Lilly 60

Verschuer, Otmar Freiherr von 55  
Vogel, Heinrich 60  
Vögler, Albert 40, 54  
Vogt, Friedrich 30

Warburg, Otto 49  
Weinert, Max 33 f.  
Wergin 56  
Wettstein, Fritz von 31  
Wiesemann, Herbert 6  
Winkel, August 64  
Wüst, Walter 62

## AUTOREN

*Dr. Bernhard Strebel*

Studium der Geschichte und Literaturwissenschaften in Hannover, Promotion an der Universität Hannover über das KZ Ravensbrück; z. Zt. wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte des Nationalsozialismus, insbesondere: Konzentrationslager, Zwangsarbeit, Kriegswirtschaft und Judenverfolgung.

## Veröffentlichungen u. a.:

- „Sabotage ist wie Wein“ – Selbstbehauptung, Solidarität und Widerstand im FKL Ravensbrück, in: Claus Füllberg-Stolberg/Martina Jung/Renate Riebel/Martina Scheitenberger (Hg.), Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen, Ravensbrück, Bremen 1994, S. 167-192
- Ravensbrück – Das zentrale Frauenkonzentrationslager, in: Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Göttingen 1998, S. 215-258
- Ruth Herskovits-Gutmann, Auswanderung vorläufig nicht möglich. Die Geschichte der Familie Herskovits aus Hannover, herausgegeben, übersetzt und kommentiert von Bernhard Strebel, Göttingen 2002
- Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes. Mit einem Geleitwort von Germaine Tillion, Paderborn 2003

*Dr. Jens-Christian Wagner*

Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Geographie und Romanischen Philologie in Göttingen und Santiago de Chile, Promotion an der Universität Göttingen; seit Juni 2001 Leiter der Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte von Zwangsarbeit und Konzentrationslagern im Nationalsozialismus, Rüstungswirtschaft im NS, Erinnerungspolitik im Nachkriegsdeutschland sowie lateinamerikanische Zeitgeschichte.

## Veröffentlichungen u. a.:

- Das Außenlagersystem des KL Mittelbau-Dora, in: Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Göttingen 1998, S. 707-729
- Noch einmal: Vernichtung und Arbeit. Häftlingseinsatz im KZ Mittelbau-Dora 1943–1945, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd Wagner (Hg.), Ausbeutung – Vernichtung – Öffentlichkeit. Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz; 4), München 2000, S. 7-38
- Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, hg. von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Göttingen 2001
- Das Verschwinden der Lager. Mittelbau-Dora und seine Außenlager im deutsch-deutschen Grenzgebiet nach 1945, in: Habbo Knoch (Hg.), Das Erbe der Regionen, Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2001, S. 171-190

**Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“**  
Research Program “History of the Kaiser Wilhelm Society in the National Socialist Era”

BUCHREIHE

Die im Wallstein Verlag, Göttingen, erscheinende Buchreihe „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ des Forschungsprogramms wird im Auftrag der Präsidentenkommission herausgegeben von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder. Sie umfaßt mehrere Sammelbände und Monographien.

Bisher sind erschienen:

**Band 1**

Doris Kaufmann (Hg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen 2000

**Band 2**

Susanne Heim (Hg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002

**Band 3**

Helmut Maier (Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002

Die Einzelbände der Buchreihe sind zu beziehen über den Buchhandel.

**Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“**  
Research Program “History of the Kaiser Wilhelm Society in the National Socialist Era”

ERGEBNISSE

- 1 Hans-Walter Schmuhl, **Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945**
- 2 Robert N. Proctor, **Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlaß**
- 3 Carola Sachse/Benoit Massin, **Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen über den gegenwärtigen Wissensstand**
- 4 Susanne Heim, **Research for Autarky. The Contribution of Scientists to Nazi Rule in Germany**
- 5 Helmut Maier, **„Wehrhaftmachung“ und „Kriegswichtigkeit“. Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945**
- 6 Moritz Epple, **Rechnen, Messen, Führen. Kriegsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung (1937–1945)**
- 7 Susanne Heim, **„Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“ – Zum Selbstverständnis der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft**
- 8 Marianne Ufer, **Dreifaches Exil: Rumänien, Afghanistan, Brasilien**
- 9 Otto Gerhard Oexle, **Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘**
- 10 Mark Walker, **Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung**
- 11 Bernhard Strebel/Jens-Christian Wagner, **Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1939-1945. Ein Überblick**

**Bezugsadresse:**

Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“  
Glinkastrasse 5–7  
D-10117 Berlin  
Tel.: 0049-(0)30-2 26 67-154  
Fax: 0049-(0)30-2 26 67-333  
Email: kwg.ns@mpiwg-berlin.mpg.de

